

# Info-Blatt 71

Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e. V.

Dezember 2007



**COPY ME**



Liebe Leserinnen und Leser,

geistiges Eigentum ist das Thema, das sich die Redaktion des Infoblattes diesmal vorgenommen hat. Angeregt wurden wir, von den Auswirkungen, die der Schutz geistigen Eigentums, wie er in internationalen Verträgen vereinbart wird, auf die Länder des Südens hat. Die Ausweitung der Patentierung ist eine zentrale Stoßrichtung dieser Verträge, Biopiraterie die Praxis. Hiermit beschäftigt sich der Artikel „Biopiraterie: die Einhegung und Privatisierung der Pflanzenvielfalt“. Ein weiterer Artikel stellt dar, wie die mächtigen Handelsnationen ihre Interessen in bilateralen Handelsverträgen mit Ländern und Regionen durchsetzen und beschreibt am Beispiel CAFTA die Folgen für Zentralamerika.

Aber wir wollten uns nicht damit begnügen, die Folgen von Patentierung und Sortenschutz zu geißeln. Mit dem Artikel „Wer beraubt hier wen?“ haben wir versucht, uns grundsätzlich mit der Idee des geistigen Eigentums auseinander zu setzen. Viele von Euch/Ihnen wird es wahrscheinlich zuerst einmal überraschen, wenn Ihr/Sie im Infoblatt einen Artikel über Freie Software findet/n. An der Freien Software hat uns die Idee gefallen, den Schutz geistigen Eigentums, wie er innerhalb des kapitalistischen Systems mittels Schutzrechten betrieben wird, durch die Umkehrung derselben auszuhebeln, und statt auf Konkurrenz auf Zusammenarbeit zu setzen.

Ein Wegweiser durch den Dschungel der Begrifflichkeiten ist das Glossar.

Die Berichte zu El Salvador spiegeln zwei Themen wider: Entwicklungspolitik, das Thema mit dem sich die diesjährige Brigade in El Salvador beschäftigt hat, und die Diskussionen beim El Salvador Bundestreffen im November. Das Thema Entwicklungspolitik wird in zwei Beiträgen behandelt. Einer berichtet über den Diskussionstand zu diesem Thema bei verschiedenen Nichtregierungsorganisationen in El Salvador. Der andere Beitrag nimmt die Ereignisse vom Juli in Suchitoto zum Anlaß, die deutsche Rolle bei der De-

zentralisierung des salvadorianischen Wassersektors kritisch zu beleuchten. Im Zentrum des Berichts vom El Salvador Bundestreffen steht das Interview mit Martin Montoya, Vertreter der CD/DVD-Verkäufer San Salvadors. Es illustriert, welche Konsequenzen das Thema Schutz geistiger Eigentumsrechte in der Praxis des zentralamerikanischen Alltags hat.

Schon immer war Nicaragua ein Land in einer Region, das von Naturkatastrophen bedroht wird. Der Hurrikan Felix und die anschließenden wochenlangen Regenfälle im September haben vor allem den Norden des Landes schwer getroffen.

Bei dem zweiten Thema zu Nicaragua, mit dem sich dieses Heft beschäftigt, stellt sich das Land als eines der vier Länder in der Welt, die den Schwangerschaftsabbruch aus medizinischen Gründen bestrafen.

Dieses Blatt, die Nr. 71 ist das erste, das wir ohne unseren Layouter Klaus machen mußten. Klaus, wir danken dir für deine Mitarbeit bei 70 Ausgaben und hoffen, es bleibt die einzige Ausgabe ohne dich.

Das Redaktionskollektiv  
(*ea, emb, mw, pz, zp*)



## Inhaltsverzeichnis

### Schwerpunkt: Geistiges Eigentum

Wer beraubt hier wen?	3
Freies Wissen - Freie Güter - Die Freie Software-Bewegung	5
Geistige Eigentumsrechte weltweit garantiert!	11
Glossar	15
Biopiraterie: die Einhegung und Privatisierung der Pflanzenvielfalt	18

### El Salvador

Wir sind immer in Bewegung, wie unsere Bewegung sagt, denn wir verteidigen unsere Arbeit	22
Auf dem Weg zu einem neuen Internationalismus	25
Entwicklungsarbeit versus Solidaritätsarbeit oder: Warum Entwicklungshilfe die Nord-Süd-Kluft vertieft	29
Terror in Suchitoto	33

### Honduras

Der Kampf einer Organisation gegen das Ungeheuer „Machismo“	35
---	----

### Nicaragua

Katastrophen fallen nicht vom Himmel	37
Nicht der Staat, nicht die Parteien, nicht die Kirchen - Ich entscheide mein Leben!	39

Impressum: Das Info-Blatt wird herausgegeben vom Ökumenischen Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V., Pariser Str. 13, 81667 München.

Telefon: 089 - 448 59 45  
Telefax: 089 - 48 76 73  
E-mail: [info@oeku-buero.de](mailto:info@oeku-buero.de)  
Homepage: [www.oeku-buero.de](http://www.oeku-buero.de)

Konto: 561 76 258, SSK München, BLZ 701 500 00  
Flugdienst: 089 - 89 22 49 61 / Fax -62  
E-mail: [flug@oeku-buero.de](mailto:flug@oeku-buero.de)

Redaktion und Layout: Andrés Schmidt (as), Angelika Haas (ah), Anja Ibkendanz (AI), Babs Kwapkowski, Dettlef von Bismarck, Eberhard Albrecht (ea), Eva-Maria Bach (emb), Klaus Pinzek, Marianne Walther (mw), Philip Zölls (pz), Raphael Kiczka (rk), Ruth Weizel, Sandra Eck (se), Vera Tietze, Zara Pfeiffer (zp)

Fotos: Ökumenisches Büro

Druck: Ulenspiegel Druck GmbH, Andechs

Auflage: 1.000  
(Onlineausgabe unter [www.oeku-buero.de](http://www.oeku-buero.de))

V.i.S.d.P.: Klaus Pinzek (Ökumenisches Büro)

Das Infoblatt des Ökumenischen Büros wird gefördert durch die

 Landeshauptstadt  
München  
Kulturreferat

# Wer beraubt hier wen?

## Für das Recht auf Kopien

(red\_kol) „Raubkopierer sind Verbrecher.“ Vor allem die Kinobesucher\_innen unter uns werden sich an diese Kampagne erinnern, die seit November 2003 mit dem Slogan „Hart aber gerecht“ verbreitet, dass „raubkopieren“ mit bis zu fünf Jahren Gefängnis bestraft wird. Was allerdings verschwiegen wird, ist, dass sich das Strafmaß von bis zu fünf Jahren nur auf die kommerzielle Herstellung und Verbreitung von „Raubkopien“ bezieht und somit die eigentliche Zielgruppe der Kampagne gar nicht betrifft. Verständlich, das erklärte Ziel dieser Kampagne, die von der deutschen Filmwirtschaft unter dem Dach der Zukunft Kino Marketing GmbH ins Leben gerufen wurde und die mit Mitteln der Filmförderungsanstalt (FFA) unterstützt wird, ist, das Unrechtsbewusstsein mit zum Teil drastischen Kinospots<sup>1</sup>, Plakaten und Aktionen in der Bevölkerung zu schärfen, um so mittels Abschreckung die weit verbreitete Aneignung digitaler Medien einzudämmen.<sup>2</sup>

Tatsächlich taucht das Wort „Raubkopie“ im deutschen Gesetz überhaupt nicht auf, sondern ist eine rein umgangssprachliche Bezeichnung für rechtswidrig hergestellte oder verbreitete Kopien. Meist handelt es sich hierbei um Medien wie Musik, Filme, Software und Bücher, die urheberrechtlich geschützt sind. Aber auch Produktkopien wie Markenbekleidung oder Markenuhren, die ohne Lizenzvertrag mit den Markeninhaber\_innen hergestellt wurden, werden als Raubkopien bezeichnet.

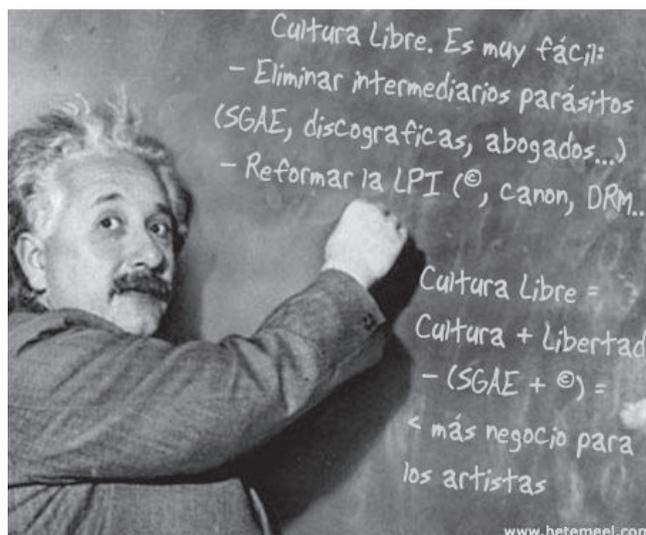
Auch die allgemeine Behauptung „Raubkopierer sind Verbrecher“ ist schlicht falsch. Nach § 12 StGB versteht man unter einem Verbrechen, rechtswidrige Taten, die mit einer Mindeststrafe von einem Jahr Freiheitsentzug bedroht sind. Dieses Kriterium trifft auf das rechtswidrige Herstellen und Verbreiten von Kopien jedoch nicht zu, da dies in weniger schweren Fällen auch mit Geldstrafen belegt werden kann. Hinzu kommt, dass in Deutschland das Anfertigen

von Privatkopien unter bestimmten Voraussetzungen erlaubt ist.

Juristisch und umgangssprachlich steht Raub also für ein Verbrechen, bei dem jemandem mittels Gewalt oder unter Androhung von Gewalt etwas weggenommen wird. Im Falle der „Raubkopie“ wird jedoch weder das Original weggenommen noch Gewalt angewendet oder angedroht.<sup>3</sup>

### Hypothetische Verluste

Die Kampagne „Raubkopierer sind Verbrecher“ ist nur ein Beispiel für zahlreiche unterschiedliche Maßnahmen der Industrie, die tagtäglich praktizierte Aneignung durch Kopien im Bewusstsein der Menschen zu kriminalisieren, unabhängig davon, ob es sich um das Herunterladen oder das Kopieren von Software, Musik, Filmen etc. oder den Kauf von Produktkopien handelt. Der Grund, weswegen die Industrie, und auf deren Druck auch die Politik, so massiv gegen das Kopieren von Medien und Produkten vorgeht, sind die geschätzten hohen Verluste, die der Industrie durch diese Kopien angeblich entstehen. Diese Schätzungen beruhen auf der irrigen Annahme, dass sämtliche Kopien auch zum Preis des „Originals“ über die Theke gegangen wären. Sie vernachlässigen die entscheidende Frage, ob diejenigen, welche Filme, Musik oder Software aus dem Internet laden oder kopieren, ohne dafür zu bezahlen, oder Produktkopien zu niedrigen Preisen kaufen, dies auch getan hätten, wenn sie dafür den „Originalpreis“ hätten bezahlen müssen. Aus diesem Grund ist die Rechnung, welche die geschätzte Summe der Kopien mit dem durchschnittlichen Verkaufspreis multipliziert, sehr unrealistisch.



*eigentlich ganz einfach ...*

Anzunehmen ist stattdessen, dass viele derjenigen, die kostenlose Kopien verwenden oder preiswertere Kopien kaufen, die Produkte zum Originalpreis gar nicht erst kaufen würden.

Wenn aber diejenigen, die Kopien verwenden entweder gar kein Interesse haben oder nicht über die Mittel verfügen, das „Original“ zu kaufen und/oder zu benutzen, wird der Begriff „Raubkopie“ ad absurdum geführt. Niemandem wird irgendetwas weggenommen, die entgangenen Gewinne sind rein hypothetisch.

### Für was bezahlen wir eigentlich?

Wenn die Preisdifferenz zwischen Kopie und Original so groß ist, dann stellt sich die Frage, für was wir denn eigentlich bezahlen. Während es unter Umständen mehrere hundert Euro kosten kann, lizenzierte Software zu kaufen, kostet es praktisch nichts oder nur sehr wenig, die gleiche Software mit gleichbleibender Qualität zu kopieren. Es handelt sich folglich weniger um einen Datenträger wie beispielsweise eine CD, die wir kaufen, sondern um das Recht, die Information, die auf diesem Datenträger gespeichert ist, in einem festgelegten Rahmen zu nutzen. Im Gegensatz zu einer Brezel oder einem Auto, die beim Kauf den die Eigentümer\_in wechseln und immer nur von einer

Person gegessen oder gefahren werden können, können eine Software, ein Song oder ein Film theoretisch unbegrenzt zur Verfügung gestellt und zeitgleich verwendet werden. Während bei einem Auto, zusätzlich zu den Entwicklungskosten, jedes einzelne Auto unter Material- und Zeitaufwand produziert werden muss, kann eine Software nach ihrer Entwicklung unter geringen Kosten nahezu unendlich vervielfältigt werden. Der Preis für diese Software rechtfertigt sich folglich vor allem aus den Entwicklungskosten, die sich, so die häufig zu hörende Argumentation, auch rechnen müssen. Diese Art der Argumentation beschränkt sich nicht allein auf die Software-, Musik- oder Filmindustrie, sondern findet sich in fast allen Bereichen der Vermarktung geistigen Eigentums.

### Ohne Schutz keine Ideen?

Eine weit verbreitete Ansicht ist deshalb auch, dass geistiges Eigentum geschützt werden müsse, da es sich sonst nicht mehr lohnen würde, neue Ideen zu entwickeln. Die allgemeine Schlussfolgerung: kein Schutz, kein Gewinn, keine Ideen.

Wie wenig zutreffend diese Verkettung ist, zeigt ein Beispiel aus Brasilien: Die in den Favelas produzierten Musik-CDs, die ausschließlich über den Straßenhandel vertrieben werden, bringen es Schätzungen zufolge auf etwa 80 Neuveröffentlichungen *pro Woche*. BMG/Sony dagegen bringt es auf gerade einmal 15 Neuveröffentlichungen brasilianischer Musik *pro Jahr*.<sup>4</sup> Die Vermutung liegt folglich nahe, dass der „Schutz geistigen Eigentums“ keinen Freiraum für neue Ideen schafft, sondern im Gegenteil Kreativität und Entwicklung in ein enges Korsett zwingt.

In die gleiche Sackgasse wie die Behauptung, dass der Schutz geistigen Eigentums der Garant für die Entwicklung neuer Ideen sei, führt das häufig verwendete Argument, dass es notwendig sei, geistiges Eigentum zu schützen, damit diejenigen, die ihre Zeit damit verbringen, Filme zu machen, Software zu entwickeln etc., von dieser Tätigkeit leben können. Die Frage könnte aber auch lauten, wieviele Ideen auf Grund der Tatsache verlo-

ren gehen, dass viele Menschen im Alltag weder über die Zeit noch über die Ressourcen verfügen, diese zu entwickeln.

### Wer beraubt hier wen?

Statt also nach Gründen zu suchen, die die Notwendigkeit geistigen Eigentums untermauern, sollten wir uns lieber die Frage stellen, wie es sein kann, dass es so etwas wie geistiges Eigentum überhaupt gibt. Ist die Vorstellung nicht abwegig, dass Gedanken, Ideen, Wissen etc., die zumindest theoretisch allen unbegrenzt zur Verfügung gestellt werden könnten, mittels technischer Manipulationen und rechtlicher Regelungen verknappt und zum Eigentum einiger weniger gemacht werden? Innerhalb der kapitalistischen Verwertungslogik macht diese Zugangsbegrenzung durchaus Sinn, zielt doch der Schutz geistigen Eigentums in erster Linie auf die Vermarktung und nicht die Veröffentlichung von Wissen in seinen unterschiedlichen Formen. Welche Konsequenzen diese Logik mit sich bringt, lässt sich an einigen Beispielen verdeutlichen:

Vom Zoll entdeckte Produktkopien wie beispielsweise Markenturnschuhe, Markenuhren, kopierte Software, Filme etc. landen zu tausenden unwidersprochen im Schredder.<sup>5</sup> Dieselbe Logik führt dazu, dass bezahlbare Generika nicht oder nur eingeschränkt hergestellt und vertrieben werden dürfen, obwohl sich weltweit viele Menschen, die auf diese günstigeren und teilweise lebenswichtigen Medikamente angewiesen sind, die patentgeschützten und teuren Originalpräparate nicht leisten können.<sup>6</sup> (Siehe auch Artikel *TRIPs und CAFTA*, S.11) Einen Schritt weiter geht die Patentierung von lokalem Wissen und biologischen Ressourcen durch transnationale Konzerne oder Wissenschaftseinrichtungen. Hier wird bisher frei zugängliches Wissen gewissermaßen privatisiert.<sup>7</sup> (Siehe auch Artikel zu Biopiraterie, S.18)

Wenn der Zugang zu Wissen, das allen zugänglich sein könnte, begrenzt wird und wenn Wissen, das bisher allgemein und frei zugänglich war, privatisiert wird, dann wird die Frage erlaubt sein, wer hier eigentlich wen beraubt? Nicht ohne Grund lautet die la-

teinische Wurzel des Wortes privat, *privare*, was ins Deutsche übersetzt *absondern*, *rauben* bedeutet. Beraubt wird die Allgemeinheit, indem sie von der Benutzung dessen ausgeschlossen wird, was privatisiert ist.<sup>8</sup>

### Die Gedanken sind frei!

Trotz der Bemühungen, die geistigen Eigentumsrechte mit internationalen Verträgen auszudehnen und zu verschärfen, trotz hoher Strafandrohungen und diverser Kampagnen, die abschreckend wirken sollen, ist die Zahl derjenigen, die sich auch durch geistige Eigentumsrechte nicht davon abhalten lassen, Wissen anzueignen, nach wie vor sehr hoch. Eine weltweite Bewegung, die Millionen von Menschen verbindet, die den Kapitalismus durch Nichtbeachtung geistiger Eigentumsrechte zu Fall bringen möchte? Wohl kaum. Die Motive dürften höchst unterschiedlich sein: finanziell oder politisch, es kann um Sammel Leidenschaft gehen, um die Existenz oder ums Prinzip etc.

Auch wenn es illusorisch ist, jede\_n Softwarekopierer\_in zur\_zum Widerstandskämpfer\_in gegen die kapitalistische Verwertung von Wissen zu stilisieren, kann es widerständiges Potential haben, an diese Formen der Aneignung anzuknüpfen und das Copyright als Recht auf Kopien umzu- deuten.

1 So wurde im Jahr 2004 beispielsweise ein Kinospot mit dem Slogan „Hart aber gerecht“ ausgestrahlt, in dem sich zwei Gefängnisinsassen auf die „knackigen Ärsche“ zweier junger Männer („Raubkopierer“) freuen, die gerade neu ins Gefängnis eingeliefert werden.

2 Vgl. <http://www.hartabergerecht.de> [23. 11. 2007]

3 Vgl. <http://www.raubkopierer-sind-verbrecher.de> [23. 11. 2007]

4 Vgl. Meretz, Stefan: Der Kampf um die Warenform. Wie Knappheit bei Universalgütern hergestellt wird. <http://www.balxix.de/sm%200705%20Kampf.html> [4. 12.2007]

5 Vgl. [http://www.zoll.de/f0\\_veroeffentlichungen/co\\_produktpiraterie/index.html](http://www.zoll.de/f0_veroeffentlichungen/co_produktpiraterie/index.html) [30. 11. 2007]

6 medico international e.V.: Eine Frage des Gemeinwohls. Plädoyer für eine radikale Wende in der globalen Medikamentenpolitik. <http://www.medico-international.de/kampagne/gesundheit/> [30. 11. 2007]

7 <http://www.biopiraterie.de/> [30. 11. 2007]

8 Vgl. [http://www.biopiraterie.de/fileadmin/pdf/hintergrund/Biopiraterie\\_G8\\_Hintergrund.pdf](http://www.biopiraterie.de/fileadmin/pdf/hintergrund/Biopiraterie_G8_Hintergrund.pdf) [30. 11. 2007]

# Freies Wissen - Freie Güter - Die Freie Software-Bewegung

## Vorbemerkung

Die kapitalistische Warenproduktion ist die zur Zeit weltweit dominierende Wirtschaftsweise. Sie ist auf ständige Steigerung der Profite angewiesen. Diese kann sie in der Konkurrenz der Unternehmen nur erreichen, wenn die Produktionskosten durch Rationalisierung der Produktion oder Senkung der Löhne verringert werden können, wenn neue Erfindungen zu besonders profitablen Waren entwickelt werden können, wenn neue (Rohstoff-)Märkte militärisch erobert oder politisch-kulturell erschlossen und dort die Regeln der Kapitalverwertung durchgesetzt werden, oder wenn staatlich-öffentliche Güter (z. B. Bildung, Wissenschaft, Straßen, Bibliotheken, öffentliche Verwaltung, Wasserversorgung, Gesundheitswesen) in Privateigentum bzw. Waren zwecks kapitalistischer Verwertung umgewandelt werden (vgl. Hirsch, Joachim 2004 und 2005).

Kapitalistische Verwertung bedeutet immer die Herstellung von Knappheit. Nur knappe Güter können einen Preis haben und als mittels Lohnarbeit produzierte Waren über den Markt Profite realisieren.

Der folgende Text beschäftigt sich mit der Umwandlung von Wissen in Ware – speziell Software für Computer – und der kapitalistischen Verwertung des Wissens als so genanntes „Geistiges Eigentum“ und mit dem Versuch, mit Freier Software Widerstand gegen den kapitalistischen Verwertungsprozess zu leisten.

In diesem Text wird unter Freier Software alle Software verstanden,

die unter der GNU-General Public License (GPL) lizenziert ist. Diese und der Begriff Copyleft wird weiter unten genauer erläutert.

## Zur (Vor-)Geschichte der Freien Software

Die Vorgeschichte der Freien Software beginnt nach dem „Sputnik“-Schock 1957 und der anschließend vom amerikanischen Verteidigungsministerium gegründeten Advanced Research Projects Agency (ARPA). Mit diesem Projekt verbunden war die Einbindung ziviler Forschungsprojekte in die militärische Forschungsstrategie der USA und das Interesse der Forscher am offenen Austausch der Forschungsergebnisse. 1977 wurde UNIX zum einflussreichen „offenen“ Betriebssystem, weil es weitgehend unabhängig von Hardware einsetzbar war, 1984 endete die Geschichte des „offenen“ Betriebssystem UNIX. Betriebssystem-Software wurde ab diesem Zeitpunkt – unabhängig von Hardware – „geschlossen“ von Software-Unternehmen verwertet/verkauft. (vgl. Meretz, Stefan 2000: 9ff)

## Die Freie Software Bewegung

GNU/Linux  
Mit der Gründung des GNU-Projektes 1984 (GNU is not Unix), der Free Software Foundation 1985 und der

## Quelle: Code

### Ent-

wicklung der General Public License (GPL) durch Richard Stallman 1989 beginnt die Geschichte der Freien Software-Bewegung. Diese will, dass Software offen, veränderbar und frei zugänglich ist und bleibt. Freie Software ist also – nur – in dieser Hinsicht eine Gegenbewegung zur kapitalistischen Verwertung und der damit verbundenen Verknappung von Software.

Zentrum der Bewegung ist seither das GNU/Linux-System. Es setzt sich zusammen aus dem von Linus Torvalds seit 1991 gemeinsam mit anderen entwickelten Kernel Linux und verschiedenen GNU-Komponenten. Heute umfasst die Bewegung eine Vielzahl von Freie Software-Entwicklungs-Projekten/Programmen, z. B. KDE, GNOME, Debian, Ubuntu, Knoppix, SAMBA u. v. m.

Logos von Creative Commons-Lizenzversionen





Wie funktioniert die Freie Software-Bewegung? Die Freie Software-Bewegung ist heute ein weltweit ver-

teiltes Netzwerk verschiedener informeller und formeller Organisationen und Gruppierungen/Projekten. Die Kooperation geschieht grundsätzlich freiwillig, nicht-hierarchisch und meistens ohne Vergütung. Die Motivation der Akteur\_innen umfasst politische, moralische und instrumentell/technische Motive.

#### Motivation

Im Vordergrund steht das Motiv, gut funktionierende, stabile, offene und freie Software zu produzieren. Dabei geht es nicht zuletzt darum, Software zu entwickeln, die ein individuelles Bedürfnis der jeweiligen Entwickler\_innen befriedigt. Wenn dadurch auch die Bedürfnisse anderer Nutzer\_innen/Entwickler\_innen befriedigt werden können, macht diese Arbeit noch mehr Spaß. Ein weiterer Aspekt der Motivation ist auch, der monopolistischen Marktdominanz der Firma Microsoft entgegen zu wirken. (zur Motivation der Akteur\_innen siehe Hertel, Guido et. al. 2003)

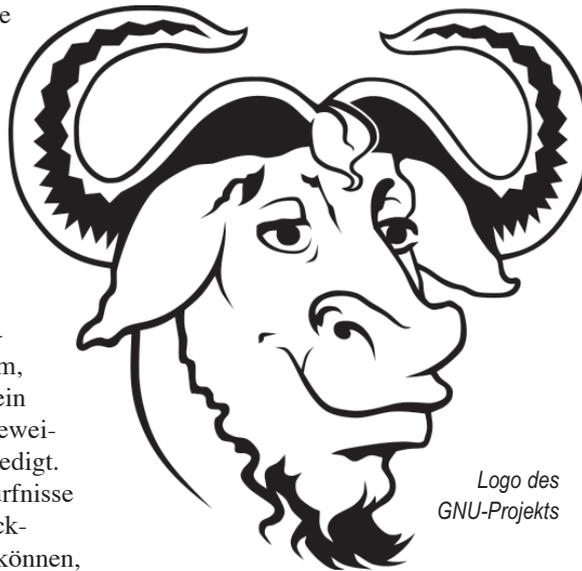
#### Was ist an Freier Software frei?

In den Anfängen der Software-Entwicklung war der ungehinderte und freie Austausch von Informationen



und Programmen unter Wissenschaftler\_innen selbstverständlich. Von freier Software zu sprechen wurde erst notwendig, als Betriebssysteme und Programme unfrei gemacht wurden, indem sie von Unternehmen ge-

trennt von der Hardware als eigenständige Waren – und damit unfrei – auf den Markt gebracht wurden. Diese Unfreiheit, d. h. die Begrenzung von Nutzung und Verteilung, wurde dadurch möglich, dass Programme (der von speziellen Computerprogrammen in binären Code umgewandelte Quellcode-Text) ausschließlich in dieser binären Form (d. h. nur vom Computer intern lesbarer, binärer Programmcode) an die Kund\_innen oder Interessent\_innen ausgeliefert wurden, der Quellcode selbst aber ge-



Logo des GNU-Projekts

heim gehalten wurde. Der Quellcode-Text ist der von Programmierer\_innen immer zuerst von Hand geschriebene Text in Form mathematischer Formeln, ein Text also, der deshalb auch von allen anderen Menschen gelesen werden kann. Programmierer\_innen und andere Menschen können die (Fehl-)Funktionen von Computerprogrammen im Computer jedoch nur verstehen und Programme weiter entwickeln, wenn der Quellcode-Text verfügbar ist und gelesen werden kann. Freie Software bedeutet nun, dass der Quellcode-Text der Programme immer frei zugänglich sein muss, dass er beliebig benutzt, verändert, kopiert und frei verteilt werden kann.

Eine Folge der Einführung nicht-freier/kommerzieller (d. h. proprietärer) Hard- und Software war, dass die Freiheit der Freien Software ihrerseits eingeschränkt werden musste, um ihre

Freiheit zu erhalten und ihre missbräuchliche Nutzung durch privat-kommerzielle Aneignung und Austausch gegen Geld zu verhindern. Dies



geschah und geschieht durch die Bindung von Freier Software an eine von Richard Stallman und der Free Software Foundation initiierte Lizenz, die **GNU General Public License (GPL)**. Deren Prinzipien können kurz folgendermaßen beschrieben werden:

- Das Programm kann frei heruntergeladen und benutzt werden.
- Es können beliebig viele Kopien des Programms erstellt und – mit Quellcode – verbreitet werden.
- Das Programm kann beliebig verändert werden.
- Veränderte Programme können beliebig – mit dem neuen Quellcode – verbreitet werden.

Allerdings gelten gleichzeitig die folgenden Einschränkungen:

- Der Quelltext muss jederzeit frei verfügbar sein und bleiben.
- Die an das Programm gebundene GPL-Lizenz darf nicht geändert werden.
- Das an die GPL gebundene Programm darf nicht Bestandteil nicht-freier (kommerzieller) Software werden.

Um den Unterschied zu dem von profitorientierten Unternehmen verwendeten „Copyright“-Verwertungsrecht zu charakterisieren, wird das Verwertungsrecht der GPL auch „**Copyleft**“ genannt.

#### Produktionsweise

Basis der Produktion sind persönliche Interessen und Vorlieben der Produzent\_innen. Im Vordergrund steht dabei die Maxime des „Mach es selbst“ und veröffentliche möglichst schnell



debian

dein funktionierendes Programm. Es finden sich dann aufgrund der Veröffentlichung und Nutzung des Programms Gruppen von interessierten und engagierten Entwickler\_innen, Dokumentator\_innen, Übersetzer\_innen, Bugreporter\_innen (d. h. Menschen, die mit Fehleridentifizierung und -berichten beschäftigt sind), die gemeinsam an einem Produkt arbeiten und weiter entwickeln. Dieser Prozess der Kooperation und Kommunikation wird hauptsächlich über das Internet ausgeführt.



### Struktur und Produktionsweise Freier Software am Beispiel des KDE-Projektes

KDE (K-Desktop-Environment) ist eines der großen und weit verbreiteten Projekte der Freien Software-Bewegung für den privaten und kommerziellen Einsatz. Mehr als 50 in KDE integrierte Anwendungen ermöglichen Internetrecherche, das Erstellen von Dokumenten am Computer, das Erstellen von CDs etc. Die populärsten Anwendungen sind Konqueror (ein Webbrowser und Dateimanager) und das E-Mail-Programm KMail. (vgl. Hirsch, Hans Frieder 2004)

Menschen, die KDE machen – Akteur\_innen und Organisation  
Die Menschen sind vorwiegend jung (Altersdurchschnitt ca. 27 J.), männlich, haben Hochschulbildung, eine abgeschlossene IT-Ausbildung oder eine entsprechende Berufstätigkeit. Sie arbeiten freiwillig ohne Vergütung, spendenfinanziert oder bezahlt im Auftrag von Unternehmen oder Organisationen für KDE. Sie sind mit Programmentwicklung (Quellcode),

Gnu.tux-Bildschirmschoner



Programmdokumentation, Übersetzung von Dokumentationen, Fehleridentifizierung und -berichten, Fehlerkorrektur, Öffentlichkeitsarbeit, Webseitenadministration u. v. m. beschäftigt.

Die einzelnen Projekte sind nicht-formell hierarchisch organisiert, es gibt jedoch eine informelle Einflussstruktur aufgrund von Menge, Qualität und Bedeutung der geleisteten Beiträge zum Projekt. Diese werden häufig koordiniert von so genannten Maintainer\_innen, Menschen, die ein Projekt gestartet haben und/oder sich mit Zustimmung aller Beteiligten darum kümmern, dass das Projektziel im Mittelpunkt der gemeinsamen Aufmerksamkeit bleibt und die gemeinsam akzeptierten Standards, Regeln und Termine eingehalten werden. Oft haben die Projekt-Gründer\_innen diese Rolle.

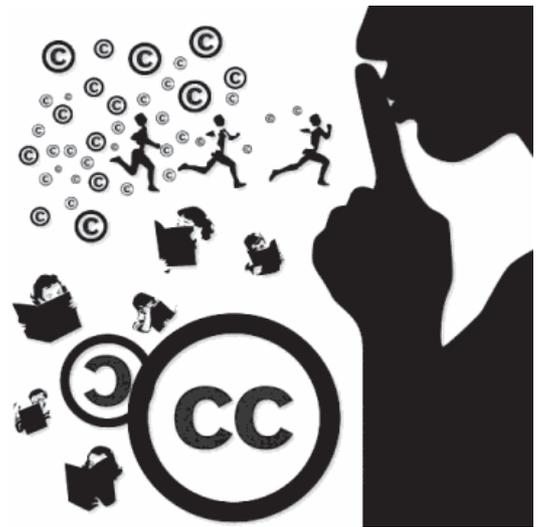
Welche neuen oder weiter entwickelten Programme nach Abschluss ihrer Entwicklungsphase schließlich akzeptiert und ins KDE-Programmsys-



tem aufgenommen werden, wird in einem Entscheidungsprozess geregelt, in dem die Möglichkeit zur Beeinflussung der Entscheidung von der Reputation (Zahl und Qualität der Beiträge) der jeweiligen Teilnehmer\_innen abhängt. Die Regelung von Konflikten und notwendige Entscheidungen erfolgen möglichst im Konsens. In Ausnahmefällen ist eine Entscheidung durch Maintainer\_innen nach ausführlicher Diskussion notwendig. Dabei ist zu beachten, dass bei freiwilliger Partizipation und Kooperation die „Macht“ von Maintainer\_innen sehr begrenzt ist.

### Freie Software, ihre Produkte und sozialen Wirkungen

Es ist eine faszinierende soziale Wirkung der General Public License



Logos aus der Freien Software-Bewegung:  
[www.gvu-online.de](http://www.gvu-online.de)

(GPL), dass sie Menschen zusammenführt, ohne andere auszuschließen, dass sie Kreativität und arbeitsteilige, offene Kooperation fördert. Weil das unter der GPL veröffentlichte Wissen (hier: Freie Software) frei zugänglich und kommunizierbar ist, gibt es keine Konkurrenz um Profit und Reichtum, sondern Wettbewerb um Ideen und um den elegantesten und sichersten „Code“. Freie Software erzeugt neue soziale Gebilde, Projekte, Communities,

Institutionen und Gruppen nicht über mit Exklusivität verbundene Geld- und Gewinnerwartungen, sondern über die Lust an und die Notwendigkeit zur Zusammenarbeit. Entwickler/innen Freier Software brauchen freie Partner\_innen, weil der Umfang der Arbeit mit der Zeit vielleicht zu groß wird oder andere Ideen und spezielle Fähigkeiten benötigt werden. Die Belohnung für die Arbeit am Programm kann auch mit Geld verbunden sein, wenn gleich das Programm selbst – aufgrund des „Copyleft“ – nur ohne Einschränkung der Freiheiten verkauft werden kann (vgl. <http://www.gnu.org/philosophy/selling.de.html>). Es ist somit auch möglich, mit freier Software direkt oder indirekt Geld zu verdienen. Man kann freie Software im Unternehmen selbst nutzen und so z. B. Lizenzkosten sparen. Man kann Dienstleistungen anbieten, z. B. durch



Anpassung von Software an besondere Bedürfnisse der Anwender/innen, durch Handbücher oder Vertrieb von Nebenprodukten.

Durch die Mitwirkung von Unternehmen wie SuSE, Red Hat, IBM, Sun, TrollTech u. a., die das Konzept der Freien Software akzeptieren, sind Freie High-Tech-Software-Programme entstanden, die einen Vergleich mit Microsoft Windows-Programmen nicht zu scheuen brauchen und in Privathaushalten wie Unternehmen zum produktiven Einsatz kommen. Dazu gehören beispielsweise der Webserver APACHE, das betriebssystemübergreifende Dateiverwaltungsprogramm SAMBA, das Datenbankprogramm MySQL, das Büroprogramm OPEN OFFICE, der Webbrowser FIREFOX, das Bildbearbeitungsprogramm GIMP u. v. a. m. Diese und andere Programme werden vielfach in kleinen und großen Unternehmen (z. B. Karstadt AG) und Behörden (z. B. Auswärtiges Amt, Stadt München) erfolgreich genutzt.

### Widersprüche der Koexistenz freier und privat-kapitalistischer Waren (Software)

Die gegenwärtige Krise der Kapitalverwertung<sup>1</sup> äußert sich nicht nur in der politisch-militärisch gewaltsamen Erschließung und/oder Sicherung von Märkten und Rohstoffen, sondern auch in der mit politisch-juristischen Mitteln durchgesetzten erweiterten Unterwerfung öffentlicher Güter und Wissensbestände unter den Zwang der kapitalistischen Verwertung. So wird – bisher schon – erfolgreich versucht, natürliche und freie Ressourcen zu patentieren (z. B. Patente auf Gene). Dasselbe Ziel verfolgen die Bestrebungen, Patente auf Software zu ermöglichen, sowie die Erweiterung

von Verwertungsrechten (Copyright) bezüglich Umfang, Dauer und Gegenstand. Letztendlich sollen damit auch noch die letzten Refugien nicht-kapitalistisch regulierter und verwerteter öffentlicher Bereiche (z. B. Wissen, Bildung und Gesundheit, Freie Software) dem Privateigentum und damit dem Diktat des kapitalistischen Warentausches und der Profitmaximierung unterworfen werden.

Um Freie Software auch der kapitalistischen Verwertungsmechanik verfügbar zu machen, wurde 1998 die „Open Source Initiative“ (OSI) gegründet (Eric. S. Raymond, Bruce Perens) mit dem Ziel, das „Copyleft“ der General Public License (GPL) zwar zu umgehen, die Vorzüge des offenen Quellcodes aber trotzdem zu erhalten. In der Folgezeit haben sich dann auch Big-Player-Firmen wie IBM, Hewlett Packard, Dell, SUN Microsystems und Novell der Open Source-Software, aber auch Freier Software zugewandt und erfolgreich in ihre Geschäftsmodelle integriert (vgl. Gabriel, Richard P.; Goldman, Ron 2003).

Kann das Prinzip Freier Software auf andere Güter übertragen werden?

#### Güter

Güter müssen folgende allgemeine Eigenschaften haben (vgl. Meretz, Stefan 2007a, Wikipedia: „Güter“):

- Sie müssen aus einem physikalisch-chemischen Material bestehen und/oder mit einem anderen Material verbunden werden, von ihm umhüllt oder in es eingepreßt sein.
- Sie müssen von der sie produzierenden Instanz unabhängig werden/sein.

Güter unterscheiden sich:

- durch den zu ihrer Herstellung/Produktion erforderlichen Arbeitsaufwand und den dafür erforderlichen Aufwand an Zeit und Geld,
- bezüglich ihrer materiellen Lebensdauer in Abhängigkeit von ihrem Gebrauch und
- bezüglich des Aufwands, der für die Herstellung von vielen Exemplaren (Kopien) eines Gutes erforderlich ist.

#### Waren

Wenn Güter mittels kapitalistischer (Lohn-)Arbeit produziert werden, werden sie Waren. Waren sind jene Güter (einschließlich Lohnarbeit), die auf dem Markt gegen Geld eingetauscht werden und zwar so, dass mehr Geld eingenommen wird als zur Produktion und Verteilung der Waren eingesetzt wurde.

Softwareprogramme als digitale Güter (d. h. auf Trägermedien gespeicherte digitale Daten) sind als Waren zwar mit anderen Gütern wie z. B. Autos vergleichbar, unterscheiden sich von ihnen aber wesentlich durch folgende Eigenschaften:

- Die Kosten für die notwendigen Produktionsmittel (Computer) sind relativ gering.
- Sie sind unbegrenzt vermehrbare (Kopie).
- Die Kosten ihrer Verteilung (über das Internet) sind vernachlässigbar.
- Sie unterliegen (fast) keinem physikalischen Alterungsprozess (Verschleiß).

Daraus folgt, dass Softwareprogramme und anderes digitalisiertes Wissen (Texte, Bilder, Musik) nicht knapp sein können. Diese besonderen Eigenschaften sind es, die kapitalistische Unternehmen dazu treiben, Software und andere digitalisierte Daten aus Profitstreben absichtlich zu verknappen. Dazu benutzen sie techni-

sche Mittel (Digital Rights Management (DRM) Systeme) sowie die Unterwerfung unter das Copyright oder unter Patente. Freie Software, die unter der General Public License (GPL) oder Texte, die unter der GNU Free Documentation License (GFDL) veröffentlicht ist (wie dieser Text), können nicht verknappt werden und leisten somit erfolgreich innerhalb des Kapitalismus Widerstand gegen private, kapitalistische Aneignung, Ausgrenzung und Verwertung. (vgl. Metz, Stefan 2007a und 2007b)

Computer und Software sind zwar eng verknüpft mit der kapitalistischen Expansion als derzeit bestimmendem Moment der Globalisierung, aber nicht deren Ursache. Sie sind aber Ursache für die verschärften Auseinandersetzungen um das so genannte „Geistige (Privat-)Eigentum“. Die tendenzielle Aufhebung der Beschränkung von Zeit und Ort und die dramatisch gestiegene Fähigkeit zur Verarbeitung und Speicherung großer Datenmengen eröffnen neue Möglich-



keiten der Erzeugung von freiem Wissen und Informationen, der Kooperation und der Verteilung (Distribution). Gleichzeitig werden aber auch völlig neue Mechanismen der Überwachung, Kontrolle, Ausgrenzung und Ausbeutung zu Gunsten machtgesteuerter, kapitalistischer Verknappung erzeugt und angewandt, gegen die sich aller-

dings Widerstand regt.

Freie Software, entstanden aus dem Bedürfnis, Verknappung aufzuheben, wird künftig noch viel stärkere Bedeutung als Modell der arbeitsteiligen, freien Kooperation und als ihr Mittel bekommen. Sie selbst bietet



durch ihre Offenheit die Gelegenheit zum Lernen und Erfahren, von der Benutzung bis zur Programmierung. Das ihr zugrunde liegende Konzept selbst und ihre technischen Möglichkeiten werden Unterstützung leisten können für die Verbreitung von Wissen und Bildung und die Möglichkeiten zur Kooperation verbessern.

Diese Entwicklung bietet jedoch auch Ansatzpunkte für die Befreiung von anderen Gütern. So könnte/kann vergegenständlichtes Wissen in Form von Konstruktionsplänen, Materiallisten, Prozessbeschreibungen, Musik, Noten, Filmen und Bildern, Rezepten, medizinischem Wissen und Therapien, wissenschaftlichen Texten unter eine freie Lizenz gestellt und so für alle Menschen verfügbar und nutzbar gemacht werden. So könnte auch der Biopiraterie entgegen gewirkt werden, indem das Wissen über Pflanzen aufgezeichnet und unter der GNU Free Documentation License (GFDL) – wie dieser Text – oder einer anderen Lizenz veröffentlicht wird.

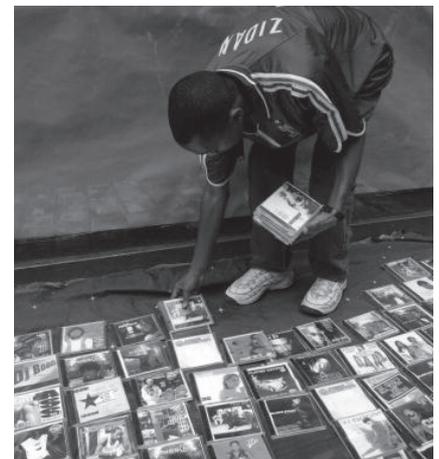
Allerdings können auch freie Güter (z. B. Freie Software) nicht ohne die Inanspruchnahme von Machtstrukturen – insbesondere staatlicher Macht und staatlicher Institutionen (Recht) – existieren. So benutzt Freie Software das Urheberrecht, um mit

Hilfe einer darauf aufbauenden Lizenz ihre profitorientierte Verknappung zu unterbinden. Die Existenz freier Güter ist also von Macht und aktuellen Kräfteverhältnissen in der kapitalistischen Gesellschaft abhängig.

Die Frage, ob die Produktions- und Verteilungsmechanismen sowie die besondere Form der Lizenzierung auf andere „materielle“ Güter übertragen werden können und somit weitere Formen freier Güter entstehen könnten, wird seit einiger Zeit intensiv diskutiert, unter anderem bei Oekonux e.V. (<http://www.oekonux.de>). Doch das erweist sich als nicht so einfach.

Wie oben gezeigt ist bei Gütern, die Wissen in binärer Form enthalten – wie die Freie Software – die Verbindung von Wissen mit einer Lizenz vergleichsweise einfach. Man fügt dem Quelltext und/oder der Binärcode-Datei auf der CD ROM einfach die Lizenz hinzu. Wie ein Sack Weizen dagegen unter einer GPL-ähnlichen Lizenz frei verteilt und genutzt werden könnte, ist allerdings unklar. Trotzdem bestehen aktuell viele Möglichkeiten, die Voraussetzungen für die Produktion freier Güter zu schaffen. Ohne eine Veränderung der Eigentumsverhältnisse – insbesondere an Grund und Boden – und ohne Abschaffung des politisch-ökonomischen Zwangs zur Lohnarbeit und Warenproduktion, ist eine Gesellschaft in der alle Güter frei produziert, bearbeitet und verteilt werden können, aber kaum zu realisieren.

*Egal was es ist -  
Raubkopien werden geschreddert!  
Und auch immer wieder hergestellt und verkauft  
Bilder: <http://images.google.de/raubkopien>*



## Ausblick

Wenn Globalisierung auch Deregulierung und kapitalistische Verwertung freier und öffentlicher Güter durch Privatisierung bedeutet (vgl. Altvater, Elmar 2003) und Teil der (imperialistischen) Gegenmaßnahmen des Kapitals gegen die Schwierigkeiten ist, sich profitabel zu verwerten (vgl. Hirsch, Joachim 2004, 2005), so bedeutet derzeit „Befreiung der Güter“ alle Aktionen und Handlungen, die das Ziel haben, die kapitalistische Verwertung freier und öffentlicher Güter zu verhindern oder sie rückgängig zu machen. Aber: „(...) Solange der Zweck der herrschenden Wirtschaftsweise nicht zur Disposition steht, kann es also nur darum gehen, den offenen Zugang zu Wissen zu erhalten und zu erweitern. Dies ist aber nicht einfach eine Frage von alternativen Geschäftsmodellen, sondern von sozialen Kämpfen um ein öffentliches Gut. Derartige Kämpfe sollten sich nicht auf das Thema Software beschränken.“ (Heller, Lydia, Nuss, Sabine 2004)

Es bedarf also der Entwicklung und Verbreitung anderer Gesinnungen, Verhaltensweisen, Gewohnheiten und Regeln des Zusammenlebens und -arbeitens, damit über die derzeit noch dominierenden kapitalistischen gesellschaftlichen Verhältnisse hinaus geblickt werden kann und Bilder einer veränderten Gesellschaft ansatzweise entdeckt werden können. Das Projekt Freie Software ermuntert zu Fantasien über einen Weg dahin und macht Wegbegleiter\_innen vorstellbar, die diesen Weg mitgehen könnten.

Den Anfang eines neuen Weges zu finden ist einfach. Die Nutzung Freier Software auf dem eigenen PC/Notebook ist gut möglich. Dann macht man nicht nur Erfahrungen mit sehr guten Programmen, sondern hat auch die Chance, interessante und hilfreiche Verbindungen zu den Communities der Freie Software-Bewegung aufzunehmen.

## Credits

Für kritisch zugewandte und hilfreiche Anregungen und Einwände danke ich der Redaktion des Infoblatts herzlich.

Frieder Hirsch  
Version 1.0.7  
02.12.2007  
Copyright + Lizenz  
Copyright © Frieder Hirsch  
2007

Permission is granted to copy, distribute and/or modify this document under the terms of the GNU Free Documentation License, Version 1.2 or any later version published by the Free Software Foundation; with no Invariant Sections, no Front-Cover Texts, and no Back-Cover Texts. A copy of the license is available at: <http://www.gnu.org/licenses/fdl.htm>

## Literatur:

- Altvater, Elmar (2003), What happens when public goods are privatised? [http://www.wem-gehoert-die-welt.de/engl/01/altvater\\_0312.pdf](http://www.wem-gehoert-die-welt.de/engl/01/altvater_0312.pdf); zuletzt besucht: 29. 05. 2004, 21:47 Uhr
- Brucherseifer, Eva (2004), Die KDE-Entwicklergemeinschaft – wer ist das? in: Open Source Jahrbuch 2004, Zwischen Softwareentwicklung und Gesellschaftsmodell; Gehring, Robert A.; Lutterbeck, Bernd (Hrsg.) (<http://ig.cs.tu-berlin.de/Think-Ahead.ORG/OpenSourceJahrbuch2004.pdf>); zuletzt besucht: 26. 03. 2004, 10:17 Uhr
- Gabriel, Richard P.; Goldman, Ron (2003), Open Source: Beyond the Fairytales Sun Microsystems <http://opensource.mit.edu/papers/gabrielgoldman.pdf>
- Heller, Lydia; Nuss, Sabine (2004), Open Source im Kapitalismus: Gute Idee – falsches System? in: Open Source Jahrbuch 2004 (<http://ig.cs.tu-berlin.de/Think-Ahead.ORG/OpenSourceJahrbuch2004.pdf>); zuletzt besucht: 26. 03. 2004, 10:17 Uhr
- Hertel, Guido et al. (2003), Motivation of Software Developers in Open Source Projects: An Internet-based Survey of Contributors to the Linux Kernel, Guido Hertel, Sven Niedner, Stefanie Herrmann, University of Kiel <http://opensource.mit.edu/papers/preso-hertel.pdf>
- Hirsch, Hans-Frieder (2004), KDE - Ein Überblick, in: [http://www.cercos.de/Texte/html/Was\\_ist\\_KDE.html](http://www.cercos.de/Texte/html/Was_ist_KDE.html)
- Hirsch, Joachim (2004), Was ist eigentlich Imperialismus?, in: links-netz (Onlinezeitschrift) <http://www.links-netz.de>; zuletzt besucht: 25. 05. 2004
- Hirsch, Joachim (2005), Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems, VSA-Verlag, Hamburg 2005
- Holtgrewe, Ursula (2004), Heterogene Ingenieure – Open Source und Freie Software zwischen technischer und sozialer Innovation in: Open Source Jahrbuch 2004.pdf, S. 354 (<http://ig.cs.tu-berlin.de/Think-Ahead.ORG/OpenSourceJahrbuch2004.pdf>); zuletzt besucht: 26. 03. 2004, 10:17 Uhr



Tux, das Linux-Maskottchen

- Lohoff, Ernst (2007), Der Wert des Wissens, in: Krisis 31/2007, hier zitiert: Kurzfassung des gleichnamigen Artikels auf [http://www.balxix.de/e10707\\_Wert\\_des\\_Wissens\\_-\\_kurzfassung.html](http://www.balxix.de/e10707_Wert_des_Wissens_-_kurzfassung.html)
- Luthiger, Benno (2004), Alles aus Spaß? Zur Motivation von Open-Source-Entwicklern, BENNO LUTHIGER in: Open Source Jahrbuch 2004, <http://ig.cs.tu-berlin.de/Think-Ahead.ORG/OpenSourceJahrbuch2004.pdf>; zuletzt besucht: 26. 03. 2004, 10:17 Uhr
- Meretz, Stefan (2000), „Linux & Co – Freie Software – Ideen für eine neue Gesellschaft“; AG SPAK Publikationen, Neu-Ulm 2000 (<http://www.leibi.de/spak-buecher>) und <http://www.kritische-informatik.de/fsrevol.htm>
- Meretz, Stefan (2007 a), Universalgüter, Informationsgüter als genuin gesellschaftliche Güter, in: Streifzüge 40/2007, [http://www.streifzuege.org/texte\\_str/str\\_07-40\\_meretz\\_imwo\\_universalgueter.htm](http://www.streifzuege.org/texte_str/str_07-40_meretz_imwo_universalgueter.htm); zuletzt besucht: 23. 10. 2007
- Meretz, Stefan (2007 b), Der Kampf um die Warenform. Wie Knappheit bei Universalgütern hergestellt wird, in: Krisis 31/2007, [www.balxix.de](http://www.balxix.de); zuletzt besucht: 23. 10. 2007
- Nuss, Sabine (2006), Copyright & Copyriot – Aneignungskonflikte um Geistiges Eigentum im Informationellen Kapitalismus, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2006
- Thie, Hans (2004), „Den Druckpunkt treffen“ in: Freitag vom 24. 5. 2004 <http://www.freitag.de/2004/22/04220401.php>; zuletzt besucht: 24. 05. 2004

Weitere Links zum Thema (alle zuletzt besucht: 11. 11. 2007)

- Privatisierung: [http://www.who-owns-the-world.org/wp/langswitch\\_lang/de](http://www.who-owns-the-world.org/wp/langswitch_lang/de)
- Die deutsche Website von KDE: <http://www.kde.de>
- Die Debian Website – Prinzip nur Freie Software zu verwenden: <http://www.de.debian.org/devel/constitution>
- Diskussionsforum zur Möglichkeit der Übertragung der GPL-Prinzipien auf andere gesellschaftliche Bereiche: <http://www.oekonux.de>
- Die General Public License: <http://www.gnu.org/copyleft/gpl.html>
- Freie Software verkaufen: <http://www.gnu.org/philosophy/selling.de.html>
- Aktion gegen Software-Patente: <http://eupat.ffii.org/index.de.html>
- Die Free Software Foundation Europe: <http://www.germany.fsfeurope.org/>
- Die Website der Free Software Foundation: <http://www.fsf.org>

1 Unter Kapitalverwertung wird hier der Zwang verstanden, dem sämtliche kapitalistischen Unternehmen unterworfen sind, das eingesetzte Kapital zu verwerten, indem Waren auf dem Markt gegen Geld getauscht werden und zwar so, dass mehr Geld eingenommen wird als zur Produktion und Verteilung der Waren eingesetzt wurde (G-W-G').

# TRIPs und CAFTA

## Geistige Eigentumsrechte weltweit garantiert!



liegen der WTO. Was treibt also besonders die großen Wirtschafts- und Handelsmächte - USA und EU - zu bilateralen Verhandlungen? An dem Beispiel des Kapitels 15: „Rechte an geistigem Eigentum“ des DR-CAFTA-Abkommens<sup>1</sup> soll versucht werden, darauf eine Antwort zu geben.

### TRIPs

Im Falle von DR-CAFTA sind alle beteiligten Länder Mitglieder der WTO

(ea) Obwohl seit 1995 mit TRIPs ein Abkommen existiert, das weltweit die Patente der Reichen gegenüber den Armen schützt und durchsetzt, werden in den Freihandelsverträgen, die in den letzten Jahren von den Handelsgrößmächten USA und EU geschlossen worden sind, immer weitergehende Schutzbestimmungen zu Gunsten ihrer transnationalen Konzerne durchgesetzt.

Freihandelsverträge sind in

Überall werden gerade Freihandelsverträge verhandelt oder sind vor kurzem abgeschlossen worden: zwischen Panama und Singapur, Nicaragua und Taiwan, USA und Südkorea usw. Besonders aktiv waren in den letzten Jahren die USA. Vor 2003 hatten die USA überhaupt nur mit vier Ländern Freihandelsverträge, u. a. mit Kanada und Mexiko, mit denen sie die nordamerikanische Freihandelszone NAFTA (North American Free Trade Agreement) bildet. Seit 2003 haben die USA außer mit Südkorea noch mit 13 weiteren Einzelstaaten Verträge abgeschlossen, oder sie sind dabei, zu verhandeln. Neben den erwähnten bilateralen Verträgen haben sie auch mit der Gruppe der fünf zentralamerikanischen Länder und der Dominikanischen Republik das regionale

Abkommen DR-CAFTA (Dominican Republic-Central America-United States Free Trade Agreement) abgeschlossen. Von den 19 Ländern mit denen die USA nach 2003 in Verhandlungen waren oder noch sind, liegen zehn in Lateinamerika. Das hängt mit dem Scheitern der gesamtamerikanischen Freihandelszone ALCA (Área de Libre Comercio de las Américas) zusammen. Als es immer unwahrscheinlicher wurde, dass ALCA sich würde verwirklichen lassen, sind die USA dazu übergegangen, ihre Handelsinteressen mit bilateralen Verträgen zu verfolgen.

Aber auch die EU setzt im Augenblick auf bilaterale und regionale Freihandelsverträge. Im Oktober dieses Jahres haben die Verhandlungen mit Zentralamerika begonnen und auch mit den so genannten AKP-Staaten (Gruppe von Ländern Afrikas, der Karibik und des Pazifiks, zumeist ehemalige Kolonien) sollen in Zukunft die wirtschaftlichen Beziehungen in Freihandelsverträgen geregelt werden.

Fast alle beteiligten Länder, die sich so um mehr Freihandel bemühen, sind Mitglieder der Welt Handelsorganisation WTO (World Trade Organization). Das überrascht zuerst, denn wir wissen ja, die Liberalisierung des Handels ist das Hauptan-

und damit auch des TRIPs-Abkommens (Trade Related Aspects of Intellectual Property Rights), zu deutsch des Abkommens über handelsbezogene Aspekte geistiger Eigentumsrechte. In Kraft getreten am 1. Januar 1995, gilt TRIPs inzwischen in 151 Staaten. Das heißt vor allem, dass all diese Staaten die Vereinbarungen des Abkommens, wie z. B. Schutzfristen in nationales Recht umsetzen mussten. Wenn man bedenkt, dass der UN 192 Staaten angehören, kann man sagen, dass TRIPs inzwischen die geistigen Eigentumsrechte fast weltweit garantiert.

Auch dieser Aspekt der weltweiten Gültigkeit rechtfertigt die Bezeichnung geistige Monopolrechte statt geistige Eigentumsrechte, wie sie in einer Publikation von Bökelers, Moldenhauer, Rubbel<sup>2</sup> verwendet wird. Folgendermaßen begründen die Autoren die Wahl des Begriffes: „Wir lehnen den Begriff des »geistigen Eigentums« als Kampfbegriff der Befürworter der Ausweitung geistiger Monopole ab. Zum einen steht »Eigentum« juristisch für eine Breite an Rechten, die für das »geistige Eigentum« glücklicherweise (noch) nicht durchgesetzt ist. Die positive Konnotation des Begriffes »Eigentum« dient zum anderen dazu, solchen Rechten einen Anschein von Legitimität zu

verschaffen. Wissen sollte aber gerade kein exklusives Eigentum sein, sondern der Allgemeinheit dienen. Viel treffender ist daher der Begriff der *geistigen Monopolrechte*.“

Bei dem TRIPs-Abkommen, handelt es sich wieder einmal um ein internationales Abkommen, welches den reichen Norden vor dem armen Süden schützt. Von dem Schutz, den TRIPs u. a. Patenten, Marken und gewerblichen Mustern gewährt, profitieren vor allem die PatentinhaberInnen, von denen über 90% ihren Sitz in den reichen Ländern des Nordens haben. Bei einem Großteil von ihnen handelt es sich um transnationale Konzerne.

Am Beispiel Patente kann gut gezeigt werden, wie vorbildlich das TRIPs-Abkommen den Interessen des Nordens, d. h. der transnationalen Konzerne, dient.

Neben der fast weltweiten Gültigkeit erfüllt das Abkommen auch noch drei weitere zentrale Interessen der PatentinhaberInnen. Dieses sind:

- eine möglichst lange Zeitspanne für den Patentschutz,
- dessen strikte Durchsetzung und
- die Patentierbarkeit so weit als möglich auszuweiten.

In allen drei Bereichen bietet TRIPs den PatentinhaberInnen eine Menge. Was die Zeitspanne des Patentschutzes betrifft, so ist sie im Artikel 33 des Abkommens mit 20 Jahren festgelegt<sup>3</sup>. Ein derartig langer Zeitraum garantiert nicht nur den patenthaltenden transnationalen Konzernen eine bequeme Verwertung ihrer Monopolrechte, sondern führt auch zu Zweifeln am liberalen Diskurs, der ja den freien Handel als Motor des Technologietransfers vom Norden in den Süden propagiert.

### Strikte Durchsetzung

Die Möglichkeit mit dem Streit-schlichtungsmechanismus der WTO den Schutz der geistigen Monopolrechte durchzusetzen, ist wahrscheinlich im Sinne der PatentinhaberInnen, die größte Attraktion des TRIPs-Abkommens. Außer dass das Abkommen genaue Vorschriften über Strafen und



Entschädigungen enthält, die von den Mitgliedern in nationales Recht umgesetzt werden müssen, ist in Artikel 64 festgelegt, dass im Konfliktfall die in der WTO vereinbarte

Streitschlichtung zur Anwendung kommt. Dies ist ein sehr wirkungsvoller Mechanismus, der bis zur Verhängung von Handelssanktionen führen kann. Vor TRIPs gab es auf internationaler Ebene schon seit 1883

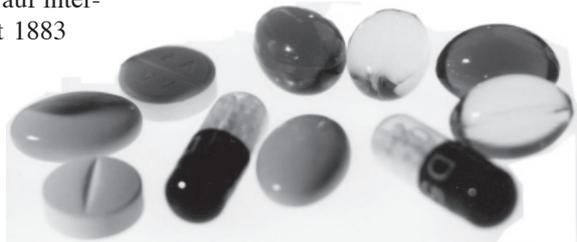
die Pariser Verbandsvereinbarung. Später kam die UNO-Sonderorganisation WIPO (World Intellectual Property Organization), die Weltorganisation für geistiges Eigentum, hinzu.

Beide Organisationen kannten keinerlei internationale Sanktionsmechanismen bei Verstößen. Konflikte wurden vor nationalen Gerichten verhandelt. Dies ließ den Ländern des Südens, den PatentnehmerInnen, einigen politischen Spielraum. Zum Beispiel hat Indien 1970 ein Patentgesetz verabschiedet, das bei Medikamenten die Schutzdauer generell auf 7 Jahre verkürzte und Ausnahmen bei der Patentierung festlegte. Mit diesen Maßnahmen gelang es in kurzer Zeit die Versorgung des indischen Marktes durch im eigenen Land hergestellte Massenmedikamente (Generika) von 25 % auf 70 % zu steigern und zwar auf einem Preisniveau, das dem Einkommen der Bevölkerung angemessen war (Corinna Heineke)<sup>4</sup>.

### Ausweitung der Patentierbarkeit

Bei der Patentierbarkeit, so wie sie das TRIPs-Abkommen definiert, sind die transnationalen Konzerne, die hinter den Regierungen des Nordens stehen, mit dem Erreichten nicht zufrieden. Zwar wird im Artikel 27 „Patentfähige Gegenstände“ eine generelle Patentierbarkeit definiert, denn es heißt dort, „dass Patente für Erfindungen auf allen Gebieten der Technik erhältlich sind, sowohl für Erzeugnisse als auch für Verfahren“. Aber im Absatz (3) werden noch Ausnahmen zugelassen und zwar für die Bereiche „a) diagnostische, therapeutische und chirurgische Verfahren für die Be-

handlung von Menschen oder Tieren“ und für „b) Pflanzen und Tiere“. Doch diese Ausnahmen für Pflanzen und Tiere haben wieder Einschränkungen, die den multinationalen Saatgutkonzernen dienen. Pflanzen dürfen von der Patentierung nur ausgenommen werden, wenn ein entsprechender Sortenschutz besteht. Über die Art und Weise, wie der Sortenschutz durchzuführen sei, ist aber



nichts ausgesagt. Es ist also durchaus zulässig, Sortenschutz über die nationale Rechtsprechung zu regeln und damit immer noch möglich, eine nationale Agrarentwicklung zu betreiben. Da alle »nicht-biologischen und mikrobiologischen Prozesse« nicht unter die Ausnahmen fallen, bedeutet dies, dass für alle genetisch veränderten Pflanzen in jedem Fall Patente erteilt werden müssen.

### Ausnahmeregelung bei Medikamenten

Unter bestimmten Bedingungen, die im Artikel 31 b mit „nationalem Notstand oder sonstiger Umstände von äußerster Dringlichkeit“ bezeichnet werden, können Regierungen sogenannte Zwangslizenzen ausstellen<sup>5</sup>. Diese Ausnahme hat ihre praktische Bedeutung bei der Produktion von Generika. Normalerweise kann ein billiges Generikum als Alternative zu einem Markenmedikament nur dann auf den Markt gebracht werden, wenn kein Patentschutz vorliegt, oder wenn ein vorhandener Patentschutz abgelaufen ist. Die Möglichkeit der Zwangslizenzen wird von einigen Ländern des Südens genutzt, um ihre Bevölkerung in Notfällen mit bezahlbaren Medikamenten versorgen zu können. Ohne Lizenzgebühren lassen sich Generika zu einem Bruchteil der Kosten, teilweise für weniger als ein Zehntel, produzieren. Da Zwangslizenzen aber nur für „die Versorgung des Binnenmarkts“ gestattet sind, ist aber das

Problem noch lange nicht gelöst, denn viele Länder sind nicht in der Lage, eine eigene Pharmaindustrie zur Produktion von Generika aufzubauen. Bis 2002 hätte die WTO dieses Problem, dessen Lösung nur in der Zulassung einer grenzüberschreitenden Generikaproduktion bestehen kann, eigentlich erledigen sollen, dies ist aber bis heute nicht geschehen.<sup>6</sup>

Mit diesen kurzen Ausführungen ist natürlich das TRIPs-Abkommen nicht erschöpfend behandelt. Sie konzentrieren sich auch nur auf die Teile, die im DR-CAFTA-Abkommen eine wichtige Rolle spielen.

### Das Beispiel DR-CAFTA

Seit dem Inkrafttreten des TRIPs-Abkommens 1995 sind inzwischen mehr als zehn Jahre vergangen, in denen die Länder des Südens und des Nordens versucht haben, Nachbesserungen zu ihren Gunsten zu erreichen. Beide haben keine wesentlichen Erfolge erzielt. Da die mächtigen Handelsnationen des Nordens in der WTO auch auf anderen Gebieten, wie z. B. bei den sogenannten Singapur-Themen<sup>7</sup>, nicht weiter gekommen sind, haben sie ihre Strategie geändert und sind dazu übergegangen, bilaterale Freihandelsabkommen abzuschließen. Diese Verträge, vor allem wenn sie mit kleinen Ländern ohne großes politisches Gewicht abgeschlossen wurden, enthalten Abschnitte zum Schutz des geistigen Eigentums, deren Bestimmungen über diejenigen des TRIPs-Abkommens weit hinausgehen. So ist es auch in dem Abkommen DR-CAFTA, zwischen den USA und den zentralamerikanischen Staaten und der Dominikanischen Republik, das seit kurzem in Kraft ist.

Am Text des Kapitels 15 des DR-CAFTA-Abkommens: „Rechte an geistigem Eigentum“ ist erkennbar, dass es den USA gelungen ist, die zentralen Interessen der patenthaltenden trans-

nationalen US-Konzerne über TRIPs hinaus zu befriedigen. Wie schon erwähnt, sind die drei wichtigsten Interessen der Konzerne die lange Schutzdauer für Patente, die rigide Durchsetzung des Schutzes und die Ausweitung der Patentierbarkeit. In allen drei Bereichen wurden Erfolge erzielt.

Gleich zu Beginn des Vertragstextes im Artikel 15.1 „Allgemeine Bestimmungen“ verpflichten sich die Vertragsparteien zur Ratifizierung von zehn verschiedenen Verträgen. Neun davon sind Verträge im Rahmen der WIPO, der zehnte ist das Internationale Übereinkommen zum Schutz pflanzlicher Züchtungen im Rahmen der UPOV (Union internationale pour la Protection des Obtentions Végétales). Die WIPO-Verträge behandeln eine breite Palette, vom Urheberrecht über Patente, Marken, bis zur Anerkennung der Hinterlegung von Mikroorganismen für die Zwecke von Patentverfahren. Die größte Be-

Pflanzenzüchtern, gestattet in seiner Fassung von 1978 Landwirten den freien Nachbau auch geschützter Sorten. In der Revision von 1991 wurde dieses sogenannte „Landwirteprivileg“ eingeschränkt und ein Sortenschutz ähnlich dem von Patenten eingeführt“ (Ute Sprenger).<sup>8</sup> Hiervon waren alle lateinamerikanischen Länder des DR-CAFTA-Abkommens betroffen, entweder waren sie keine Mitglieder der UPOV oder wie im Fall von Nicaragua der älteren Konvention von 1978 beigetreten. Die Folgen sind gravierend, da die letzten Möglichkeiten, sich dem Zugriff der Saatgut-Multis zu entziehen, wie sie das TRIPs-Abkommen einigen armen Länder noch zugestanden, beendet werden. Denn „die unlängst seitens WTO/TRIPs eingeräumte Fristverlängerung bis 2013 zur Regelung handelsbezogener geistiger Eigentumsrechte wird damit etwa für Nicaragua, das zu den ärmsten Ländern der Welt zählt, gegenstandslos“ (Ute Sprenger).



deutung für die zentralamerikanischen Länder hat die Unterzeichnung des UPOV Abkommens (Siehe auch den Artikel Biopiraterie: Die Einhegung und Privatisierung der Pflanzenvielfalt). Im konkreten Fall handelt es sich um UPOV '91. Der internationale Verband zum Schutz von Pflanzzüchtungen (UPOV), ein 1961 in Europa geschaffenes Übereinkommen über die Sortenschutzrechte von

### Exklusive Medikamente

Die Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen (MSF)<sup>9</sup> hat im Jahr 2001 in Guatemala ein Programm gestartet, in dem 1600 AIDS-Kranke mit einer antiretroviralen Therapie behandelt wurden. Dies war finanziell nur möglich, weil ein Generikum verwendet wurde, das die Kosten pro Person auf 350 US-\$ im Jahr begrenzte. Eine Be-

handlung mit dem Originalmedikament hätte die Kosten auf fast 5000 \$ im Jahr getrieben, ein Betrag, der in einem Land wie Guatemala nicht bezahlt werden kann. Dieses Programm wäre heute nach dem Inkrafttreten von DR-CAFTA nicht mehr möglich.

Die USA haben auf Drängen ihrer Pharmaindustrie die sogenannte Exklusivität für Zulassungsdaten bei Medikamenten (und Agrochemikalien) durchgesetzt. Bei der Registrierung eines neuen Arzneimittels legt der Hersteller der Behörde Daten vor, die Wirksamkeit und Unschädlichkeit des Präparates nachweisen. Diese Daten werden jetzt mit dem Artikel 15.10 des DR-CAFTA-Vertrages fünf Jahre (bei Agrochemikalien zehn) geschützt. Dies gilt nicht nur für das Land in dem das Medikament registriert worden ist, sondern allgemein dann, wenn in irgendeinem Land eine Registrierung erfolgte. Und Registrierung muss nicht Patentierung heißen, d. h. hiermit erhalten auch lediglich registrierte Medikamente faktisch einen Patentschutz von fünf Jahren. Damit ist die Herstellung von Generika in Zentralamerika sehr erschwert worden. Nicht nur in dem Fall, in dem ein Generikum bisher problemlos auf den Markt gebracht werden konnte, weil das Original im Land nicht vertrieben wurde, sondern auch in dem Fall, wo es über Zwangslizenzen eingeführt wird, ist dies jetzt fünf Jahre lang praktisch nicht möglich.

Bisher war es bei der Generikaproduktion üblich, dass die Hersteller bei der Registrierung eines Präparates mit den Zulassungsdaten des Originalproduktes arbeiten konnten. Es genügte, nachzuweisen, dass die chemische und biologische Zusammensetzung mit der des Originals übereinstimmte. Dieses Verfahren ist ein Grund dafür, dass Generika häufig sehr viel billiger als die Originale sind, denn die Zulassungsdaten mit klinischen und präklinischen Studien usw. zu erzeugen, ist sehr teuer<sup>10</sup>.

Bisher wurde zu diesem Thema im Artikel 39.3 von TRIPs schon gefordert, dass die Zulassungsdaten „vor unlauterem gewerblichen Gebrauch“ geschützt werden müssen. Es liegt also nahe, dass der Artikel 15.10 nicht so sehr den Schutz geistigen Eigentums bezweckt, sondern vor allem der US-amerikanischen Pharmaproduktion



die zentralamerikanische Generikakonzurrenz vom Hals schaffen soll. Aus Guatemala wird inzwischen schon der erste Fall einer Klage des US-Pharmakonzerns Pfizer gegen einen Generikahersteller berichtet<sup>11</sup>.

### Einstieg in die Patentierung von Pflanzen

Auch auf dem Gebiet der Patentierbarkeit haben die USA mit dem DR-CAFTA-Abkommen gegenüber den TRIPs-Vereinbarungen Fortschritte gemacht. Dies betrifft vor allem die Patentierung von Pflanzen. Im Artikel 15.9.2 heißt es dazu: „Nichts in diesem Kapitel ist so zu verstehen, als ob eine Partei daran gehindert würde Erfindungen von der Patentierbarkeit auszuschließen, so

wie es in den Artikeln 27.2 und 27.3 des Abkommens TRIPs festgelegt ist. Jedoch wird jede Partei, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Vertrages keinen Patentschutz auf Pflanzen gewährt, alle angemessenen Bemühen aufbieten, diesen Patentschutz zu erteilen. ...“. Wenn man bedenkt, dass im Artikel 27.3 von TRIPs steht: „Die Mitglieder können von der Patentierbarkeit auch ausschließen .. b) Pflanzen und Tiere, ..“, dann wirkt dieser Abschnitt höchst widersprüchlich, denn ganz offensichtlich kollidiert der Text des DR-CAFTA-Vertrages mit den TRIPs-Vereinbarungen, auf die er sich bezieht, aber den USA war es anscheinend wichtig, diesen Einstieg in die Patentierung von Pflanzen geschafft zu haben. Dass dies in DR-CAFTA erreicht wurde, ist besonders lukrativ, denn die biologische Vielfalt Zentralamerikas ist berühmt.

### Fazit

Das Kapitel 15 „Rechte an geistigem Eigentum“ in dem DR-CAFTA-Vertrag ist Teil einer Strategie, die seit einigen Jahren von der US-Regierung verfolgt wird und die kurz mit TRIPs-Plus bezeichnet wird<sup>12</sup>. Es geht darum in bilateralen und regionalen

Freihandelsverträgen noch schärfere Bestimmungen für die geistigen Monopolrechte durchzusetzen, als sie schon im TRIPs-Abkommen festgelegt wurden. Damit sollen Fakten geschaffen werden, die später in der WTO Früchte tragen werden, d. h., dass sie später in die internationalen Vereinbarungen des TRIPs-Abkommens eingeführt werden sollen. Zentrale Anliegen sind dabei:

- die Ausdehnung der Patentierbarkeit auf Pflanzen und Tiere
- die verbindliche Eingliederung des Abkommens UPOV 91 in das Vertragswerk
- die Einführung der Datenexklusivität für die Zulassung von Medikamenten und Agrochemikalien.

All diese Ziele sind im DR-CAFTA-Abkommen erreicht worden. Dies erkennen auch Repräsentanten der US-Konzerne an, wie man einem Bericht aus dem Jahre 2004 zu den Vorschriften über geistiges Eigentum im DR-CAFTA-Abkommen<sup>13</sup> entnehmen kann. Es ist offensichtlich, dass diese Bestrebungen nur den Profitinteressen der Konzerne der USA dienen. Der offensichtliche Kampf gegen die Generikahersteller ist ein Kampf gegen die Versorgung der Armen Zentralamerikas mit bezahlbaren Medikamenten. Der Kampf für die Patentierung von Pflanzen und die Einführung eines rigiden Sortenschutzes ist ein Kampf gegen die KleibäuerInnen Zentralamerikas, die nicht mehr wie bisher das Saatgut als Teil ihrer Ernten gewinnen, sondern die es jährlich bei den Saatgutkonzernen kaufen und dabei immer wieder deren Lizenzgebühren zahlen müssen. Das wird auf die Dauer ihre persönliche Existenz in der Landwirtschaft in Frage stellen und die Nahrungsmittelsicherheit der Länder der Region weiter gefährden. Patentierung der Pflanzen wird aber auch dazu führen, dass sich die US-Konzerne der Branchen Saatgut und Pharmazentik die enorme biologische Vielfalt der Region aneignen werden, um sie auszubeuten.

Aber die USA und DR-CAFTA sind nur ein Beispiel. Wie schon gesagt, haben in diesen Tagen Verhandlungen zwischen der EU und Zentralamerika zum Abschluss eines Assoziierungsabkommens begonnen. Wichtiger Teil dieses Abkommens wird ein Freihandelsvertrag sein, der selbstverständlich auch ein Kapitel zum Schutz des geistigen Eigentums enthalten wird. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird es darin um die gleichen Probleme gehen: die EU wird vor allem die Patentinteressen der europäischen transnationalen Konzerne vertreten. Wir werden die Verhandlungen innerhalb eines AK des Ökumenischen Büros beobachten und darüber berichten.

1 Zitate aus dem DR-CAFTA-Abkommens sind vom spanischen Text übersetzt worden: [http://www.minec.gob.sv/tlc/tlc\\_web/pdf/Usa/capitulo15.pdf](http://www.minec.gob.sv/tlc/tlc_web/pdf/Usa/capitulo15.pdf)  
Eine englische Version findet sich unter: [http://www.ustr.gov/assets/Trade\\_Agreements/Bilateral/CAFTA/CAFTA-DR\\_Final\\_Texts/](http://www.ustr.gov/assets/Trade_Agreements/Bilateral/CAFTA/CAFTA-DR_Final_Texts/)

asset\_upload\_file934\_3935.pdf

2 Bödeker, Sebastian/Moldenhauer, Oliver/Rubbel, Benedikt (2005): Wissensallmende <https://www.attac.de/wissensallmende/basistext/>

3 Unter <http://archiv.jura.uni-saarland.de/BGBI/TEIL2/1994/19941730.2.HTML> findet man eine deutsche Übersetzung des TRIPs-Abkommens.

4 Der Beitrag „Adventure TRIPs – Die Globalisierung geistiger Eigentumsrechte im Nord-Süd-Konflikt“ ist Teil der Publikation der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 552: Wissen und Eigentum, <http://www.bpb.de/files/MJPQ2J.pdf>

5 Details hierzu siehe die Veröffentlichung der EU unter <http://europa.eu/scadplus/leg/de/lvb/l21168.htm>

6 Zu weiteren Informationen, wie z. B. hinsichtlich der direkten Einflussnahme US-amerikanischer Unternehmen der Branchen Saatgut und Pharmazentik auf das Zustandekommen des Abkommens, sowie die Auswirkung von TRIPs auf die für die Länder des Südens so immens wichtige Generikaproduktion im Medizinbereich, sei auf den sehr lesenswerten Beitrag von Corinna Heineke verwiesen.

7 Seit der WTO Konferenz 1996 in Singapur versuchen die Länder des Nordens vergeblich „Fort-schritte“ in ihrem Sinne bei den Themen Investitionen, Wettbewerb, öffentliches Beschaffungswesen und Handels erleichterungen innerhalb der WTO zu erreichen

8 Zitiert nach Gen-ethischer Informationsdienst 173 Dezember 2005, Ute Sprenger: Von multi- zu bilateralen Handelsabkommen, <http://www.gen-ethisches-netzwerk.de/node/422>

9 Die Informationen dieses Abschnittes entstammen dem Bericht, den MSF im Jahre 2004 dem US-Kongress vorgelegt hat [http://www.msf.es/images/CAFTA\\_InformeCongresoEEUU\\_040505\\_ES\\_tcm3-3514.pdf](http://www.msf.es/images/CAFTA_InformeCongresoEEUU_040505_ES_tcm3-3514.pdf)

10 Zu dem komplizierten Thema Datenexklusivität gibt es einen guten Artikel der Deutschen Aids-Hilfe [http://www.hivreport.de/media/de/2007\\_03\\_HIVReport.pdf](http://www.hivreport.de/media/de/2007_03_HIVReport.pdf)

11 “A un año del TLC... Recuento del los daños” <http://www.ciid-gt.org/info/informetlc1.pdf>

12 Siehe z. B. die <http://www.grain.org/rights/tripsplus.cfm>

13 Industry Functional Advisory Committee on Intellectual Property Rights for Trade Policy Matters [http://www.grain.org/rights\\_files/ifac03%20on%20CAFTA.pdf](http://www.grain.org/rights_files/ifac03%20on%20CAFTA.pdf)

## Glossar

### Geistige Eigentumsrechte

Geistige Eigentumsrechte bezeichnen Exklusivrechte an immateriellen Gütern, z.B. Wissen oder Ideen. Immaterielle Güter sind nicht endlich und können ohne Qualitätsverlust beliebig oft gebraucht werden. Sie könnten deshalb von beliebig vielen Personen gleichzeitig genutzt und extrem kostengünstig vervielfältigt werden. Um dennoch eine kapitalistische Verwertung sicherzustellen, wird durch geistige Eigentumsrechte eine künstliche Verknapung erzeugt. Der Schutz des geistigen Eigentums ermöglicht



dem Rechteinhaber anderen Personen die Verwendung, Nachahmung oder Nutzung zu verbieten oder dafür Lizenzgebühren zu erheben. Durch die Ausweitung der geistigen Eigentumsrechte wird zunehmend freies Wissen zu monopolisiertem Privateigentum.<sup>1</sup>

### Öffentliches Gut

Der Begriff der öffentlichen Güter steht dem Begriff der Ware diametral gegenüber. Der Zugang zu öffentlichen Gütern soll grundsätzlich allen Mitgliedern einer Gesellschaft, unabhängig von ihrem Einkommen, offen stehen.

Im Rahmen eines Konzepts von Essentialität müssen Arzneimittel und andere lebenswichtige Bereiche der Daseinsvorsorge als öffentliche Güter begriffen werden. Folglich sollten sie prinzipiell vom Patentschutz ausgenommen sein. Ein Blick auf die Arzneimittelforschung zeigt, dass Arzneimittel als öffentliches Gut keine Utopie bleiben müssen. Der Großteil der Grundlagenforschung wird bereits in staatlichen Einrichtungen geleistet. Auch klinische Studien werden vermehrt von öffentlichen Einrichtungen durchgeführt. In letzter Zeit haben auch in den Naturwissenschaften öffentliche Forschungs-

projekte, die mit ähnlichen Schemata wie Open-Source im Softwarebereich arbeiten, große Erfolge erzielt. Da im Bereich der umstrittenen und stark kommerzialisierten Biotechnologie kaum noch eine Neuentwicklung möglich ist, ohne Patente anderer Forscher zu verletzen, hat sich das Projekt zur Entschlüsselung des menschlichen Erbgutes zum Grundsatz gemacht, den freien Austausch von Wissen wieder in den Vordergrund zu stellen. Die Vorteile werden schnell deutlich. Der Zugang zu Daten ist einfach und sie können öffentlich und weltweit von anderen Forschern diskutiert werden. Fehler werden schneller entdeckt und der Forschungsprozess ist transparent, schneller, billiger und qualitativ hochwertiger.

Dies gilt ebenso für den Pharmasektor. Mit dem Ausbruch des SARS-Virus kam es weltweit zu einer beeindruckenden Kooperation vieler Wissenschaftler bei der Bestimmung des Erregers und der Entwicklung von Gegenmaßnahmen. Auch die unabhängige Non-Profit-Organisation DNDi (Drugs For Neglected Diseases Initiative) hat mit der Markteinführung eines neuen Malaria-Medikaments bewiesen, dass die Entwicklung neuer



Medikamente auch ohne Patentschutz möglich ist. DNDi hat sich zum Ziel gesetzt hat, wirksame Arzneimittel gegen Krankheiten zu entwickeln, an denen vor allem Menschen in ärmeren Ländern leiden. Analog zum Open-Source-Gedanken darf jedes Pharmaunternehmen diese Medikamente produzieren.<sup>1</sup>

### Patent

Ein Patent ist ein hoheitlich erteiltes gewerbliches Schutzrecht auf Erfindungen. Es wird ein meist 20-jähriges Ausschlussrecht gewährt, um damit die Forschungs- und Entwicklungsko-

sten amortisieren zu können. Das bedeutet aber auch ein Monopol auf Wissen. Darüber ob oder unter welchen Bedingungen dieses Wissen von Dritten genutzt werden darf, entscheidet der Patentinhaber. Dieses Monopol ermöglicht der Pharmaindustrie die Medikamentenpreise zu diktieren und künstlich hoch zu halten. Damit bleiben lebenswichtige Arzneimittel für Arme unerreichbar oder werden erst gar nicht erforscht. Patente als Anreizstruktur zur Entwicklung neuer Wirkstoffe funktionieren nur in kaufkraftstarken Marktsegmenten. Diese finden sich hauptsächlich in Industrieländern. So werden 90% der Forschungsmittel für Krankheiten ausgegeben, die nur 10% der weltweit verlorenen gesunden Lebensjahre ausmachen. Eine Forschung zur Behandlung von sog. Armutskrankheiten wie Malaria oder Tuberkulose, die praktisch ausschließlich die Entwicklungsländer betreffen und deren kommerzielles Potential gering ist, findet von Seiten der profit- und patentorientierten Pharmakonzerne kaum statt.

Stattdessen werden Forschungsgelder, laut Zahlen des amerikanischen Pharma-Verbandes PhRMA, zu 70% in Scheininnovationen investiert. Diese Nachahmerprodukte von erfolgreichen Medikamenten der Konkurrenz werden auch als me-too-Produkte bezeichnet. Sie bringen keinen zusätzlichen therapeutischen Nutzen, sind aber patentiert, teuer und gut für die Bilanz der Unternehmen. Da me-too-Präparate im Grunde überflüssig sind, wird dafür umso mehr für Werbung ausgegeben. So verwundert es kaum, dass Pharmaunternehmen im Schnitt für Forschung nur halb so viel Geld ausgeben wie sie in die Werbung stecken.

Die wenigen neuen Medikamente, die wirklich einen medizinischen Fortschritt bringen, stammen hauptsächlich aus der öffentlich finanzierten Grundlagenforschung. Dennoch strebt die deutsche G8-Präsidentschaft eine weitere Ausweitung und Verschärfung des Patentschutzes an.<sup>1</sup>

### Zwangslizenz

Zwangslizenzen wurden auf Druck der afrikanischen Staaten, als Schutzrechte für die öffentliche Gesundheit in

das Welthandelsrecht integriert. Im November 2001 verabschiedeten die WTO-Mitgliedstaaten in Doha eine Erklärung zum TRIPS-Abkommen, nach der Ausnahmen des Patentschutzes aufgrund schwerer öffentlicher Gesundheitsprobleme erlaubt sind. D.h. alle WTO-Mitgliedstaaten haben zur Bewältigung von Krisen im öffentlichen Gesundheitswesen das Recht mit Hilfe von Zwangslizenzen Generika von patentgeschützten Medikamenten herzustellen oder zu importieren. Jeder Mitgliedstaat darf dabei selbst festlegen, was einen nationalen Notstand oder einen anderen Umstand äußerster Dringlichkeit darstellt. Krisen durch HIV/Aids, Tuberkulose, Malaria oder anderen Epidemien können solche Situationen sein. Allerdings wurden Zwangslizenzen von wirtschaftlich ärmeren Ländern wegen der Komplexität des Verfahrens bisher kaum eingesetzt. Weitere Hindernisse bestehen für Länder ohne ausreichende Pharma-Produktionskapazitäten, da sie notwendige Arzneimittel nicht einfach importieren können, sofern diese im Exportland patentgeschützt sind. Außerdem werden Zwangslizenzen weiter von der US-Regierung und der Pharmaindustrie bekämpft. Um Zwangslizenzen abzuwenden und ihre Etablierung zu verhindern, sahen sich einige Pharmafirmen gezwungen „freiwillige Lizenzen“ zu erteilen. Zwar wird dann meist auf die Zahlung von Lizenzgebühren verzichtet, aber die Macht über das Patent und die Generikaproduktion bleibt den Pharmakonzernen erhalten.<sup>1</sup>

### Urheberrecht

Mit Urheberrecht wird in einem Rechtssystem der Schutz eines Werks für seinen Urheber bezeichnet. Dieser Schutz berücksichtigt die wirtschaftlichen Interessen und die Ideale des Urhebers am Werk, wird aber zur Wahrung der Interessen der Allgemeinheit eingeschränkt (Schranken des Urheberrechts, z. B. Zitatrecht und Privatkopie).

Das Urheberrecht schützt geistige und künstlerische Leistungen, z. B. Kompositionen, Gemälde, Skulpturen, Texte, Theaterinszenierungen, Fotografien, Filme, Rundfunksendungen, Musik- und Tonaufnahmen.

Ein urheberrechtlicher Schutz ist nur dann möglich, wenn die geistige oder künstlerische Leistung eine angemessene Schöpfungshöhe aufweist, also vereinfacht ausgedrückt 'kreativ' genug ist. Ist dies nicht der Fall, bleibt das Werk gemeinfrei d. h. der Urheber hat keinen Anspruch auf einen Schutz. Das Urheberrecht muss nicht angemeldet werden, es entsteht im Moment der Schaffung.

Dem Urheber steht das Recht der Verwertung seines Werkes zu, dieses beinhaltet die Vervielfältigung, die Verbreitung, die Ausstellung, die öffentliche Wiedergabe und die Bearbeitung des Werkes. Er darf die Rahmenbedingungen der Verwertung festlegen, er hat somit das Recht auf die Erstveröffentlichung und auf die erste Inhaltsmitteilung. Zudem ist die Urheberrechtsbezeichnung geschützt, so darf niemand ohne Einwilligung des Urhebers den Namen oder den Künstlernamen des Urhebers an ein Original oder an eine Kopie anbringen oder das Werk entstellen.

Eine Reihe von wichtigen Merkmalen des Urheberrechts (Umfang der Verwertungsrechte, Schutzdauer, Übertragbarkeit ...) sind in verschiedenen Ländern unterschiedlich geregelt. [...]<sup>2</sup>

## Copyright

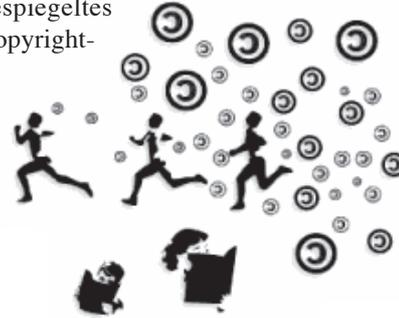
Das Copyright [...] ist die anglo-amerikanische Bezeichnung für das Immaterialgüterrecht an geistigen Werken. Es ist dem deutschen Urheberrecht ähnlich, unterscheidet sich jedoch in wesentlichen Punkten. Bereits der Ansatz ist ein anderer: Während das deutsche Urheberrecht den Urheber als Schöpfer und seine ideale Beziehung zum Werk in den Mittelpunkt stellt, betont das Copyright den ökonomischen Aspekt. Es dient vor allem dazu, wirtschaftliche Investitionen zu schützen. Vor diesem Hintergrund kommen das angloamerikanische und das kontinentaleuropäische Recht in zahlreichen Rechtsfragen zu unterschiedlichen Ergebnissen.

Im Copyright des angloamerikanischen Rechtssystems werden im Gegensatz zum kontinentaleuropäischen Urheberrecht die Entscheidungs- und Verwertungsrechte über ein Werk oft nicht dem Urheber (zum Beispiel dem Künstler) zugestanden,

sondern den wirtschaftlichen Rechteinverwertern, zum Beispiel dem Verlag. Der Urheber behält dann eingeschränkte Veto-Rechte, die den Missbrauch des Copyrights seitens der Rechteinverwerter verhindern sollen. [...]<sup>2</sup>

## Copyleft

Das Copyleft-Logo. Es ist ein vertikal gespiegeltes Copyright-



Zeichen (©), eines also, das nach links statt nach rechts geöffnet ist.

Copyleft (direkt übersetzt: „Kopierlinks“) ist ein Wortspiel mit dem englischen Begriff „Copyright“ („Kopierrecht“) – wie auch dem „left“ im Sinn von „überlassen“ (Partizip von „to leave“). Es ist ein Verfahren, das Urheberrecht zu verwenden, um eine unbeschränkte Verbreitung von Kopien und veränderten Versionen eines Werkes sicherzustellen. Die Bedingung hierbei ist, dass man den Personen, an die man Kopien oder veränderte Versionen weitergibt, dieselben Freiheiten gewähren muss, die man selbst dabei hatte.

Dieses Schutzverfahren kommt in bestimmten Lizenzen, meistens solche für freie Software und freie Inhalte, zur Anwendung, welche Weiterverbreitung und Modifikationen erlauben. Eine der bekanntesten Copyleft-Lizenzen ist die GNU General Public License (GPL). [...]<sup>2</sup>

## Creative Commons

Creative Commons [...] ist eine gemeinnützige Gesellschaft, die im Internet verschiedene Standard-Lizenzverträge veröffentlicht, mittels derer Autoren an ihren Werken, wie zum Beispiel Texten, Bildern, Musikstücken usw. der Öffentlichkeit Nutzungsrechte einräumen können. Anders als etwa die von der Freie-Software-Szene bekannte GPL, sind diese Lizenzen jedoch nicht auf einen einzelnen Werkstyp zugeschnitten, son-

dern für beliebige Werke. Ferner gibt es eine starke Abstufung der Freiheitsgrade: von Lizenzen, die sich kaum vom völligen Vorbehalt der Rechte unterscheiden, bis hin zu Lizenzen, die das Werk in die Public Domain stellen, das heißt, bei denen auf das Urheberrecht so weit wie möglich verzichtet wird. [...]<sup>2</sup>

## Sortenschutz

Der Sortenschutz schützt das geistige Eigentum an Pflanzenzüchtungen. Als Züchter oder Entdecker einer neuen Sorte kann man den Sortenschutz auf Grundlage des Sortenschutzgesetzes beim Bundessortenamt beantragen. Hierbei handelt es sich um ein eigenständiges geistiges Eigentumsrecht bzw. geistiges Monopolrecht und nicht um ein Patent. Schutzzähig ist eine Sorte wenn sie folgende Kriterien erfüllt:

- Neuheit
- Homogenität
- Beständigkeit
- Unterscheidbarkeit
- eintragbare Sortenbezeichnung [...]<sup>2</sup>

## Marke (Rechtsschutz)

[...] Eine Marke – früher auch unter dem Begriff Warenzeichen bekannt – ist ein besonderes, rechtlich geschütztes Zeichen, das dazu dient, Waren oder Dienstleistungen eines Unternehmens von Waren und Dienstleistungen anderer Unternehmen zu unterscheiden. Häufig werden Marken mit einem ® (wenn die Marke amtlich registriert, d. h. in einem zumindest nationalen Markenverzeichnis erfolgreich registriert wurde) oder ™ (trademark – sagt jedoch nichts über den Status einer Registrierung, lediglich über den Einsatz der Marke im Geschäftsverkehr aus) gekennzeichnet. Eine Marke, die nicht zu einem Produkt sondern zu einem Dienst gehört, heißt Service Mark, Kennzeichen<sup>SM</sup>. [...]

Markenrechte sind ähnlich wie Patente und Urheberrechte geistiges Eigentum [...]<sup>2</sup>

1: <http://www.medico-international.de/kampagne/gesundheit/glossar.asp?medium=print&Stand:30.November2007,18:14Uhr>  
 2: <http://de.wikipedia.org/wiki/>  
 Stand: 5. November 2007, 12:06 Uhr  
 Cartoon: <http://images.google.de>

# Biopiraterie: die Einhegung und Privatisierung der Pflanzenvielfalt

## Globaler Neokolonialismus im 21. Jahrhundert

*BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie*  
Mais dient in Deutschland in erster Linie als Futtermittel. Ganz anders in Mexiko, dort ist Mais ein Grundnahrungsmittel mit einer unüberschaubaren Vielzahl von Sorten und hat – vor allem für die indigene Bevölkerung – eine hohe kulturelle Bedeutung. Dass sich mit Mais auf dem internationalen Agrarmarkt viel Geld verdienen lässt, hat beispielsweise DuPont erkannt, einer der weltweit größten Saatgut-Konzerne. DuPont erhielt im Jahr 2000 vom europäischen Patentamt (EPA) ein Patent auf Maispflanzen, deren Körner einen besonders hohen Ölgehalt aufwiesen. Die patentierten Pflanzen waren von DuPont durch Kreuzungen gezüchtet worden. Allerdings gibt es Maissorten mit einem derart hohen Ölgehalt schon seit langem, hervorgebracht durch züchterische Arbeit von BäuerInnen. Das erteilte Patent hätte bewirkt, dass DuPont Eigentumsrechte auch an diesen traditionellen Maissorten hätte geltend machen können. Beim Patentamt wurde mit Erfolg Einspruch gegen das Patent eingelegt: die Beschwerdekammer des Europäischen Patentamts erklärte es letztlich für ungültig.

### Der Ölmais ist kein Einzelfall

2003 erteilte das EPA dem Konzern Monsanto ein Patent auf eine Weizensorte mit besonderer Backqualität, die ursprünglich in Indien gezüchtet wurde. Monsanto war es gelungen, Genabschnitte in der Pflanze zu beschreiben, die für besondere Backeigenschaften verantwortlich sein sollen. Diese Entdeckung der natürlichen Gen-Kombination ließ sich Monsanto als Erfindung patentieren. Das Patent umfasst ein faktisches Monopol auf die Pflanzen selbst, Kreuzungen daraus und das aus ihnen gewonnene Mehl sowie alle

Backprodukte. Es wurde für 13 europäische Staaten gleichzeitig erteilt und darüber hinaus auch in Japan, Australien und Kanada angemeldet, in den USA bestand es bereits seit 1999. Der Konzern kann in diesen Ländern jeglichen Handel mit entsprechendem Saatgut kontrollieren – andere Züchter und Landwirte dürfen mit dem patentierten Saatgut nicht mehr arbeiten.

Ähnliche Beispiele gibt es viele. Immer wieder werden Patente auf Pflanzenmerkmale erteilt, weil ein Konzern beansprucht, eine Erfindung gemacht zu haben. Eine ähnliche Entwicklung ist mittlerweile auch im Bereich der Nutztiere im Gange. So hat Monsanto ein Patent auf ein Schweine-Gen beantragt, das sich auch in Schweinerassen findet, die nicht von Monsanto gezüchtet worden sind und schon seit langem existieren.

### Neokolonialismus des 21. Jahrhunderts

Ein weltweiter Wettlauf der großen Konzerne um die genetischen Ressourcen ist im Gange. Wurde im 18. und 19. Jahrhundert in Europa das Land eingeehrt und privatisiert, so steht derzeit die Privatisierung der Pflanzenvielfalt – jedenfalls soweit sie kommerziell verwendbar

ist – auf der Tagesordnung. Dabei haben über 90% der Patentinhaber ihren Sitz in den Industriestaaten. Die Patente befinden sich weitgehend in der Hand weniger dort ansässiger transnationaler Konzerne. Die größte biologische Vielfalt befindet sich allerdings in den nicht-industrialisierten Ländern.

Die Wissenschaftstheoretikerin und Trägerin des alternativen Nobelpreises Vandana Shiva bringt die Kritik an der Patentierung von Lebewesen so auf den Punkt: „Die Gentechnik und die Patentierung von Leben stellen jede Form des Kolonialismus, die wir bislang kannten, in den Schatten. Es werden heutzutage Räume kolonialisiert, von denen man früher nie zu träumen wagte. Lebensgrundlagen, Zellen, Tiere, Pflanzen. Alles aufgrund der neuen technischen Möglichkeiten. Die Genpatente sind die Kanonenkugeln von heute.“

Biopiraterie bezeichnet die Aneignung von Pflanzen, Tieren oder Genen durch geistige Eigentumsrechte. Patente, Sortenschutzrechte und Markenrecht geben dem Inhaber das Recht, eine bestimmte Idee, Erfindung, Pflanzen oder einen Namen in



einem Land ausschließlich zu nutzen. Andere Nutzungsinteressenten können höchstens Lizenzen beim Rechteinhaber beantragen, für die sie dann Gebühren bezahlen müssen. Geistige Eigentumsrechte verleihen dem Inhaber also eine Art Monopol zur Kommerzialisierung bestimmter Ideen und daraus hergestellter Produkte.

Häufig ist bei der Patentanmeldung der konkrete kommerzielle Nutzen eines bestimmten Stoffs oder Gen-Abschnitts noch nicht klar. Der "run" auf die Patentierung von Genen mit ungewisser Ausbeute erinnert an das Abstecken von Claims in Zeiten eines Goldrauschs. Wissen, DNA-Strukturen und biologische Prozesse werden zur privaten strategischen Zukunftsressource, die den Patentinhabern zukünftig Gewinne sichern und heute schon den Unternehmenswert steigern soll.

### Objekt der Begierde: Heil- und agrarische Nutzpflanzen

Neben den wichtigen Agrarpflanzen geht es den Biopiraten vor allem um die Verwertung traditioneller Heilpflanzen. Pharma- und Biotech-Konzerne suchen nach pflanzlichen Ausgangsstoffen und dem dazugehörigen traditionellen Wissen, um "neue" gewinnbringende Medikamente und Nahrungsergänzungsmittel zu entwickeln.

Ein bekanntes Beispiel für patentierte Heilpflanzen ist die Ayahuasca-Liane aus dem Amazonasgebiet. Sie gilt vielen indigenen Gemeinschaften als heilig und wird u.a. als halluzinogene Arzneipflanze genutzt. 1986 ließ sich Loren Miller das Patent US5751P darauf erteilen. Nach einer großen internationalen Kampagne war das Patent 1999 zunächst außer Kraft gesetzt, doch 2001 wieder für gültig erklärt worden.

In Indien ist es der Neembaum mit seinen heilenden und desinfizierenden Wirkungen, der mittlerweile mit über 1000 Patenten auf seine Einzelbestandteile belegt ist. Aus dem südlichen Afrika stammt der Hoodia-Kaktus, dessen Extrakt als natürlicher Appetithemmer patentiert wurde. Gelbwurzel, schwarzer Pfeffer, Basmatireis, Quinoa und Ingwer sind nur weitere Beispiele in einer langen, zum Teil kaum bekannten Liste von Pflanzen, auf die Patente erteilt wurden.

### Mehr Macht für weniger Konzerne

Die Konzentrationsprozesse bei Pharma-, Agrochemie- und Saatgutkonzernen verlaufen atemberaubend schnell. Gab es vor 30 Jahren noch Tausende kleiner Saatgutfirmen, so kontrollierten 2003 die 10 größten Saatgutfirmen ein Drittel, die zehn größten Pharmakonzerne 53%, und die 10 größten Agrochemieunternehmen sogar über 80% des jeweiligen Weltmarktes. Manche transnationalen Konzerne sind in den Bereichen Pharma, Saatgut und Agro-

tionale Patentbehörde das Patent erteilt hat. So hat beispielsweise ein Patent des US Patent and Trademark Office in Europa keine Gültigkeit.

Patentgesetze schreiben vor, dass nur patentiert werden kann, was neu ist, einen erfinderischen Schritt enthält, gewerblich anwendbar und ausreichend beschrieben ist. Als neu gilt in manchen Patentgesetzen alles, was noch nicht schriftlich festgehalten ist. Anerkannt wird damit nur das Wissen, das im westlichen, wissenschaftlichen System verschriftlicht wurde. Mündliches traditionelles Wissen und Kulturüberlieferungen, etwa die Rezepte

MONSANTO  
imagine®



chemie gleichermaßen aktiv, was die Machtkonzentration zusätzlich verschärft. Pharmacia/Monsanto, Syngenta, Aventis (Bayer), Dupont (Pioneer) und Dow etwa gehörten 2003 in allen drei Sparten zu den zehn größten Konzernen.

Durch zielstrebige Firmenaufkäufe in den letzten Jahren hat beispielsweise Monsanto seine Vormachtstellung im Saatgut- und Agrochemiebereich weiter ausgebaut. Monsanto ist einer der führenden Herbizidhersteller, marktführend für Gemüse-Saatgut, hält große Anteile des Saatgutmarkts für Mais und Baumwolle und ist außerdem der weltgrößte Anbieter von genetisch verändertem Saatgut. Diese Markt- und Machtkonzentration ermöglicht politische Einflussnahme auf allen Ebenen.

### Im Paragraphenschwungel

Wie funktioniert weltweite Biopiraterie nun rechtlich? Patente und andere geistige Eigentumsrechte werden auf nationaler Ebene rechtlich geregelt. Ein Patent gilt zunächst nur in dem Land, für das die jeweilige na-

der Jahrtausende alten ayurvedischen Medizin aus Indien, sind damit – solange sie nicht aufgeschrieben werden – zur Ausbeutung freigegeben.

Die nationalstaatliche Souveränität zur Ausgestaltung des Patentrechtes wurde mit der Errichtung der Welthandelsorganisation WTO Anfang 1995 eingeschränkt. Jedes WTO-Mitglied muss den TRIPS-Vertrag über "handelsbezogene Aspekte geistiger Eigentumsrechte" unterzeichnen und verpflichtet sich damit auf bestimmte Mindestnormen seines Patentrechtes und anderer Schutzrechte für immaterielle Güter. Damit gelang es, nach jahrelanger harter Lobbyarbeit vor allem der Pharma-, Biotech- und Softwarekonzerne, das Patentrecht in den Industrieländern zu erweitern und in den Entwicklungsländern überhaupt neu einzuführen.

Die Durchsetzung und Verschärfung geistiger Eigentumsrechte bleiben auch ansonsten auf der Agenda der G8-Staaten. So verhandelt die EU derzeit mit den AKP-Staaten über so genannte "Economic Partnership Agreements" (EPAs). Diese sollen bis Ende des Jahres unterzeichnet werden und auch Klauseln über verschärfte geistige Eigentumsrechte enthalten.



## Enteignung der BäuerInnen durch Sortenschutzgesetz

Neben dem Patentrecht ermöglichen auch Sortenschutzrechte die private Aneignung von Pflanzen. Dieses geistige Eigentumsrecht gibt es seit gut einem halben Jahrhundert, wobei es sich anfangs noch deutlich vom Patentrecht unterschied: Die herkömmliche Praxis der BäuerInnen, einen Teil ihrer Ernte im folgenden Jahr als Saatgut wieder auszubringen, der sogenannte Nachbau, war im Sortenschutzrecht verbrieft, genauso wie die Selbstverständlichkeit unter BäuerInnen, Saatgut zu tauschen und weiter zu züchten.

Auch die Verschärfung des Sortenschutzrechts geschah über die Gründung internationaler Organisationen. Nachdem in den 60er Jahren Deutschland, die Niederlande und Großbritannien die Organisation UPOV für die Vereinheitlichung und Verstärkung der Rechte an Pflanzenzüchtungen gegründet hatten, traten im Laufe der 1970er und 80er Jahre weitere EU-Länder und andere Industriestaaten bei. Nach 1991 wurde die UPOV auch auf Osteuropa und auf Entwicklungsländer ausgedehnt. Besonders jedoch die Revision des UPOV-Vertrags von 1991 – und nur dieser Version können Neumitglieder beitreten – näherte das Sortenschutz- dem Patentrecht an und degradierte alte bäuerliche Rechte auf Nachbau und Weiterzüchtung zu (noch) geduldeten Ausnahmerecheinungen. Eine weitere Verschärfung mit der völligen Annullierung der alten Rechte droht in den nächsten Jahren als "UPOV 2011" durchgesetzt zu werden.

Von dieser Situation im internatio-

nen Sortenschutzrecht profitieren weltweit agierende Saatgutkonzerne, die immer größere Mengen an Saatgut verkaufen. Der Anbau von sortenschutzrechtlich geschütztem und patentiertem Saatgut hat sich vor allem in der industrialisierten Landwirtschaft durchgesetzt. Global betrachtet verwenden allerdings noch zwischen 70 und 80% der BäuerInnen traditionelle, lokale, freie Sorten. Das erklärt das große Interesse der Agrarkonzerne, zur Zeit vor allem in Afrika, an der sogenannten "Entwicklung" der Landwirtschaft, einer "zweiten Grünen Revolution". Gelingt es dort, unter dem Vorwand der Modernisierung einer rückständigen Landwirtschaft den Einstieg der BäuerInnen in gekaufte Hybrid- und Gentechsorten zu bewirken, gewinnen die Saatgut- und Agrarkonzerne einen großen Markt dazu. Die BäuerInnen verlieren damit die Kontrolle über ihr Produktionsmittel Saatgut und einen Teil ihrer Autonomie.

## Die Konvention über biologische Vielfalt (CBD)

Ein weiteres internationales Abkommen, das für biologische Vielfalt, ihre Verwertung und Kommodifizierung eine zentrale Rolle spielt, ist die 1993 in Kraft getretene "Konvention über biologische Vielfalt" (CBD). Mit ihr verknüpften ursprünglich viele Naturschutzorganisationen, viele Regierungen sogenannter Entwicklungsländer und indigene Gemeinschaften große Erwartungen. Erstere erhofften sich den Schutz der Biodiversität und die Regierungen erwarteten eine zusätzliche Einnahmequelle durch diese "neue" Ressource. Die indigenen Gemeinschaften hofften auf die Anerkennung ihrer Rechte an der biologi-

schon Vielfalt und dem damit verbundenen traditionellen Wissen. Sie spielen in dieser Diskussion eine spezielle Rolle, da die größte biologische Vielfalt sich häufig in den Regionen befindet, in denen Menschengruppen seit Jahrtausenden nach ihren traditionellen Mustern leben, die Pflanzenvielfalt gefördert und enormes Wissen über sie gesammelt haben.

Ursprünglich stand der Gedanke des Schutzes von Biodiversität als ganzer, d.h. der Artenvielfalt, der Vielfalt der Ökosysteme und der genetischen Vielfalt, im Mittelpunkt. Allerdings wurde von Anfang an der Schutzgedanke mit dem Gedanken der Nutzung verbunden: Nur wenn Vielfalt ökonomisch nutzbar werde, seien Menschen auch bereit, sie zu schützen. Ignoriert wird dabei, dass lokale und indigene Gemeinschaften schon immer die zu schützende Vielfalt genutzt haben, wenn auch nicht im kapitalistischen Sinne. Gerade durch ihre nichtkapitalistische Lebensweise haben sie in ihren Regionen die hohe biologische Vielfalt entwickelt und erhalten.

Eine der Hauptstreitfragen bezüglich der CBD dreht sich um das sogenannte "Access and Benefit Sharing" (ABS), d.h. den Zugriff auf und den Vorteilsausgleich für die Nutzung von genetischen Ressourcen. Forschungsinstitutionen und Konzerne (in der Regel aus den industrialisierten Ländern) sind am Zugang zu genetischen Ressourcen interessiert, während das jeweilige Land, in dem sich das biologische Material befindet, Ausgleichszahlungen für die Nutzung einfordert.

Indigene BeobachterInnen der CBD-Verhandlungen sind in ihrer Position zu ABS-Regelungen gespalten. Einig sind sie sich in der Ablehnung

### BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie

Die BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie in Deutschland versteht sich als Teil der Proteste gegen Biopiraterie und verbreitet seit 5 Jahren Informationen über Biopiraterie. Mit der Kampagne "Von G8 zu COP 9" sollen Zusammenhänge der beiden internationalen Großevents in Deutschland deutlich gemacht werden. Bei der COP 9 geht es um die konkrete Verteilung der Nutzungsrechte an biologischer Vielfalt. Die Kampagne beteiligt sich an Protestaktionen und Diskussionen und führt Informationsveranstaltungen und Aktionen durch. Sie freut sich über neue engagierte MitstreiterInnen! Mehr Informationen unter: [www.biopiraterie.de](http://www.biopiraterie.de)



von Patenten auf Leben, gegen die sich die CBD nicht ausspricht. Für einige indigene VertreterInnen bedeutet daher die Zustimmung zu ABS-Verhandlungen und zu ABS eine Legitimierung von Patenten auf Leben. Wenn man einmal Ausgleichszahlungen für die Fortgabe von biologischem Material und Wissen akzeptiert habe, könne man alles Weitere, was damit passiert, nicht mehr kritisieren, so ihre Argumentation. In ihrer Ablehnung von ABS finden sie sich jedoch an der Seite von VertreterInnen von Forschung und Wirtschaft, die aus Gewinninteresse gegen eine verbindliche Einführung von ABS-Regeln sind. Deshalb wollen sich andere indigene Vertreter auf ABS-Verhandlungen einlassen und für eine Beteiligung an den Profiten kämpfen, um wenigstens ein paar Krümel vom Kuchen abzubekommen.

2008: CBD-Konferenz in Bonn (COP9)

Obwohl die CBD ursprünglich ökologische und soziale Aspekte in Bezug auf den Schutz von Biodiversität aufgegriffen hatte, stehen zunehmend und fast ausschließlich der Zugang und die Handhabung von genetischen Ressourcen im Vordergrund. Die deutsche Regierung, die der Gastgeber der COP 9 in Bonn sein wird,

Sie blendet die Rolle indigener und lokaler Gemeinschaften aus, lässt die Verletzung ihrer Rechte und ihre Ausbeutung unsichtbar werden.

Die großen Naturschutzorganisationen freuen sich und fordern mehr Naturschutzgebiete, häufig ohne zu erwähnen, dass diese Gebiete bewohnt sind. Den Forschungsinstitutionen und Konzernen kommt die Einführung von Naturschutzgebieten gerade recht, dienen sie ihnen doch als große Freiluftlabore zur Erforschung von biologischer Vielfalt.

Für die betroffene Bevölkerung bedeutet die Einrichtung von Naturschutzgebieten letztlich die Zerstörung ihrer Lebensgrundlage. Oft dürfen die Menschen ihre ursprünglichen Territorien nicht mehr betreten, nicht mehr darin jagen oder Pflanzen sammeln. Nicht selten werden sie im Namen des Naturschutzes umgesiedelt oder vertrieben.

Dabei ist die wichtige Rolle von indigenen Gemeinschaften und kleinbäuerlichen Strukturen für die biologische Vielfalt längst klar. Subsistenzwirtschaft und kleinteilige ökologische Landwirtschaft erhält und fördert die Vielfalt landwirtschaftlicher Sorten. Industrialisierte Landwirtschaft mit Monokulturanbau und großflächigem Pestizideinsatz zerstört sie dagegen. Es ist keine neue Erkenntnis, dass das herrschende kapitalistische

will sich in umweltpolitischen Fragen profilieren, nennt die Konferenz einfach Naturschutzkonferenz und verschleiert damit die im Zentrum stehende politische Machtfrage um die Nutzung biologischer Res-

Entwicklungsmodell, das auf Industrialisierung und ungebremsten Verbrauch von natürlichen Ressourcen mit Wachstumssteigerung und Globalisierung setzt, verantwortlich für den Verlust von biologischer Vielfalt ist. Die stattfindende Homogenisierung der Kulturen beschleunigt diese Zerstörung noch, denn letztlich ist biologische Vielfalt nur bei gelebter kultureller Vielfalt möglich.

### Proteste gegen Biopiraterie und Alternativen

Weltweit regt sich Widerstand gegen die immer weiter gehende Monopolisierung der Kontrolle über biologisches Material. Ein Beispiel für erfolgreichen Protest ist die Cupuaçu-Frucht aus Brasilien. Ein japanisches Unternehmen hatte sich den Namen als Marke schützen lassen, so dass brasilianische Konfitüre-ProduzentInnen ihr Cupuaçu-Gelee nicht unter diesem Namen in Europa vertreiben durften. Durch gemeinsamen Protest in Deutschland und Brasilien gelang es, die Registrierung von "Cupuaçu" als Markenname aufzuheben. Ein Patentantrag der gleichen Firma auf eine in Brasilien längst bekannte Verarbeitungsmethode der Fruchtkerne konnte zum Erlöschen gebracht werden.

Auch die Regierungen von Entwicklungsländern sind teilweise aktiv geworden: Die indische Regierung hat beispielsweise eine öffentlich zugängliche Datenbank mit traditionellen Ayurveda-Rezepten angelegt. Dadurch soll verhindert werden, dass mündlich überlieferte Rezepte von Pharmakonzernen patentiert werden können.

In vielen Ländern arbeiten Menschen an der Erhaltung von Vielfalt von Nutzpflanzen und -tieren. Lokale Saatguterhaltungsinitiativen erhalten und vermehren lokale Sorten (und Rassen), tauschen freies Saatgut untereinander und bemühen sich um das Wiedererlernen und Weiterentwickeln von traditionellen Anbau-, Züchtungs- und Verarbeitungsmethoden. Sie behaupten so ihre Unabhängigkeit und Kontrolle über ihre Produktionsmittel und widersetzen sich zudem den Monopolisierungsbestrebungen der profitorientierten Konzerne.

# Wir sind immer in Bewegung, wie unsere Bewegung sagt, denn wir verteidigen unsere Arbeit

Interview mit Martin Montoya, einem Aktivist der Bewegung der StraßenverkäuferInnen unlizenzierter CDs und DVDs in El Salvador

*F: Du bist als Repräsentant der Bewegung der VerkäuferInnen von unlizenzierter CDs und DVDs und anderen Markenartikeln aus El Salvador auf einer Informationsrundreise in der BRD. Warum habt ihr euch gegründet und wer ist bei euch organisiert?*

Ich repräsentiere hier den informellen Sektor in El Salvador, in dem mittlerweile über die Hälfte der Bevölkerung tätig ist. In unserem Land gibt es als Folge der neoliberalen Politik keine Arbeit, weshalb wir gezwungen werden zu VerkäufereInnen [im informellen Sektor] wurden. Wir suchen nach einem Weg, wie wir überleben können, indem wir verschiedene Produkte verkaufen. Heute verkaufen wir CDs und DVDs. Wir profitieren von der Technologie und das ermöglicht es uns, hier in El Salvador zu überleben. Die Regierung hingegen schafft keine Arbeitsplätze. Und wenn es Arbeit gibt, dann zu miserablen Löhnen.

Unsere Organisation ist 2005 entstanden. Wir haben damals zu einer ersten Versammlung von VerkäuferInnen von CDs/DVDs und anderen Markenprodukten aufgerufen. Zum ersten Treffen kamen auch Personen aus ganz El Salvador und so entstand die Bewegung. Das war am 18. November 2005. Unsere erste Demo haben wir am 25. November 2005 gemacht. Sie führte zum Parlament, wo wir die Regierung und die

Abgeordneten bitten wollten, uns zu erklären, was der Freihandelsvertrag mit den USA, CAFTA, ist. Außerdem sollten sie uns die Gesetzesänderungen erklären, die vor dem Inkrafttreten des CAFTA notwendig waren. Bei dieser ersten Demo sind Tausende VerkäuferInnen mitgegangen. Als wir beim Parlament angekommen waren, haben wir darauf gewartet, dass sie uns hineinließen, aber nur die FMLN kam heraus und machte uns die Türen auf. So hat der Kampf begonnen.

In El Salvador gibt es mittlerweile 65.000 VerkäuferInnen von unlizenzierter CDs und DVDs. Sie bilden die Basis unserer Bewegung. Hinzu kommen *Compañeros/as*, die andere nachgemachte Markenprodukte verkaufen, wie zum Beispiel Kleider, Schuhe oder Uhren. Aber unsere Bewegung unterscheidet sich sehr von einem Verein mit festen Strukturen. Wir mobilisieren nur und daraufhin kommen die Leute. Unseren Kampf führen wir aus Überzeugung. Deshalb kann ich auch keine Mitgliederzahl nennen. Die VerkäuferInnen gehen zu Tausenden zu unseren Demos, weil sie ein politisches Bewusstsein haben und ihre Arbeit verteidigen.

*F: Was sind eure Anliegen, für was kämpft ihr als Bewegung?*

Unsere Forderung ist, dass uns der Staat arbeiten lässt, dass wir unseren Lebensunterhalt verdienen können. Der Freihandelsvertrag CAFTA hat bewirkt, dass wir kriminalisiert werden, dass wir als *Illegale* bezeichnet werden. Also tun wir uns zusammen, um für den Erhalt unserer Arbeit, die wir uns geschaffen haben, zu kämpfen.

In El Salvador ist der Freihandelsvertrag seit eineinhalb Jahren, seit dem 1. März 2006, in Kraft. Zunächst glaubten wir, dass der Freihandelsvertrag gut sei, da er von freiem Handel spricht. Aber dann wurde uns klar, dass der Vertrag strengere Gesetze mit sich bringt, unter anderem gegen Straßenhandel, damit die Leute in den großen Supermärkten kaufen. Damit wurden die CD/DVD-VerkäuferInnen kriminalisiert. Aber wir sind nicht nur VerkäuferInnen, sondern auch StaatsbürgerInnen. Unsere Organisation will, dass uns die Regierung eine Lösung bietet.

*F: Welche Teile des CAFTA betreffen euch am meisten?*

Der Freihandelsvertrag schadet uns, weil die Mehrheit der StraßenverkäuferInnen so genannte unerlaubte Produkte verkauft. Das ist aber eine Möglichkeit für uns, Geld zu verdienen. Die USA haben von El Salvador die Modifikation und Verschärfung von 70 Gesetzen gefordert. Zum Beispiel fallen die CDs/DVDs, die wir verkaufen, unter den Punkt Geistiges Eigentum. Wer diese Produkte verkauft, reproduziert, kauft, kann bis zu sechs Jahre ins Gefängnis kommen, ohne die Möglichkeit, auf Kaution freizukommen. Diese Gesetze, wie sie auf die arbeitende Bevölkerung angewandt werden, sind sehr hart. DrogenhändlerInnen oder echte VerbrecherInnen hingegen werden nicht so streng behandelt. Diese Behandlung der ehrlichen Leute, wie wir VerkäuferInnen es sind, hat uns dazu gebracht, uns zu organisieren und zu demonstrieren. In El Salvador muss

man auf die Straße gehen, Straßensperren errichten, Kundgebungen veranstalten, damit die Regierung unsere Forderungen hört und sie beachtet.

Uns StraßenverkäuferInnen bietet die Regierung keine Lösungen an, obwohl das ihre Aufgabe ist. Stattdessen antwortet sie mit Repression, indem sie das Anti-Terror-Gesetz verabschiedet, nach dem bereits Demonstrationen und Straßensperren terroristische Taten sind. Sie haben auch kürzlich Strafrechtsreformen durchgesetzt, die für Störungen der öffentlichen Ordnung Freiheitsstrafen von sechs Monaten bis zu acht Jahren ohne Bewährung vorsehen. Für uns AnführerInnen ist die Strafe sogar dreimal so hoch, also 24 Jahre ohne Bewährung. Das soll dazu dienen, dass wir nicht protestieren.

*F: Im Mai 2007 kam es zu einer Repressionswelle gegen euch. Was ist da genau passiert?*

Wir als Bewegung kämpfen seit zwei Jahren und sind der Sektor, der von den Autoritäten am meisten Repression erfährt. Die Absicht ist es, uns auszuschalten. Wir haben einige Gespräche mit dem Wirtschaftsministerium erreicht. Aber bis jetzt gab es dabei keine Ergebnisse, sie haben sich nur über uns lustig gemacht. Die Bevölkerung steht aber unserem Kampf mit Wohlwollen gegenüber, da wir billige Produkte verkaufen, die sie sich trotz der schlechten wirtschaftlichen Lage leisten können. Aber die Regierung hat immer versucht, uns in den Medien schlechtzumachen, z. B. durch Manipulationen wie am 12. Mai.

An diesem Tag beschlagnahmten sie unsere Waren, nicht wie üblicherweise im Morgengrauen, sondern am helllichten Tag, um halb drei nachmittags. Die VerkäuferInnen verteidigten sich, um ihre Ware nicht zu verlieren, und die Polizei musste abziehen. Kurz darauf stoppten acht vermummte Jugendliche, vermutlich von der Polizei, auf einer sechs Block weit entfernten Straßenkreuzung ein Polizeiauto und zündeten es an. „Zufällig“ war ein Auto von TCS Noticias, einem regierungsnahen Sender, am Brandort. Der ganze Hergang wurde von ihnen gefilmt. Auch andere Autos wurden an-

gezündet. Ich aber frage: Wie konnte das geschehen, dass die PolizistInnen einfach ihr Auto verließen und nichts taten, obwohl sich nur ca. 80 Meter entfernt eine Wache mit über 40 PolizistInnen befand? Deshalb reden wir von einer Manipulation. Damit sie uns die Schuld in die Schuhe schieben können. An diesem Tag wurden 19 Personen verhaftet, drei oder vier von ihnen VerkäuferInnen aus dem Zentrum. Die anderen Personen waren Angestellte von Privatunternehmen, Leute, die auf eigene Rechnung arbeiten, wie Maurer und Bauarbeiter, und PassantInnen.

Von der Regierung und den Medien wurden wir des Terrorismus und Wandalismus beschuldigt. Glücklicherweise haben wir gelernt zu kämpfen und uns zur Wehr zu setzen. Am darauffolgenden Montag hielten wir eine Pressekonferenz ab und konnten so die Machenschaften der Regierung entlarven. Gleichzeitig präsentierten wir als CD/DVD-VerkäuferInnen einen Vorschlag, mit dem wir den Konflikt politisch lösen wollen.

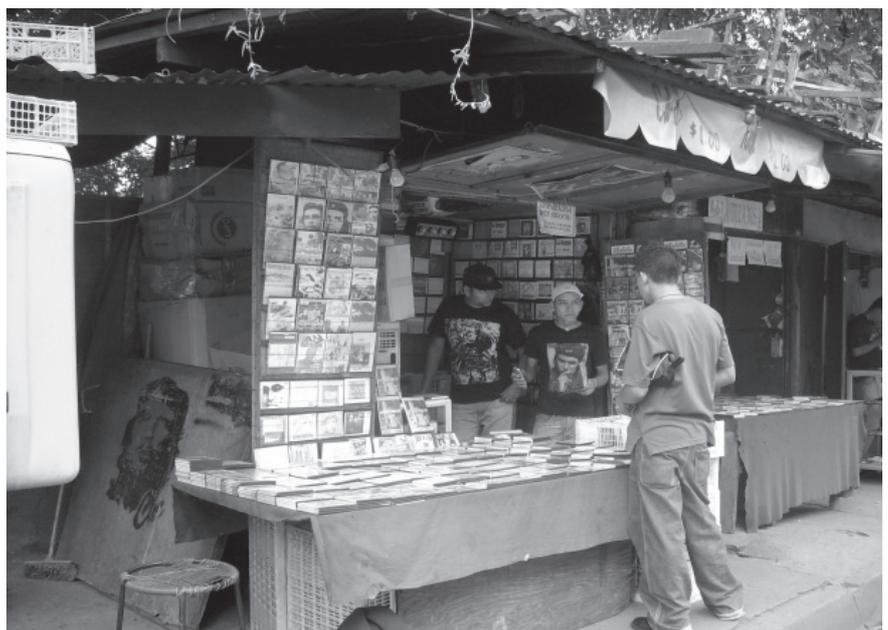
Danach verstärkte sich die Repression. Die Belästigung durch die Polizei ging weiter, es tauchten verdächtige Fahrzeuge mit verdunkelten Scheiben auf, die uns verfolgten. Gegen 97 von uns wurden Ende Mai Haftbefehle ausgeschrieben, darunter auch gegen mich und meine Ehefrau – angeblich, weil wir TerroristInnen sind. Aber wir haben uns in Bewegung gesetzt und

haben die Sache publik gemacht und Klage eingereicht. Dank unseres Einsatzes und dank der internationalen Solidarität haben wir erreicht, dass die Haftbefehle aufgehoben wurden. Aber 30 unschuldige Personen waren vier Monate im Knast und wurden nun auf Kautionsfreigabe freigelassen. Sie müssen weiterhin mit einem Verfahren wegen Terrorismus rechnen.

Wir sind ständig bei Versammlungen, wir sind immer in Bewegung, wie die Bewegung der CD/DVD-VerkäuferInnen sagt. Ich glaube, das haben wir gut formuliert, denn sie halten uns immer in Bewegung. Aber wir werden unseren Lebensunterhalt, unsere Arbeit verteidigen, bis es eine Lösung gibt.

*F: Eure Stände wurden in der Vergangenheit oft beschlagnahmt. Wird das immer noch gemacht und wie reagiert ihr darauf?*

Bevor die Bewegung gegründet wurde, hat es im ganzen Land täglich Beschlagnahmungen gegeben. Andauernd, das ging ganz schön an die Nerven. Seit es die Bewegung gibt, haben die Beschlagnahmungen abgenommen. Als Bewegung erfahren wir Repression, aber jetzt verkaufen wir weiter. Weil wir darauf reagieren. Auf eine Beschlagnahmung folgt eine Aktion. Wir gehen auf die Straße, wir demonstrieren, halten eine Pressekonferenz. Wenn einE KollegeIn verhaf-



*Straßenstand mit unlicenzierten CDs im Stadtzentrum von San Salvador*

tet wird, geht eine Gruppe von VerkäuferInnen zum Gericht und damit erreichen wir, dass die Richter den/die KollegenIn freilassen. Anscheinend gefallen der Regierung die „Unruhen“ nicht. So nennen sie unseren Kampf. Damit versuchen sie, uns zu delegitimieren. Aber wir haben erreicht, dass es weniger Beschlagnahmen gibt. Wir verkaufen weiter, weil wir kämpfen.

*F: Was beinhaltet euer Vorschlag, den ihr der Regierung unterbreitet habt?*

Gemäß unserem Vorschlag sollen alle ins Land eingeführten Rohlinge mit einer Steuer von 70 US-Cent belegt werden. Dadurch können jährlich 14 Millionen US-Dollar eingenommen und auf vier Bereiche verteilt werden: ein Viertel, also 3,4 Millionen US-Dollar, für die PlattenproduzentInnen, ein Viertel für die einheimischen KünstlerInnen, ein weiteres Viertel geht an den Fiskus und der letzte Teil fließt an eine Kreditkasse für den informellen Sektor. Viele Sektoren der Bevölkerung und selbst der Vorsitzende der Handelskammer haben den Vorschlag gut aufgenommen. Aber die Regierung hat sich bis jetzt nicht dazu geäußert.

*F: Euer Vorschlag bedeutet, dass sich die CDs verteuern würden. Ist das denn für die Bevölkerung tragbar?*

Ja. Bevor wir den Vorschlag gemacht haben, haben wir uns mit der Bevölkerung beraten, mit StudentInnen, Hausfrauen, mit KollegInnen, die in Internetcafés arbeiten. Alle haben uns gesagt, dass sie unseren Vorschlag unproblematisch finden. Der Preis der CDs würde nicht sehr steigen. Jetzt kosten sie einen US-Dollar. Danach würde eine Musik-CD z. B. 1,5 US-Dollar kosten und eine Film-CD zwei US-Dollar. Unsere KundInnen haben gesagt, zwei Dollar für einen Film wären immer noch ein Riesenvorteil gegenüber 18, 20 oder 26 US-Dollar für einen Blockbuster im Original.

*F: Wie hätten die einzelnen Sektoren, die mit der Steuer von 70 Cent pro CD-Rohling begünstigt würden, Zugang zu dem Fonds?*

Das liegt in der Verantwortung der Regierung. Sie wird die Steuern an der Grenze erheben und muss die Einnahmen daraus in den Fonds einbringen. Dafür benötigen wir noch eine Verhandlungsrunde. Mit am Tisch sitzen sollten VertreterInnen aus dem Bereich der Menschenrechte, Bischof Rosa Chávez für die katholische Kirche, VertreterInnen der Handelskammer, vom UnternehmerInnenverband ANEP, die Wirtschaftsministerin für die Regierung, VertreterInnen der VerkäuferInnen, der einheimischen KünstlerInnen und auch der PlattenproduzentInnen. Eine verantwortungsvolle Runde mit VertreterInnen aller, die vom Thema geistiges Eigentum betroffen sind. Wenn sich der Vorschlag der 70 Cent pro CD als gangbar erweist, könnten von dem Geld vier Bereiche profitieren. Wenn die Runde einen eigenen Vorschlag hat, umso besser.

Mit unserem Vorschlag wollen wir zumindest erreichen, dass wir nicht mehr kriminalisiert werden, und bei der Anwendung des Gesetzes zum Schutz des geistigen Eigentums verlangen wir zumindest ein Moratorium. Wir müssen damit anfangen, alle zusammen eine Lösung zu finden. Wir sind mit einem guten Vorschlag angetreten. Warum glauben wir, dass er gangbar ist? Weil sich die Piraterie niemals beseitigen lassen wird. Deshalb ist unser Vorschlag lebensfähig. Warum ist die Piraterie nicht zu beseitigen? Weil jeder Mensch, der einen PC zu Hause hat, einen Film, ein Musikstück aus dem Internet herunterladen kann. Das ist die Piraterie. Die Piraterie werden sie niemals besiegen. Deshalb halte ich unseren Vorschlag für machbar.

*F: Bei anderer Gelegenheit hast du erwähnt, dass die PlattenproduzentInnen mit eurem Vorschlag mehr Geld verdienen würden als jetzt. Weil sie fast keine Originale verkaufen, die Einnahmen aus dem Fonds aber höher wären. Was ist deren Position zu eurem Vorschlag?*

So ist es, in El Salvador machen die transnationalen PlattenproduzentInnen im Augenblick nur Verluste. Das sagen sie selber. Heute ist ihr Verdienst auf 55.000 US-Dollar gefallen. Mit dem

Vorschlag würden sie 3,4 Millionen US-Dollar im Jahr verdienen. Aber das wollen sie nicht. Sie wollen, dass das Gesetz angewendet wird.

*F: Wie funktioniert eigentlich die Herstellung der CDs und DVDs?*

Die CDs und DVDs, die im Land verkauft werden, werden mit einem DVD-Multibrenner für sieben bis acht CDs hergestellt. Da steckst du eine Master-CD von einem Film oder einem Musikstück rein und innerhalb von Minuten hast du sieben CDs. Diejenigen, die die CDs und DVDs brennen, setzen ihren Ehrgeiz daran, die Produkte auf den Markt zu bringen, bevor sie (legal) ins Land kommen. Von dort gehen die CDs und DVDs zu den ZwischenhändlerInnen. Und dann gibt es noch die VerkäuferInnen, das sind wir. Das Ganze ist eine Kette, die Arbeitsplätze schafft.

*F: Auf welche Weise kann die internationale Solidarität euch unterstützen?*

Ich mache diese Rundreise, um für unsere Situation und unseren Kampf internationale Öffentlichkeit zu schaffen. Wir brauchen die internationale Solidarität, um unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen, zum Beispiel durch Eilbriefaktionen. Wenn jemandem aus der Bewegung etwas passiert, wenn sie weiter unsere Bewegung unterdrücken, dann muss über Briefe Druck auf das Parlament, den Präsidenten, den Polizeidirektor, den Obersten Gerichtshof aufgebaut werden. Wichtig sind auch die bezahlten Zeitungsanzeigen. Damit wird deutlich, dass wir nicht allein sind. Wir, die wir die Bewegung anführen, sind besonders bedroht. Die Todeschwadronen wurden reaktiviert. Daher bitten wir euch, wenn uns etwas passiert, dass ihr unseren Kindern bei ihrer Ausbildung helft. Für uns ist es klar, dass wir unseren Kampf fortsetzen werden. Von dieser Rundreise kehre ich mit dem Wissen heim, dass wir nicht alleine sind.

Interview und Bearbeitung:  
Angelika Haas, Übersetzung: Eberhard Albrecht und Eva-Maria Bach

# Auf dem Weg zu einem neuen Internationalismus

*Interview mit Angel Ibarra, Präsident des salvadorianischen Umweltverbandes UNES (Unidad Ecológica Salvadoreña) und Mitglied in verschiedenen Netzwerken der sozialen Bewegungen in Zentralamerika*

Im Juli war Angel Ibarra zu Besuch in Deutschland und referierte in verschiedenen Veranstaltungen in Bayern, unter anderem in München (Ökumenisches Büro) und Nürnberg (Mittelamerika-Tag der ev.-luth. Kirche in Bayern), zu Klimawandel, Wasser und Wasserprivatisierung sowie zum Widerstand in Zentralamerika.

*F: In Südamerika wurden in den vergangenen Jahren linke Regierungen diverser Ausrichtungen gewählt. Zentralamerika ist aber überwiegend in rechter Hand. Warum?*

In Zentralamerika erleben wir durch die neoliberalen Politiken eine Zeit der Konterrevolution (Angel Ibarra bezieht sich hier auf die *“contrarevolución de masas”* nach Franz Hinkelammert). Das neoliberale Projekt ist in der Offensive und hat die Plünderung der Staaten in der Region vorangetrieben, deren Situation – mit Ausnahme von Costa Rica – ohnehin schon prekär war. Die öffentlichen Dienstleistungen wurden abgebaut, die Landwirtschaft wurde in den Ruin getrieben und damit die Bewegung der Kleinbauern und -bäuerinnen geschwächt und viele Leute wurden in die informelle Ökonomie abgedrängt. Deshalb kann man keine starke ArbeiterInnenbewegung erwarten. Aber auch die Angestellten im öffentlichen Dienst sind bedroht. Diese Konterrevolution hat nun ihren Höhepunkt erreicht, beginnt aber, ihre Vorherrschaft zu verlieren.

Die sozialen Bewegungen in Zentralamerika (mit Ausnahme von

Costa Rica und in geringerem Maß auch Honduras) haben außerdem eine lange Zeit der Repression und der Bürgerkriege hinter sich. In Guatemala wurde 1996 ein langer Krieg beendet, in El Salvador dauerte der grausame zwölfjährige Krieg bis 1992 und einige Jahre vorher gab es den Contra-Krieg in Nicaragua – wobei die Krieg führenden Regierungen und die Contras alle durch die USA beraten und finanziert wurden. Dies schuf Bedingungen, welche die politische Rechte begünstigten. Ich glaube, dass das der Grund ist, warum es in Zentralamerika eine Vorherrschaft der neoliberalen Politiken gibt und warum sie auf keinen sozialen Widerstand gestoßen sind. Trotzdem gibt es in Costa Rica gerade eine wachsende Bewegung, welche die sozialen Errungenschaften seit 1948 verteidigt. Eine ziemlich breit angelegte soziale Bewegung kämpft gegen die Freihandelsabkommen, gegen die Privatisierung der Sozialversicherung, der Energie und der Telekommunikation. In Guatemala entsteht eine kleinbäuerliche und indigene Bewegung, in Honduras sieht man eine schnelle Ausbreitung der kommunalen und kleinbäuerlichen Bewegung, in El Salvador ist es eher eine kommunale städtische und halbstädtische Bewegung. Wir sind also dabei, die fünfzehn Jahre der Konterrevolution zu überwinden, sind aber strategisch im Nachteil.

*F: Haben die politischen Veränderungen in Südamerika Auswirkungen auf die sozialen Bewegungen in Zentralamerika?*

Sie zeigen, dass andere Wege möglich sind, wir könnten sogar sagen, dass sie die zentralamerikanischen Volksbewegungen beleben. Aber sie determinieren sie nicht. In den 1980er-Jahren war Zentralamerika die Region, in der politisch

am meisten in Bewegung war. Und man konnte eine ziemlich starke soziale Basisbewegung beobachten. Diese revolutionäre Situation in Zentralamerika ging vorbei und heute gibt es sie in Südamerika. Wir schauen mit großer Aufmerksamkeit und Sympathie auf das, was im Süden passiert, es belebt uns, aber es bestimmt uns nicht. Inwiefern die sozialen Bewegungen in Zentralamerika weiter wachsen, das wird mit den speziellen Bedingungen der Region zu tun haben.

*F: Über welche Themen findet derzeit Mobilisierung statt?*

In den letzten Jahren gab es einen Rückschritt in Bezug auf das Erreichte. Arbeitsrechte, wirtschaftliche und soziale Rechte wurden zurückgenommen, Partizipationsmöglichkeiten in der repräsentativen Demokratie eingeschränkt etc. Die Hoffnung auf ein besseres Leben sieht ein großer Teil der Bevölkerung heute darin, in die USA zu emigrieren.

Wenn irgendwelche Themen die Leute heute mobilisieren, dann haben sie mit ihren unmittelbaren Lebensbedingungen zu tun. Es ist keine abstrakte Idee der Revolution, sondern es geht um Kampf um das Leben, Kampf um das Wasser, Kampf um ein Dach über dem Kopf, Kampf um Land, Kampf gegen erneute Vertreibung, gegen die Bedrohung durch die Privatisierung der wichtigsten öffentlichen Dienstleistungen, Kampf um die Rechte der Frauen. Diese Art von Konflikten bewegt die Leute, sich an der Organisation zu beteiligen. In Guatemala und zunehmend in Honduras findet Mobilisierung auf dem Land mehr über die ethnische Zugehörigkeit statt.

Es gibt jetzt soziale Kämpfe, die es vor der Kriegszeit nicht gab. Die soziale Zusammensetzung der Region hat sich nach dem Krieg verändert und

mit den neoliberalen Maßnahmen verändert sie sich immer mehr. Man kann sagen, dass durch die neuen sozialen Bewegungen ein neues soziales Subjekt geschaffen werden könnte.

Im Fall von El Salvador stehen Umweltprobleme und die daraus entstehenden sozialen Konflikte im Mittelpunkt der sozialen Organisierung. Die Leute organisieren sich, protestieren und kämpfen um das Wasser, um die Gesundheitsversorgung. Das bringt uns dazu, uns wegen anderer Themen zu mobilisieren, zum Beispiel gegen die Freihandelsabkommen oder gegen so abstrakte Bedrohungen wie die Regelungen zum geistigen Eigentum auf Patente, Saatgut oder gentechnisch veränderte Organismen.

Wir sind aber in der Anfangsphase, wir müssen noch mehr Visionen entwickeln, müssen all diese Forderungen in einen breiteren soziopolitischen Kampf integrieren. Ich glaube, dass wir in einer Phase des Widerstandes sind, der Sammlung der Kräfte, der Reifung, die eine vielseitige, hoffentlich breite soziale Bewegung hervorbringen kann. Das Ziel ist dann, wieder die Offensive zu übernehmen und erfolgreich gegen die neoliberalen Politiken anzugehen, die uns die Luft zum Atmen nehmen.

*F: Viele Leute, die an diesen Teilbereichskämpfen teilnehmen, schaffen sich so erst ein politisches Bewusstsein. Organisieren sie sich dann weiter oder ist ihnen das Erreichte genug?*

Viele Leute politisieren und organisieren sich, indem sie nach Lösungen für alltägliche Probleme suchen, und kommen so in Berührung mit anderen sozialen Kämpfen. Das bedeutet aber nicht notwendigerweise, dass der nächste Schritt einer sein muss, der hin zu einem emanzipativen sozialen Projekt führt. Aber ja, es ist die Keimzelle.

Ob man dazu kommt, ein emanzipatorisches und revolutionäres Bewusstsein zu haben, hängt von der politischen und ideologischen Bildung und der Organisationsarbeit ab. Die Teilbereichskämpfe für sich alleine leisten das nicht. Der Kampf um alltägliche Dinge, das ist wahr, der hat die breiteste Basis. Aber wenn er

nicht in größeren Bahnen stattfindet, dann bleibt er isoliert, dann besteht die Gefahr, dass er auf der Stelle tritt und konservativ wird. Diejenigen, denen das Wasser fehlt, diejenigen, die die Abholzung ihres Waldes verhindern wollen, die sich gegen die Verseuchung durch irgendetwas wehren etc., können das erreichen und sich damit zufriedengeben. Ich glaube, dass man dieses natürliche Risiko eingehen muss, dass es aber stark von

unmittelbare Herausforderung für die soziale Bewegung in El Salvador. Ich glaube, dass die sozialen Sektoren von der Notwendigkeit einer breiten soziopolitischen Allianz überzeugt sind, um 2009 die Arena-Partei aus der Regierung zu vertreiben. Diese Überzeugung teilen wir, auch wenn wir politisch unabhängig sind und uns auch nicht eingeladen sehen, am politischen Leben teilzunehmen. Ein Sieg der FMLN wird uns helfen, in unserem



Angel Ibarra bei seinem Besuch in München im Juli 2007

den Strategien der Organisierung abhängen wird, vom ideologischen Gerüst und von den Alternativvorschlägen, ob sich dadurch mehr Leute dem revolutionären Kampf anschließen.

Es geht darum, den Widerstand, der vereinzelt entsteht, wieder zu vereinen. Dann werden wir breitere Allianzen bilden. Ich glaube, das ist die

Kampf voranzukommen, auch wenn wir wissen, dass das nicht alles ist.

*F: Wie sind die Beziehungen der sozialen Bewegungen zu linken Parteien?*

Man kann nicht sagen, dass alle sozialen Bewegungen in dieser Hin-

sicht gleich sind. Es gibt soziale Bewegungen, und ich verorte mich in denselben, den Umweltbewegten, die ihre eigene autonome Agenda schaffen wollen. Wir sind nicht gegen Parteien, aber wir glauben, dass die Politik nicht nur den PolitikerInnen überlassen werden darf. Ich glaube, dass es ein Erbe der Nachkriegszeit ist, dass man eine linke politische Position haben kann, sozial partizipieren und politisch aktiv sein kann, ohne notwendigerweise einer politischen Partei anzugehören. Aber es gibt eine andere Strömung, die eine große Nähe zu den linken Parteien aufweist. In El Salvador zum Beispiel gibt es *Compañeros/as* und soziale Organisationen, die sehr mit der FMLN verbunden sind. Ich kann nicht behaupten, dass die Frente diese Organisationen steuern oder ihnen Inhalte diktieren würde, aber es gibt ein sehr enges Band zwischen beiden.

Es wäre nicht abwegig, dass im Wahlkampf für 2009 eine breite linke soziopolitische Allianz entstehen könnte, in der sowohl die FMLN als auch die sozialen Bewegungen eine wichtige Rolle spielen. Ich glaube, dass dieser Vorschlag im Raum steht, und meine, dass er umsetzbar ist; es könnte eine politische Agenda für die nächsten fünf Jahre geschaffen werden, mit der die neoliberalen Politiken gebremst werden, mit der die Idee einer dem Gemeinwohl verpflichteten Regierungsführung wiederbelebt wird und bei der die Interessen der Bevölkerung die Richtung vorgeben.

*F: Gibt es in den sozialen Bewegungen die Befürchtung, dass die politischen Parteien die Leute absorbieren könnten?*

Wir in El Salvador haben während des Bürgerkriegs die Erfahrung gemacht, dass es keinerlei Raum für demokratische Partizipation gab – und dass gerade auch die linken AktivistInnen völlig im Geheimen arbeiten mussten. Das bedeutet, dass wir hier nicht von einem Land sprechen, in dem es Toleranz gegenüber Andersdenkenden gibt. Das ist der historische Hintergrund, den wir haben.

Durch den Krieg wurden dann Räume für politische Teilhabe gewon-

nen, die der Rechten entrissen wurden. Diese neue Situation fordert eine Form der politischen Praxis, die für die sozialen Bewegungen, aber auch für die politischen Parteien neu ist. Es geht darum, die Vielfalt und Autonomie anzuerkennen und auf der Basis dieser Verschiedenheit etwas aufzubauen. Das ist der Punkt. Ohne zusammenzuarbeiten gibt es keinerlei Beziehungen untereinander.

Wenn du eine soziale Bewegung aufbaust, darfst du keine Angst haben, mit den linken Parteien zusammenzuarbeiten, vielmehr ist es eine Herausforderung. Wir kommen, historisch gesehen, aus zentralistischen Abläufen, wo die Partei – „die Avantgarde“ – Befehle erteilt und dir eine politische Linie vorgegeben hat. Aber heute befinden wir uns in einer anderen Situation.

Das Problem ist, wenn du dich einer parteipolitischen Agenda unterwirfst, lässt du dich auch auf eine vorgegebene traditionelle Art der Machtausübung ein. Klar, dass das eine soziale Bewegung lähmen kann, wenn es schlecht läuft. Das sind Erfahrungen, die die sozialen Bewegungen in Südamerika bereits gemacht haben, etwa mit der Frente Amplio in Uruguay oder aber mit Lula und der PT (Partido dos Trabalhadores) in Brasilien. Diese Erfahrungen können uns weiterhelfen. In Brasilien zum Beispiel hat die Landlosenbewegung MST bei den Wahlen mit Lula zusammengearbeitet, damit auf keinen Fall die Rechte an die Macht kommt, doch sie hat dabei ihre Autonomie bewahrt und hat ihre Ziele und Inhalte nicht aufgegeben.

Die Tatsache, dass eine linke Regierung an die Macht kommt, garantiert noch keine strukturellen Veränderungen. Deswegen braucht es eine starke soziale Bewegung, die Druck ausübt und die Regierung in die Pflicht nimmt.

*F: Welche Rolle spielen die Frauen in den sozialen Bewegungen?*

Die Mehrheit der Frauen ist mit schweren Einschränkungen konfrontiert, die es ihnen eigentlich nicht erlauben teilzunehmen. Trotzdem sind es die Frauen, die am aktivsten an den oben erwähnten Kämpfen beteiligt

sind. Die AktivistInnen, die am meisten Energie in die Basisarbeit stecken und die viel Sorgfalt in die Erfüllung der Aufgaben legen, sind normalerweise die Frauen. Aber je höher man in der Hierarchie kommt, desto weniger Frauen sind präsent. Das ist keine Willenssache, sondern eine strukturelle Frage, wie Familien organisiert sind, welche Arbeiten den Frauen zugewiesen werden, etc.

*F: Inwiefern sind die sozialen Bewegungen in den Gesellschaften in Zentralamerika verankert?*

Zuerst einmal müssen wir uns klarmachen, dass wir in Zeiten leben, in denen die sozialen Bewegungen nicht die politische Initiative haben, sondern dass wir, ganz im Gegenteil, erst mal Widerstand leisten müssen, damit uns der Neoliberalismus nicht völlig überrollt. Davon ausgehend müssen wir uns in mindestens drei Bereichen entwickeln: 1. Alternative Denkprozesse schaffen, in einen Kampf der Ideen eintreten und zum Neoliberalismus alternative Ideen entwickeln; wenn wir aufhören, alternative Ideen zu haben, dann haben wir den Kampf schon verloren. 2. Alternative Formen der Organisation, des Lernens und der Mobilisierung aufbauen und 3. diese Alternativen zum neoliberalen Modell in die Praxis umsetzen und alternative Ideen, Organisationsformen und emanzipatorische Praxis derart verbinden, dass sie sich im täglichen Leben umsetzen lassen.

Die Herausforderung, besteht darin, dass wir unser Denken nicht von neoliberalen Ideen vereinnahmen lassen dürfen. Beispielsweise dürfen wir nicht mit den Konzepten arbeiten, die uns die internationalen Finanzorganisationen oder die „internationale Gemeinschaft“ vorgeben. Wir dürfen uns nicht darauf einlassen, ihre Begrifflichkeiten zu verwenden. Wenn wir das nämlich tun, haben sie uns schon besiegt. Stattdessen müssen wir uns inmitten dieser ganzen Lawine die Fähigkeit bewahren, die Dinge kritisch zu betrachten.

Der Neoliberalismus versucht, sich als die Lösung darzustellen, zu der es keine Alternativen gibt. Und so schwierig es auch sein mag, du musst Gegenvorschläge, Visionen und Ideen

finden und dafür kämpfen. Die Leute müssen erkennen, dass es Alternativen zum Neoliberalismus gibt.

Ich glaube, dass wir als soziale Bewegungen eher an dieser Sache arbeiten, als die Parteien das tun. Das schafft Widerstand, neue Formen der Organisierung. Du hast vorher die Frage nach der Beteiligung der Frauen angesprochen. Aber es geht nicht nur darum, sondern auch darum, dass die Form der Organisierung eine neue sein muss, in Bezug auf horizontale Strukturen, auf Inklusion und demokratische Partizipation. Das sind Themen, die auf der Agenda der sozialen Bewegungen stehen.

Abschließend: Man darf nicht auf den Triumph der Weltrevolution warten, um eine Alternative aufzubauen. Alternativen können aus dem Alltag heraus entwickelt werden auf der Basis eines anderen Konzeptes von Macht. Macht übernimmt man nicht, Macht baut man auf. Die Macht ist ein Verhältnis, das du verändern kannst. Darum geht es. Daran, dass die Leute bemerken, dass sie Macht haben, wenn sie sich organisieren, dass ihre Macht stärker ist, wenn sie sich vereinen, müssen wir arbeiten. Nicht warten, sondern eine Gegenmacht von unten aufbauen – das sind unsere Aufgaben.

*F: Welche Perspektiven haben die sozialen Bewegungen?*

Wir bewältigen gerade die schwierigsten Zeiten überhaupt. In Bezug auf die Implementierung neoliberaler Projekte sind wir auf Grund gelaufen, die Neoliberalen selbst haben eine große soziale Krise herbeigeführt. Wir sehen uns, was El Salvador betrifft, einer dramatischen politischen Krise gegenüber. Obwohl die Finanzoligarchie sämtliche Macht innehat und fast ganz El Salvador besitzt, ist das Land kaum mehr regierbar. Die Machthabenden müssen zu harten Repressionsmitteln greifen, denn ihr Projekt ist nicht mehr hegemonial. Daraus eröffnen sich für die sozialen Bewegungen Möglichkeiten voranzukommen.

Mit den Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte und den Lehren aus der Nachkriegszeit können wir eine Alternative aufbauen. In diesem Sinne bin ich optimistisch, dass wir in einer

verhältnismäßig kurzen Zeit in die politische Offensive gehen und wichtige Kämpfe in El Salvador und der mittelamerikanischen Region freisetzen können.

Eine weitere Neuerung in den sozialen Bewegungen El Salvadors ist die Öffnung hin zu den sozialen Bewegungen weltweit.

Einer der Fehler, die wir bislang in El Salvador gemacht haben, war leider, dass wir dermaßen mit unseren inneren Angelegenheiten beschäftigt waren, dass wir nur wenig darauf geachtet haben, was draußen vor sich ging, sei es in Lateinamerika oder im Rest der Welt. Heute sehen wir, dass unser Kampf mit anderen Kämpfen verbunden ist, und ich glaube, diese Perspektive haben unter anderem wir UmweltaktivistInnen eingebracht. In dieser historischen Etappe, die wir erleben, ist der Weg frei für einen wahrhaftigen Internationalismus. Dieser drückt sich in einer Solidarität aus, die sich nicht darauf beschränkt, Unterstützung von anderen zu empfangen. Vielmehr bieten wir im Kampf gegen gemeinsame Feinde auch selbst unsere Solidarität an. Ich glaube, das ist ein qualitativer Sprung nach vorne.

*F: Und wie lässt sich diese Solidarität in der gemeinsamen Arbeit realisieren?*

Wir müssen gemeinsame Aufgaben mit unterschiedlichen Verantwortlichkeiten finden. Das heißt, es gibt Phänomene, bei denen es heute nicht mehr Regierungen und auch keine lokalen Mächte mehr sind, die uns unterdrücken, sondern das passiert zunehmend auf internationaler Ebene.

Gewisse soziale und arbeitsrechtliche Errungenschaften gehen sowohl in der nordamerikanischen Gesellschaft als auch hier oder in Europa verloren. Das ist der Feind, dem wir uns gemeinsam entgegenstellen müssen, das können weder die salvadorianischen noch die lateinamerikanischen ArbeiterInnen alleine schaffen. Also gilt es, an diesen Diskussionen weiterzuarbeiten.

Wahrer Internationalismus und wahre Solidarität bedeutet, die lokalen mit den globalen Kämpfen zu verbinden. Das ist meiner Meinung nach eine andere Vorstellung von Solidari-

tät als die, die wir in früheren Jahren hatten, wo nur der Süden Not gelitten hat und der Norden die Möglichkeit hatte, Hilfe zu leisten, auch finanzieller Art. Heute geht es darum, zusammen zu kämpfen.

Ich meine damit die globalisierungskritische Bewegung seit Seattle, die gegen die Treffen der G8, der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds etc. etc. kämpft. Solche großen Mobilisierungen können nicht die Hauptaufgabe sein, denn wir können nicht von einem Treffen zum nächsten rennen. Wenn sich Leute treffen, um die Weltpolitik zu bestimmen, dann ist es sicher wichtig, die Tagesordnung dieser Leute zu beeinflussen, ihnen die Welt ein wenig ungemütlicher zu machen und ihnen dort, wo sie sich treffen, Widerstand entgegenzusetzen und mit gemeinsamer Stimme zu sprechen.

Trotzdem glaube ich nicht, dass die Weltforen, wie etwa das Weltsozialforum, so etwas wie die Kathedrale unserer Bewegungen sind; sie erscheinen mir wichtig als Raum für Diskussion, für Begegnung, Austausch und zusammen Feiern, aber jedeR Einzelne sollte von dort weggehen, um dann eigene konkrete politische Ziele zu verwirklichen. Das vereint uns, es ruft uns zusammen im Geist des „Eine andere Welt ist möglich“, aber es stellt keinerlei Avantgarde dar.

Geführt im Juli 2007 von Angelika Haas. Übersetzung und Bearbeitung: Andrea Bertele, Miriam Stumpfe, Sandra Eck, Angelika Haas

# Entwicklungshilfe versus Solidaritätsarbeit oder: Warum Entwicklungshilfe die Nord-Süd-Kluft vertieft.

Einschätzungen aus El Salvador.

(ah, ai, se) – Fünfzehn Jahre nach dem Ende der Hochzeit der Solidaritätsbewegungen mit Nicaragua und El Salvador organisiert das Ökumenische Büro immer noch Solidaritätsbrigaden nach Zentralamerika. Unbeteiligte, die darauf stoßen, denken dabei heute sofort an Entwicklungshilfe<sup>1</sup>. Ganz im Gegenteil, sagen wir. Wir machen eben nicht Entwicklungshilfe, sondern wir sind solidarisch mit Bewegungen, die sich für ein besseres Leben und die Schaffung einer gerechteren Gesellschaft organisieren. Das Ausbeutungsverhältnis und die Armutsschere zwischen den Ländern des Nordens und des Südens wurden in den letzten Jahrzehnten durch die Entwicklungen des Weltwirtschaftssystems immer weiter vertieft. Gemeinsam mit emanzipatorischen Bewegungen im Süden wehren wir uns dagegen, indem wir die politische Dimension des Problems in den Mittelpunkt und die Vision einer anderen, gerechteren Welt dagegen stellen.

Dennoch: Manchmal liegen Entwicklungshilfe und Solidaritätsarbeit tatsächlich nah beieinander. So mancheR Soli-Bewegte fand später Arbeit in der Entwicklungshilfe und brachte dort den Solidaritätsgedanken ein. Andererseits machen viele ehemalige Solidaritätsgruppen heute eher karitative und assistentialistische<sup>2</sup> Arbeit. Und natürlich gibt es ein breites Spektrum an Entwicklungshilfe, das von NGOs mit politischem Anspruch bis hin zu staatlichen und Finanzorganisationen geht, die damit vorrangig die Interessen der Geberländer befriedigen.

1947 leitete US-Präsident Truman den Paradigmenwechsel vom Kolonial- zum Entwicklungsdiskurs ein. Die Dichotomie entwickelt-unterentwickelt wurde eingeführt. Den Menschen wurde gleichzeitig die Verantwortung auferlegt, selbst verantwortlich für ihre Entwicklung oder Unterentwicklung zu sein. Diese Verantwortung wurde mit dem Versprechen gekoppelt, dass Entwicklung durch Wirtschaftsentwicklung garantiert werden könne. Vor dem Hintergrund der Blockkonfrontation sollte Entwicklungshilfe auch die Länder des Südens in den westlichen Block einbinden und die neokoloniale Ausbeutung vorantreiben.

Die Entwicklungspolitiken der 1970er und -80er Jahre waren einerseits geprägt durch rigide neoliberale Zurichtungen wie die Strukturanpassungsprogramme des IWF, andererseits durch die linken politischen Solidaritätsbewegungen dieser Zeit. Begriffe wie Partizipation und Selbsthilfe wurden durch die Linken eingebracht, ebenso wie politische Diskussionen um Entwicklung. In den 1970er Jahren entwickelten der Weltbankpräsident Robert McNamara, Stratege des Vietnamkrieges, und der ehemalige Anarchist und Kriegsgegner John Turner, ein britischer Architekt, zusammen für die Weltbank das Konzept der Unterstützung der Selbsthilfe: „Die Lobpreisung der Selbsttätigkeit der Armen wurde zum Deckmantel für die Aufkündigung der historischen Verpflichtungen des Staates, Armut und Obdachlosigkeit zu beseitigen.“<sup>3</sup>

Seit 1990 ist auch die Entwicklungspolitik am neoliberalen Ende der

Geschichte angekommen: Mit dem Kapitalismus als weltweite, quasi naturgegebene Rahmenbedingung werden nur noch praktische Problemlösungswege und „best practices“ gesucht. Politische Positionierung ist verpönt. Gesellschaftliche und politische Machtstrukturen werden sowohl in der naiven Wahrnehmung von Partizipation und Selbsthilfe als Allheilmittel als auch im Terminus Entwicklungszusammenarbeit ausgeblendet. Hingegen wechseln sich die Modethemen und gültigen Projektplanungsstandards in der Entwicklungszusammenarbeit munter ab, denen das Gros der AkteurInnen hinterher hechelt und mit deren ununterbrochenen Neu-Entwicklung nicht wenige sich ihren Lebensunterhalt sichern.

Die Entpolitisierung der Diskussionen um Entwicklung betrifft allerdings die Solidaritätsbewegung in gleichem Maße. „Die Konjunktur des NGO-Begriffs reflektiert das Verblasen der großen Veränderungsperspektiven.“<sup>4</sup> Nicht wenige, die in den 80er Jahren die Revolution als einzige Möglichkeit für eine Verbesserung der Lebensumstände propagiert haben, schlagen sich heute an ihrem schlecht bezahlten Arbeitsplatz in kleinen NGOs mit den täglichen Fragen der Umsetzung konkreter Projekte herum, finanziert von der Europäischen Union oder der Bundesregierung.

Wie sich diese Entwicklungen in El Salvador niedergeschlagen haben, wie Entwicklungshilfe und Solidaritätsarbeit von Linken in El Salvador wahrgenommen werden, wie sie sie einordnen und mit auftauchenden Wi-

dersprüchen umgehen, dies wollte die Solidaritätsbrigade „Resi Huber“ während ihres El Salvador-Aufenthaltes 2007 herausfinden. Die langjährigen KooperationspartnerInnen des Ökumenischen Büros kommen fast alle aus der Guerillabewegung der 1980er Jahre, viele aus der lutherischen Kirche und der kommunistischen Partei. Einige sind heute in der von ihnen selbst gegründeten NGO Oikos Solidaridad aktiv und versuchen, über die in der Regel von ausländischen Geldgebern finanzierten Projekte emanzipatorische Arbeit in ländlichen Gebieten fort zu führen. Die Unterschiede und Gradwanderungen zwischen Solidaritätsarbeit und Entwicklungshilfe sind also etwas, mit dem unsere KooperationspartnerInnen allein durch ihre Arbeitsweise konfrontiert sind. Grundlegende Kritik wird dabei häufig schon am Entwicklungsbegriff als solchem laut.

### Entwicklung als scheinheiliger Diskurs

„Die grundlegende Frage zum Begriff Entwicklung ist – muss man den überhaupt benutzen?! Die Leute wollen einfach *gut leben!*“ So Angel Ibarra vom Umweltverband UNES, San Salvador. Der offizielle Entwicklungsbegriff sehe dagegen ganz

anders aus: „Was in El Salvador in den letzten 200 Jahren als Entwicklung verkauft wurde, war die Förderung der Exportproduktion, Indigo, Zuckerrohr, Kaffee. Diese hat zwar den wirtschaftlichen Eliten des Landes und durch die billigen Rohstoffpreise den Ländern des Nordens genützt, aber nicht dem Wohlergehen der Bevölkerung.“ Ganz im Gegenteil, denn „die Ausbeutung der Ressourcen und der Menschen sind weiterhin die Basis des Systems. Entwicklung heute bedeutet Export von Menschen – oft illegal – in die USA, die durch die Überweisung von Geld die Wirtschaft des Landes aufrecht erhalten, bedeutet den Aufbau von Maquila-Industrien, den Ausbau von El Salvadors Häfen zu strategischen Umschlagplätzen im Rahmen von Freihandelsabkommen, ein neues Fieber des Abbaus von Edelmetallen. Es ist schwierig, in diesem Kontext einen Diskurs um den Begriff der nachhaltigen Entwicklung zu führen, weil es hier im Land keine Entsprechung dafür gibt ... sieben Planeten wie die Erde würden gebraucht, um allen einen Lebensstil wie in den reichen Ländern zu ermöglichen.“

Gerade in Lateinamerika bläst dem herkömmlichen Entwicklungsbegriff allerdings von vielerlei Seiten ein eisiger Wind ins Gesicht. „Entwicklung

als Begrifflichkeit enthält immer auch ein Element der Negation: Etwas ist nicht mehr dies oder das, aber auch noch nicht jenes. Ländliche Gemeinden stellen sich zum Teil gegen das Konzept Entwicklung als Fortschrittsbegriff. Denn die Frage ist immer, wer profitiert letztlich von diesem Fortschritt, dieser Entwicklung? Die Armen, die Gemeinden, eben oft nicht ...“ (Dagoberto Guterrez, linker Intellektueller und Universitätsdozent)

Um solche dichotome, abwertende Logiken von Unterentwicklung versus Entwicklung zu umgehen, bevorzugen es unsere GesprächspartnerInnen, von Lebensqualität und Würde zu sprechen.

### Entwicklungshilfe als Herrschaftsinstrument

Auch in der Einschätzung von Entwicklungshilfe stimmen unsere GesprächspartnerInnen überein. Entwicklungshilfe spiegele die bestehenden Ausbeutungsverhältnisse wider. Innerhalb des ungerechten Welthandelssystems könne Nord-Süd-Kooperation niemals gerecht sein, es könne nicht einmal von Zusammenarbeit gesprochen werden. Entwicklungshilfe bediene die Interessen salvadorianischer GroßunternehmerInnen, transnationaler Konzerne und der Regierungen der Länder des Nordens. Diese lägen im ökonomischen, ideologischen und militärischen Bereich. Damit würde Entwicklungshilfe zum Herrschaftsinstrument. Dadurch wird zudem die zunehmend repressive Regierungspolitik gestützt – mit fatalen Folgen für die Bevölkerung. Seit Kriegsende werden in El Salvador massiv neoliberale Politikmaßnahmen durchgesetzt. Elektrizitätswesen, Telekommunikation, Altersvorsorge sind bereits privatisiert. Um die Privatisierung des Gesundheitswesens und der Wasserversorgung finden aktuell große Auseinandersetzungen statt. Die deutsche Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) hat sich in einem mit Entwicklungshilfegeldern finanzierten Projekt an der Dezentralisierung der Wasserversorgung in elf Departments beteiligt. Viele soziale Bewegungen in El Salvador befürchten, dass die Dezentralisierung mit

El Salvador hat heute knapp sechs Millionen EinwohnerInnen, davon schätzungsweise drei Millionen in der Migration. Im Januar 1992 wurde das Friedensabkommen zwischen der Regierung und der Guerilla FMLN nach zwölf Jahren Bürgerkrieg und 70.000 Toten unterzeichnet. Das Abkommen enthält weit reichende Regelungen zur Demilitarisierung, Demokratisierung und nationalen Versöhnung. Seit 1992 ist die rechte Partei ARENA an der Regierung. Die FMLN hat sich zur linken Oppositionspartei gewandelt. Weite Teile des Friedensabkommens wurden nie umgesetzt. Bis heute gibt es Verfolgung von linken Oppositionellen bis hin zu Ermordungen. Die Todesschwadronen sind nie völlig verschwunden. Eine Generalamnestie verhindert seit 1993 die Aufklärung der Massaker und Ermordungen durch die Armee während des Krieges. Wahlbetrug ist an der Tagesordnung. Heute wie bereits vor 200 Jahren sind einige wenige große Familien die HaupteigentümerInnen und MachthaberInnen des Landes. Die Kluft zwischen arm und reich ist heute größer als vor dem Krieg in den 1970er Jahren. Die kleinbäuerliche Landwirtschaft ist weitgehend zerstört und nicht konkurrenzfähig. Viele SalvadorianerInnen begegnen dem durch illegale Einwanderung in die USA. Anfang 2009 stehen die nächsten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen an. Die politische Situation ist extrem polarisiert. Bereits in diesem Jahr kam es zu einer Verschärfung der Repression gegenüber sozialen Bewegungen. Im Juli 2007 wurden Proteste gegen die Wasserprivatisierung brutal niedergeschlagen und festgenommene AktivistInnen sollen unter dem 2006 verabschiedeten neuen Antiterrorismusgesetz angeklagt werden.



Die Brigade Resi Huber im Gespräch mit Raul Moreno von der Red Sinti Techan

Privatisierung einhergeht, da die Kommunen in der Regel weder die finanziellen Ressourcen noch die fachliche Kompetenz haben, die Wasserversorgung zu übernehmen und sie daher an private AnbieterInnen verkaufen bzw. Konzessionen vergeben. Es wird befürchtet, dass die Wasserpreise in der Folge steigen und das Versorgungsniveau sich besonders auf dem Land weiter verschlechtert, wo sich Investitionen in die Netze für die BetreiberInnen finanziell nicht lohnen. Die KfW behauptet, in Deutschland mit Dezentralisierung sehr gute Erfahrungen gemacht zu haben. Dass mittlerweile auch hier der Wassermarkt privatisiert wird, bleibt von der KfW unerwähnt. Das Wasserdezentralisierungsprojekt der KfW in El Salvador ist beendet. Die KfW zieht sich somit ganz aus dem Bereich zurück, anstatt beispielsweise die alternativen Konzepte der Gewerkschaften oder der UNES zu fördern oder sich auf andere Weise mit dem starken öffentlichen Druck nach den Verhaftungen von Protestierenden gegen die Wasserprivatisierungen in El Salvador im Juli 2007 auseinander zu setzen.

Dies nämlich würde als politische Einmischung und heikler Streitfall mit der Regierung gelten, während die Unterstützung der Politik einer rechten Regierung in El Salvador, die nachgewiesenermaßen die Menschenrechte missachtet, als nicht-politische, technische und finanzielle Zusammenarbeit bezeichnet wird.

Zur Legitimierung dieser angeblich unpolitischen und unparteiischen Unterstützung dienen runde Tische, an denen VertreterInnen der „Zivilgesellschaft“ mit RepräsentantInnen aus Regierung und Wirtschaft unter Anleitung gut meinender KonfliktmoderatorenInnen nur endlich erkennen müssen, dass sie doch eigentlich alle an dem selben Problemlösungsstrang ziehen wollen. Die Red Sinti Techan, ein Netzwerk globalisierungskritischer Organisationen in El Salvador, hat sich der Teilnahme am runden Tisch zur Aushandlung des geplanten Assoziierungsabkommens zwischen Zentralamerika und der EU verweigert. „Der runde Tisch ist durch nichts legitimiert. Die Red Sinti Techan ist zu solchen Verhandlungen nicht be-

reit, um nicht eine Politik zu legitimieren, die wir nicht machen wollen. Solche Verhandlungen machen nur Sinn, wenn man selbst auch Macht hat, sonst ist und bleibt man Legitimationsfigur.“ (Raul Moreno, Red Sinti Techan).

Zudem ignoriert die Idee eines runden Tisches in vielen Fällen die politischen Realitäten El Salvadors. Deysi Cheyne, Vertreterin der Frauenorganisation IMU, sagte bezüglich eines Treffens von VertreterInnen salvadorianischer NGOs mit der EU-Kommission: „Die EU fordert unter dem Schlagwort Synergie eine enge Zusammenarbeit von NGOs und Regierung; das ist total absurd und weltfremd. Die meisten NGOs hier sind in ständigem Konflikt mit der Regierung. Die Regierung verwendet zudem Entwicklungshilfegelder für ihren eigenen Wahlkampf. Über das Red Solidaria (Solidarisches Netz) stellt die EU für die Zeit von 2006 bis 2013 einen Fonds von 60 Millionen Euro zur Verfügung. Besonders arme Familien können in das Programm des Red Solidaria aufgenommen werden und erhalten

dann monatliche Zahlungen von wenigen Dollars. Die Regierung, besser gesagt die VertreterInnen der Regierungspartei ARENA vor Ort, verteilen dieses Geld als Regierungsgeschenk und machen damit Wahlkampf.“

## Das Dilemma

Natürlich stellt eine solche Einschätzung von Entwicklungshilfe viele Organisationen in El Salvador, die ebensolche erhalten, vor ein Dilemma. Denn einerseits brauchen sie die Gelder, um ihr eigenes Überleben zu sichern und ihre eigene politische Organisationsarbeit fortzuführen, andererseits wissen sie um die Gefahr, damit das Herrschaftsverhältnis zu legitimieren und sich zur linken Hand der Rechten zu machen. Wie gehen sie nun mit diesem Dilemma um?

Benjamin Alas von Oikos sagt dazu: „Wir definieren unsere Arbeit innerhalb von Machtstrukturen. Deshalb arbeiten wir daran, Gegenmacht aufzubauen. Unsere Projekte im Bereich der Nahrungsmittelsicherheit und der Katastrophenprävention sind dabei nur Mittel zum Zweck. Dieser Zweck ist, dass die Leute ihr Leben selbst in die Hand nehmen und gemeinsam mit anderen für ihre Rechte eintreten.“ Deshalb hat Oikos auch schon Projekte abgelehnt, wenn ihnen

von GeldgeberInnen als Bedingung politische Arbeit und Positionierung untersagt werden sollte. So haben sie dem CHF International und dem Catholic Relief Service (CRS) [nicht-staatliche Hilfs- und Entwicklungsorganisationen] in der Vergangenheit schon Projektabsagen erteilt.

Alle während der Reise der Brigade besuchten NGOs in El Salvador bewegen sich letztlich in diesem Dilemma zwischen der Notwendigkeit von Finanzierung und dem Aufrechterhalten der eigenen Unabhängigkeit, das dem hiesiger linker NGOs so unähnlich nicht ist. Die starke politische Polarisierung in El Salvador bringt es aber mit sich, dass eine politische Einordnung fast zwangsläufig erfolgt, sowohl von Seiten der Bevölkerung in den Dörfern als auch der Regierung, die die Arbeit von NGOs immer wieder mit dem angeblichen Wiederaufbau von Guerillastrukturen stigmatisiert.

## Solidaritätsarbeit heute?

Vor diesem Hintergrund, nicht zuletzt im Hinblick auf die Präsidentschafts-, Parlaments- und Gemeindevahlen 2009, stehen für unsere GesprächspartnerInnen in El Salvador die Notwendigkeiten größerer politischer Veränderungen an erster Stelle. Inwieweit eine linke Regierung der

FMLN wirklich den Spielraum hätte, andere, gerechtere politische und wirtschaftliche Strategien zu verfolgen, ist eine Frage, die letztlich auch im Kontext der Entwicklung in anderen Ländern mit links gerichteter Regierungsmehrheit in Lateinamerika zu beantworten sein wird.

Nichtsdestotrotz ist und bleibt die Bejahung der Notwendigkeit politischer Veränderungen und der Kampf darum das

entscheidende Unterscheidungskriterium zwischen Entwicklungshilfe und Solidaritätsarbeit. Letztere stellt die Frage nach bestehenden gesellschaftlichen Machtstrukturen, sie zielt ab auf politische Positionierung auf Seiten derer, die sich für eine gerechte und menschenwürdige Welt einsetzen, und sie weiß darum, dass gesellschaftliche Veränderungen immer das Ergebnis von politischen Kämpfen um konträre Interessen sind. Statt sich an einen runden Tisch zu setzen, arbeitet deshalb z. B. die Red Sinti Techan an einem Konzept, die ökologische, soziale und historische Kolonialschuld Europas vor einem internationalen Gerichtshof einzuklagen.

„Die wichtigste Kooperation für El Salvador ist die mit dem Süden“, sagten unsere GesprächspartnerInnen. Süden sei dabei aber kein geographisches, sondern ein politisches Konzept: Es gehe um eine Identifizierung gemeinsamer Problemfelder. Die einzige Kooperation mit dem Norden sei die zwischen der Bevölkerung in Nord und Süd, ein gemeinsamer Kampf gegen ein System, das alle unterdrückt. Dabei erwarte man kein Geld, wie einer unserer GesprächspartnerInnen sagte, sondern dass man Kämpfe z. B. gegen G8 und WTO gemeinsam ausfechte. Dies sei langfristig die einzige Form der Zusammenarbeit, die tatsächlich die Chance habe, sich weiter zu entwickeln.

1 Der Begriff Entwicklungshilfe wird in diesem Artikel bewusst anstelle des Begriffs Entwicklungszusammenarbeit verwendet, da er das Ausbeutungsverhältnis weniger verschleiert.

2\_Wie Sergio Saenz vom Movimiento Comunal de Matagalpa aus Nicaragua erklärt, ist Assistentialismus, wenn Projekte durchgeführt werden, die die Bevölkerung zwar zufrieden stellen, die aber keine Prozesse bei ihr anstoßen. Dann nämlich entwickeln die Begünstigten die passive Haltung: „Danke, mehr davon!“, beginnen aber nicht, ihre Rechte aktiv einzufordern.

3 Gottfried Oy: Im Zeitalter der Slums in SZ, 23. Juli 2007 (Buchbesprechung zu Mike Davis „Der Planet der Slums“)

4 J. Hirsch: Des Staates neue Kleider – Nichtregierungsorganisationen im Prozess der Internationalisierung des Staates in: U. Brand, A. Demirovic, Ch. Görg, J. Hirsch (Hrsg.), Nichtregierungsorganisationen in der Transformierung des Staates, Münster 2001, S.15.



BewohnerInnen von Piedra Azul und die Brigade Resi Huber beim Ausheben von Anti-Erosionsgräben

# Terror in Suchitoto

Was die Repression gegen die sozialen Bewegungen in El Salvador mit der deutschen Entwicklungshilfe zu tun hat

(rk) Die Polizei schießt Gasbomben und Gummigeschosse auf friedliche Demonstrant\_innen, verfolgt sie über Stunden, geht nicht auf Mediations- und Verhandlungsversuche ein, durchsucht Häuser ohne legale Befugnis. Am Ende des Tages sind über 80 Menschen verwundet, 25 durch Gummigeschosse und 18 durch Tränengas schwer verletzt. 14 Personen werden festgenommen. Bei 13 von ihnen wird das im September 2006 vom Parlament verabschiedete Anti-Terrorgesetz angewendet, sie werden des Terrorismus angeklagt.

Was war geschehen an diesem 2. Juli 07 in Suchitoto? Verschiedene Basisorganisationen, darunter CRIPDES, die Vereinigung ländlicher Gemeinden El Salvadors, und auch die Wassergewerkschaft SETA, hatten zu einer friedlichen Demonstration aufgerufen. Der Protest richtete sich gegen die Dezentralisierungspolitik des Präsidenten Saca. Dieser wollte mit verschiedenen Funktionsträger\_innen an diesem Tag in Suchitoto ein öffentliches Wassersystem einweihen und damit gleichzeitig seine Dezentralisierungspolitik für El Salvador ankündigen.

Nach Ansicht der sozialen Bewegungen ist diese Dezentralisierungspolitik im Wassersektor aber nur ein Mittel, um öffentliche Güter weiter zu privatisieren. Nach den sehr negativen Erfahrungen mit der Privatisierung im Elektrizitäts- und Telekommunikationssektor sollte eine ähnliche Entwicklung im Wassersektor verhindert werden.

Doch die Proteste werden von Repression überzogen. Vier Mitarbeiter\_innen von CRIPDES, unter ihnen die Präsidentin und die Vizepräsidentin, erreichen noch nicht einmal die Demonstration. Sie werden schon vor Suchitoto von der Polizei angehalten und aus ihrem Auto gezerrt. Als die

Gefangennahme der CRIPDES Aktivist\_innen bekannt wird, macht sich ein Teil der Demonstrant\_innen auf, um für die Freilassung der Gefangenen einzutreten. Doch entgegen ersten Zusagen verhandelt die Polizei nicht. Stattdessen attackieren Spezialeinheiten die Demonstrant\_innen ohne Vorwarnung.

Einige Gefangene berichten nach Angaben des Menschenrechtsbüros der Erzdiözese von San Salvador von psychischen und physischen Misshandlungen während der Festnahme und Überführung in die Haftanstalt. Beim Abtransport im Hubschrauber z. B. sei den Gefangenen gedroht worden, sie aus dem Hubschrauber zu werfen. Auch die Haftbedingungen seien unmenschlich. Ein Festgenommener muss aufgrund von Misshandlungen während seiner Festnahme ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Waffen oder andere Beweise für eine kriminelle bzw. terroristische Tätigkeit, die ihnen vorgeworfen wird, konnten nicht gefunden werden. Trotzdem wurden am 7. Juli für 13 der Angeklagten drei Monate Sicherungsverwahrung angeordnet, ohne die Möglichkeit, durch Kaution auf freien Fuß zu kommen. Die Terrorismusanlage wurde aufrecht erhalten. Obwohl am 26. Juli die letzten neun der Gefangenen gegen Auflagen erstmalig auf freien Fuß kamen, ist die Lage immer noch angespannt und äußerst ernst. Ende September verlängerte ein Sondergericht der Staatsanwaltschaft die Frist zur Beweisaufnahme für eine Anklage wegen Terrorismus um vier Monate. Da sich die Anklagepunkte auf das Antiterrorgesetz berufen, sind sehr hohe Haftstrafen möglich. Die sozialen Bewegungen und Organisationen der internationalen Solidarität sind der Meinung, dass dies alles dazu dienen soll, legitimen Protest gegen Regierungspolitik zu kriminalisieren und die

Menschen durch Repression einzuschüchtern. So beurteilt auch der Ehemann der Angeklagten Marta Lorena Araujo Martínez das Verfahren folgendermaßen: „Damit sendet die Regierung eine Botschaft: Protestiert nicht!“

Allerdings scheint der Druck der sozialen Bewegung im In- und Ausland eine gewisse Wirkung zu zeigen. Obwohl im Fall Suchitoto die Terrorismusanlage nach wie vor im Raum steht, so hat die Regierung bemerkt, dass das Antiterrorgesetz nicht ohne weiteres zur Einschüchterung der sozialen Bewegungen herangezogen werden kann. Dafür wurde wenige Wochen nach dem Vorfall in Suchitoto das Strafgesetzbuch verschärft und z. B. die Strafe für öffentliche Unruhestiftung deutlich erhöht.

Auf den ersten Blick scheint es ein salvadorianisches Problem mit salvadorianischen Akteur\_innen und weit entfernt zu sein. Aber die Ursachen für diese Situation liegen näher als gedacht. Der Dezentralisierungsplan, der von der sozialen Bewegung kritisiert wird, ist nämlich nicht allein von Saca & Co ausgeheckt, sondern wird auch von der deutschen Entwicklungshilfe unterstützt und forciert. Ausführender Arm in diesem Fall die KfW Bankengruppe, früher Kreditanstalt für Wiederaufbau. Die KfW ist Auftraggeberin des Entwicklungsprojektes „Ländliche Wasser- und Sanitärversorgung II“ in El Salvador. Dieses sieht den dezentralen Betrieb von elf rehabilitierten und ausgebauten Trinkwasserver- und zwei Abwasserentsorgungssystemen in elf ländlichen Gemeinden in El Salvador vor.

Nun sehen die sozialen Bewegungen in El Salvador von zwei Seiten die Gefahr einer Wasserprivatisierung: Zum einen über die Dezentralisierung ländlicher Wassersysteme und zum anderen über die Konzessionierung

der großen städtischen Wassersysteme (vgl. Infoblatt 69).

Deshalb startete das Öku-Büro eine Eil- und Protestbriefaktion mit dem Ziel, nicht nur die ARENA-Regierung unter Druck zu setzen, sondern auch die KfW. Diese wurde aufgefordert, die Folgen ihrer Dezentralisierungspolitik zu überdenken und sich aus diesen Projekten herauszuziehen. Die KfW bestreitet jedoch vehement die Vorwürfe, mit ihrer Politik die Privatisierung im Wassersektor voranzutreiben. Tatsächlich ist es schwer geworden, Investor\_innen zu finden. Während in den 1990ern die multinationalen Wasserkonzerne im Glauben an große Gewinne auf die Märkte der „Entwicklungsländer“ vordrangen, scheint die Privatisierungsdynamik seit einigen Jahren ins Stocken geraten zu sein. Widerstand der Bevölkerung, hoher Investitionsbedarf und geringe Zahlungsmöglichkeiten



Suchitoto: Die willkürlich Verhafteten beim Abtransport auf dem Polizei-Pickup

der Konsument\_innen, die ihre Rechnung einfach nicht begleichen können, machen es für die großen Wasserkonzerne wenig profitabel, in „Entwicklungsländer“ zu investieren, gerade, weil die lukrativen Städte schon „geerntet“ wurden. Die Beteiligung des Privatsektors wurde von der (inter)nationalen Entwicklungshilfe allerdings als entwicklungspolitische Notwendigkeit gesehen, propagiert wurde die „Entwicklungspartner-schaft“, die Public- Private Partnership (PPP), zwischen Entwicklungshilfe und Privatwirtschaft. Mit dieser Partnerschaft wurde geglaubt, Privat-

investitionen anzuziehen und die Wasserversorgung effektiver und kostengünstiger organisieren zu können. Doch das Ergebnis dieser Politik war ernüchternd: die großen Konzerne nahmen die Gelder aus der Entwicklungshilfe gerne an, investierten aus eigener Kasse allerdings wenig. Das Ziel einer besseren Versorgung der armen Bevölkerung durch Privatisierungsvorhaben wurde nicht erfüllt.

Die Ergebnisse dieser Politik konnten auch von der Entwicklungshilfe nicht übergangen werden. Das häufig von der KfW verschriebene „Allheilmittel“ Privatsektorbeteiligung hatte zu viele offensichtliche, negative Wirkungen hervorgerufen. Generell abgelehnt wird Privatisierung allerdings auch nicht. Die KfW-Entwicklungsbank gibt sich jetzt ganz undogmatisch und entscheidet nach Aussagen der Mitarbeiter\_innen von Situation zu Situation, wie der Wassersektor anderer Länder reformiert werden soll.

Ob es also wie befürchtet zu einer Privatisierung des Wassersektors über die Dezentralisierung der kleineren Wassersysteme kommt, oder ob die rhetorische Wende, Privatsektor-

beteiligung im Wassersektor auch mal kritisch zu sehen, eine wirkliche nachzieht, bleibt abzuwarten. Zumindest wurde in den Verträgen zwischen dem staatlichen Wasserversorger ANDA und den dezentralen Betreiber\_innen rechtlich Privatisierung ausgeschlossen.

Allerdings ist auch die Dezentralisierung in El Salvadors Wassersektor nicht unproblematisch, selbst wenn es nicht zur Privatisierung kommen würde. Wie kommunale Entscheidungsträger\_innen oder die Zivilgesellschaft einbezogen werden sollen,

bleibt undeutlich. Ob die Kommunen finanziell ausreichend ausgestattet werden und das nötige Know-How haben um die Wasserversorgung zu organisieren, bleibt zweifelhaft. Dezentrale Betreiber\_innen haben im Vergleich zu einem großen staatlichen Unternehmen nur ein kleines Versorgungsgebiet. Dies minimiert die Chance von Quersubventionierung innerhalb eines Betreibers, die soziale Tarife, eine sozial gerechtere Lastenverteilung ermöglichen kann. Bei einem Gespräch mit Vertreter\_innen der KfW in Frankfurt äußerte sich ein Mitarbeiter dazu nur lapidar: „Tja, das ist Prioritätensetzung.“

Auch die Forderung nach kostendeckenden Preisen, die die KfW gebetsmühlenartig vorbringt, scheint eher neoliberalen Dogmen als sozialen oder entwicklungspolitischen Zielen geschuldet. Staatliche Subventionen sind von der KfW nicht erwünscht. Ein\_e dezentrale\_r Betreiber\_in im ländlichen Bereich kann ohne Subventionen aber nur kostendeckend arbeiten, wenn die Preise drastisch erhöht werden und, da die Möglichkeit der Quersubventionierung gering ist, auf diese Weise die arme Bevölkerung ausgeschlossen wird.

Bislang wurden nur kleine, tendenziell nicht lukrative Wassersysteme in El Salvador dezentralisiert. Die Systeme der größeren Städte hingegen wurden nicht angetastet. Abzuwarten bleibt deshalb, ob die Befürchtung von salvadorianischen Expert\_innen zutrifft, dass die Dezentralisierung der kleineren Systeme auch die de-facto-Privatisierung mittels der Konzessionierung der Wassersysteme der größeren Städte legitimieren soll. Aus diesem Grunde richtet sich die soziale Bewegung in El Salvador entschieden gegen die vermeintlich bürgerorientierte Dezentralisierungspolitik.

Die Wasserpolitik hält also noch viel sozialen Sprengstoff bereit, der auch von der KfW-Entwicklungsbank durch ihre neoliberale Politik alles andere als entschärft wird. Umso wichtiger ist es, jetzt politisch zu intervenieren und Druck aufzubauen, Repression sichtbar zu machen und entschlossen zu bekämpfen.

# Der Kampf einer Organisation gegen das Ungeheuer „Machismo“

*Nicola Philipp hat ein Jahr lang bei der Frauenrechtsorganisation Casa Luna (Mondhaus) in Honduras gearbeitet. In ihrem Beitrag erzählt sie vom Leben in Tocoa, der Hauptstadt des an der Nordküste liegenden Departments Colón, und vom Einsatz Casa Lunas für die Anerkennung der Rechte der Frauen.*

Tocoa ist eine Stadt mit ca. 30.000 Einwohner\_innen. Ihr Zentrum erkennt man an den sechs geteerten Straßen. Diese liegen zwischen dem „alten Boulevard“, der zum Markt und Busbahnhof führt, und der „carretera“, der Überlandstraße, die Tocoa diagonal durchzieht. Außer dem Zentrum gibt es seit einigen Monaten zwei weitere geteerte Straßen: die Straße zum Rathaus (benannt nach dem aktuellen Bürgermeister) und die, die zum staatlichen Krankenhaus führt. Der Rest der Stadt verfügt über – mit Schlaglöchern durchzogene – Sand- und Schotterstraßen. Es gibt nur wenige Straßennamen und nur selten Hausnummern. Man orientiert sich anhand der Namen der Viertel und der Anzahl der Blöcke, ausgehend von in der Nähe liegenden größeren Straßen, Läden oder öffentlichen Einrichtungen, und an Farbe und Bauweise der Häuser. So lautete meine Adresse: An der Grenze zwischen Blumenviertel und dem Viertel 18. September, hinter dem Mini-Supermarkt „Rapalo“, im zweistöckigen Apartmenthaus.

Es ist heiß in Tocoa und die Luftfeuchtigkeit ist sehr hoch. Schwitzen gehört zum Alltag, von 7:00 bis 21:00 Uhr. Die zahlreichen Geländejeeps und Busse wirbeln viel Staub auf, von dem Fußgänger\_innen und Radfahrer\_innen eingenebelt werden und der in alle Räume eindringt. Bei Regen verwandeln sich die Straßen entweder in kleine Flüsse oder sind von

Pfützen durchzogen und man muss aufpassen, dass man von den Jeeps und Bussen nicht nassgespritzt wird. Hitze, Staub und Matsch ziehen einen nicht nur einmal am Tag unter die Dusche. Aber nicht jeder Haushalt verfügt jederzeit über Leitungswasser, manchmal fehlt der nötige Druck. Das Wasser kommt aus dem Fluss, der durch Tocoa fließt, bei gutem Wetter ist es relativ klar, bei Regen wird es braun, da durch den höheren Pegel Erdreich aufgewirbelt wird. Stromausfälle überraschen einen zu jeder Uhrzeit und es ist meist ungewiss, wie lange sie dauern werden.

Diese Situation bedingt viele Verhaltensweisen des Alltags. Ein anbehaartes Treffen findet bei starkem Regen nicht statt, vor allem dann nicht, wenn die eingeladenen Personen von weiter her kommen und zahlreiche Flüsse zu Fuß oder mit dem Fahrrad durchqueren müssen, die bei Regen schnell anschwellen und die Querung gefährlich machen. Brücken gibt es nicht überall. Und auch die Städter\_innen, die kein Auto besitzen, gehen bei Regen möglichst nicht auf die Straße.

## Schutz vor Sonne, aber nicht vor Anmache

Genau wie den Regen meiden die Tocoaner\_innen auch die pralle Mittagssonne. Man sieht um diese Zeit weniger Personen auf den Straßen, die Frauen sind alle mit Regenschirmen ausgerüstet, die nicht umsonst eher „sombriilla“ (kleiner Schatten) als „paraguas“ (fürs Wasser) genannt werden. Nicht selten passen die Regenschirme exakt zum Outfit der Frauen, genau so wie Schmuck, Haarbänder, Schuhe oder Handtasche so gut wie immer perfekt abgestimmt sind. Als Frau muss man wohl schön sein?

Männer schützen sich gegen Sonne oder Regen mit Baseballmützen. Sie tragen lange Hosen mit Gürteln und Hemden oder T-Shirts. Und wo sie gehen, stehen oder fahren, schenken sie der Damenwelt ihre Aufmerksamkeit mit Sprüchen und Pfiffen. Es vergeht nicht ein Tag, an dem man nicht als junge Frau von Männern angesprochen oder angemacht wird. Egal ob zwölf oder 80 Jahre, sie versuchen, deine Aufmerksamkeit zu erlangen. Und dabei spielt es überhaupt keine Rolle, ob man dem Schönheitsideal entspricht. Einzige Bedingung ist: „junge Frau“. Als Mann muss man wohl „Macho“ sein?

Dieses Verhalten der Männerwelt nervt, nicht nur mich, sondern alle Frauen, mit denen ich gesprochen habe. Und wenn man, wie ich, in einer Frauenorganisation arbeitet, die sich für die Rechte der Frau einsetzt, dann bekommt man manchmal einen Hass auf diese Unverblümtheit, dieses Gehebe, diese Reduzierung der Frau auf ein Objekt der Begierde.

Umso wichtiger und anerkennenswerter ist es, dass es in Tocoa die „Asociación Casa Luna“ (Vereinigung Mondhaus) gibt. Sie besteht aus acht aktiven Frauen, die sich für die Rechte der Frauen und gegen Gewalt gegen Frauen einsetzen. Ein Kampf, den sie, wie sie selbst sagen, gegen ein großes Ungeheuer führen. Die Strategie der Vereinigung ist dabei ein ganzheitlicher Ansatz aus Beratung, Bildung und Weiterbildung. Und sie versuchen, die nationale Frauenpolitik umzusetzen, die aber oft nur aus Vorschlägen und nicht aus Gesetzen besteht.

## Kostenlose Beratung für jede Frau und jeden Mann

Jede Person, die bei Casa Luna Rat sucht, findet ein offenes Ohr bei Maria

de la Luz Sarmiento und Elicelda Yadira Guardado, den Beraterinnen von Casa Luna. Sehr selten sind es Männer, die Rat suchen. Meist kommen Frauen, weil sie Opfer von häuslicher Gewalt sind und die Kraft gefunden haben, etwas dagegen zu unternehmen. Oder die Gewalt gegen sie hat einen Höhepunkt erreicht, den sie nicht mehr ertragen und schweigend hinnehmen.

Zum Beispiel der Fall von Carolina (Name geändert): Jahrelang litt sie unter der krankhaften Eifersucht und Kontrollsucht ihres Mannes, der sie keinen Schritt aus dem Haus ließ. Er kaufte für sie die Kleidung, er begleitete sie zum Friseur und suchte den Schnitt für sie aus. Er bestimmte über sie und ihren Körper. Sie verlernte, für sich Entscheidungen zu treffen. Eines Tages, bei einem Streit, schlägt er sie. Es ist die erste physische Gewalt, die er anwendet, und das öffnet ihr die Augen. Sie geht zu Casa Luna und holt sich Rat. Sie erfährt, dass es vielen Frauen so geht, dass nach der physischen Gewalt oft eine Entschuldigung kommt, aber die Gewalt dann nach und nach wieder zunimmt, bis ein neuer Höhepunkt erreicht wird, der oft heftiger ausfällt. Dann wieder die Entschuldigung, ein paar Monate Ruhe und der Gewaltzirkel geht wieder von vorne los.

Oder der Fall von Victorina. Ihr Mann lebte und arbeitete jahrelang in den USA und schickte Geld, damit sie und die gemeinsamen Kinder überleben konnten. Als er zurückkommt, will er nicht mehr für seine Familie sorgen und setzt sie auf die Straße. Da das Haus nur auf seinen Namen eingetragen ist, steht sie erst mal ohne Dach über dem Kopf da und muss bei Verwandten unterkommen.

Die Beraterinnen von Casa Luna zeigen diesen Frauen die verschiedenen Handlungsmöglichkeiten auf, die sie laut Gesetz haben, und informieren sie über Instanzen und Behörden, an die sie sich wenden können. Dabei achten Maria de la Luz und Elicelda darauf, dass die Frauen die Entscheidung über ihr Handeln selbst treffen. Und sie wissen, dass einige Frauen wiederkommen werden, denn der Weg durch die Instanzen, in deren Entscheidungspositionen oft auch Männer sitzen, ist schwierig und aufreibend. Häufig entscheiden sich Frauen nach einiger Zeit

dafür, ihr altes Leben an der Seite ihres Mannes wieder zu ertragen, statt als allein erziehende Frau gegen Arbeitslosigkeit, Hunger und schlechtes Ansehen zu kämpfen.

Um im Vorhinein solche Situationen zu vermeiden, bildet Casa Luna Frauen in ihren Rechten aus. Die Ausbildung zur Rechtspromotorin gibt es seit 1996. Im Moment wird sie von der 24-jährigen Maria Adanelis Escoba geleitet, selbst eine Schülerin von Casa Luna. Mit Hilfe von partizipativen Methoden lehrt sie nicht nur die Inhalte der verschiedenen bereits bestehenden Gesetze, die Frauen schützen. Es geht vor allem auch darum, dass die Frauen lernen, sich selbst wertzuschätzen und sich etwas zuzutrauen. Denn nur wer weiß, dass er etwas wert ist, wird sich auch verteidigen. Viele Honduranerinnen lernen das erst in Casa Luna, da ihre Eltern ihnen beigebracht haben, dass eine Frau dem Mann treu zu dienen hat und er die Entscheidungen trifft. Auch über den Körper der Frau.

Inzwischen ist Casa Luna nicht mehr die einzige Beratungsstelle für Frauen im Department Colón. Dank kontinuierlicher Arbeit gibt es endlich in allen zehn Landkreisen des Departments Frauenbeauftragte, die an die Gemeindeverwaltungen angegliedert sind. So schlägt es die nationale Frauenpolitik vor, ohne es jedoch in Gesetzen zu verankern. Darum mussten die Mitarbeiterinnen von Casa Luna jahrelange Überzeugungsarbeit leisten, bis die Gemeinderäte sich schließlich auf die Einsetzung einer Frauenbeauftragten einließen. Doch diese haben es nach wie vor sehr schwer, vom Gemeinderat als Mitglied anerkannt und in die Sitzungen einbezogen zu werden. Keine bekommt bisher ein angemessenes Gehalt oder verfügt über ein eigenes Budget. Darum werden sie von einem durch Casa Luna ins Leben gerufenen Komitee unterstützt, das sich aus etwa 20 Frauen der jeweiligen Gemeinde zusammensetzt und sich einmal im Monat trifft. Sowohl die Frauenbeauftragten als auch einige Mitglieder des Unterstützungskomitees werden von Casa Luna weitergebildet. So können sie sich auch vernetzen und über ihre Arbeitssituation austauschen. Dieses Projekt wird kommenden Jahr weiter finanziert werden,

durch eineN internationaleN Geldgeber\_in.

## Schritt für Schritt zu mehr Unabhängigkeit

Die Abhängigkeit von internationalen Geldgebern ist groß und es ist nicht so einfach, Instanzen zu finden, die Bildungsprojekte für Frauen bezahlen oder deren strategische Ausrichtung mit der von Casa Luna übereinstimmt. Es ist sehr zeitaufwändig, mögliche Geldgeber\_innen zu suchen und die Anträge, Zwischenberichte und Abrechnungen nach den unterschiedlichen Vorschriften zu verfassen. Um irgendwann in der Zukunft mehr Unabhängigkeit zu erlangen, versucht Casa Luna Schritt für Schritt finanziell auf eigenen Füßen zu stehen. Die Rechtspromotorinnen zahlen für ihre Ausbildung im Monat 100 Lempira, umgerechnet etwa vier Euro, und zusätzlich 100 Lempira für die Einschreibung. Dafür bekommen sie aber ein Mittagessen, sodass nicht sehr viel übrig bleibt, um die anfallenden Verwaltungskosten zu zahlen. Der bezahlte Betrag bleibt damit eher ein symbolischer. Casa Luna will zwei Dinge erreichen. Einmal soll klargestellt werden, dass die Zeit des Übermaßes an Finanzmitteln, die den Nichtregierungsorganisationen nach Hurrikan Mitch Ende 1998 zur Verfügung standen, vorbei ist. Zweitens geht Casa Luna davon aus, dass die Bereitschaft, etwas fürs Lernen zu bezahlen, gleichzeitig eine höhere Lernmotivation mit sich bringt und die öffentliche Anerkennung des Lehrgangs erhöht.

Eine schon gut funktionierende, Einkommen schaffende Maßnahme ist der kleine Gastroservice von Casa Luna, geführt von Norma Leticia Cruz Ortíz. Jeden Tag wird Mittagessen verkauft und auf Bestellung beliefert Casa Luna andere Organisationen in Tocoa mit Essen. Vom Gewinn der Küche werden im Moment vor allem laufende Kosten wie Strom, Trinkwasser, Telefon und anfallende Reparaturen bezahlt. Eine Perspektive für die Zukunft bietet für Casa Luna das noch leere Terrain hinter dem Bürogebäude. Hier könnte etwas aufgebaut werden, das eine Finanzierung der Arbeit gewährleistet, beispielsweise ein Konferenzraum oder ein Apartmentgebäude.

# Katastrophen fallen nicht vom Himmel

Der Hurrikan Felix und die folgenden anhaltenden Unwetter sind eine Nagelprobe für die Ortega-Regierung in Nicaragua. Wer aber ist für die Schadensbeseitigung verantwortlich?

(as) „Seine Heiligkeit hat tief be-  
trübt die traurige Nachricht über die  
vielen Opfer und die materiellen  
Schäden erhalten, die der Hurrikan  
verursacht hat“, erklärte Kardinal  
Tarcisio Bertone vom Sekretariat des  
Heiligen Stuhls in Rom<sup>1</sup>.

Dieses recht gelassene Ausspre-  
chen des Mitgefühls ist nicht unge-  
wöhnlich für eine Reaktion aus dem  
reichen und sicheren Norden. Zumin-  
dest, solange nicht geklärt ist, worin  
die Ursache für die rasante Zunahme  
der Hurrikane in Zahl und Intensität  
seit den 1970er Jahren besteht.

Treibhausgase – Erd- und  
Wassererwärmung –  
Hurrikane

Die Frage, inwieweit die globale  
Erderwärmung hierfür verantwortlich  
ist, wird derzeit zum Gegenstand  
handfester Interessen in internationa-  
len Verhandlungen zum Klimaschutz.  
Anerkannte Tatsache ist, dass hohe  
Oberflächentemperaturen in den tropi-  
schen Meeren Voraussetzung für die  
Entstehung von Hurrikanen sind.  
Nachweisbar ist weiterhin, dass diese  
Temperaturen analog zur globalen  
Erderwärmung ansteigen.

Die Vermutung liegt nahe, dass der  
Zusammenhang Treibhausgase –  
Erderwärmung – Wassererwärmung –  
Zunahme von Hurrikanen trotzdem  
immer noch kontrovers diskutiert

wird, weil die Anerkennung dieses  
Zusammenhangs schwerwiegende po-  
litische Folgen haben könnte: Mit  
welchem Recht könnte man den  
hurrikangebauten Ländern Mittel-  
amerikas und der Karibik zum Bei-  
spiel den Anspruch auf Entschädi-  
gungszahlungen verweigern?

In den Jahren seit 1998 ist es zu  
über zehn schweren Hurrikan-Kata-  
strophen in der Karibik, Mexiko und  
Mittelamerika und dem Süden der  
USA gekommen, die meisten davon in  
den Jahren 2004, 2005 und 2007.

Das von Armut und politischen Kri-  
sen geschüttelte Nicaragua hatte die  
bisher schwerste Hurrikan-Saison 2005  
einigermaßen glimpflich überstanden.  
Dieses Jahr ist es stark betroffen:

Am Morgen des 4. September traf  
der Hurrikan Felix auf die nördliche



Zerstörte Brücke in Matagalpa aus: nicanet.org

Atlantikküste Nicaraguas. Er wurde mit Windgeschwindigkeiten von bis zu 300 km/h in die höchste Kategorie 5 eingestuft (nicht zu verwechseln mit der hierzulande üblichen Messung in Windstärken). Starke Zerstörungen gab es ebenfalls in Honduras, wohin der Hurrikan später abzog.

In der Hafenstadt Bilwi (Puerto Cabezas) wurden 90 Prozent der Gebäude zerstört, selbst der Kontrollturm des Flughafens stürzte ein. Schlimmer noch traf es die landeinwärts gelegenen, größtenteils von Indigenas bewohnten Gemeinden. Viele waren über längere Zeit von der Außenwelt abgeschnitten, sodass das gesamte Ausmaß der Schäden erst nach und nach deutlich wurde:

Laut offiziellen Statistiken sind ca. 200.000 Menschen betroffen. Bisher wurden 102 Tote und weitere 133 Vermisste gemeldet. Der größte Teil der Infrastruktur in den betroffenen Städten und Gemeinden wie Straßen, Stromnetz, Telefonkabel, Funktürme, Hafenanlagen wurde ganz oder teilweise zerstört. Außerdem wurden 90 bis 100 Prozent der erwarteten Ernten in den betroffenen Gebieten zerstört und das Trinkwasser in den Brunnen kontaminiert. Ebenfalls schwer beschädigt sind die Fischerei-Ausrüstungen der KüstenbewohnerInnen. Laut Umweltministerin Juana Argeñal ist das Bosawas-Biosphärenreservat, das 1997 von der UNESCO zum Schutzgebiet der Menschheit erklärt worden war, vom Hurrikan Felix verwüstet worden. Bosawas, das 10 Prozent der Biodiversität der Welt enthält, wird als das wichtigste Naturschutzgebiet in Mittelamerika betrachtet.

Der staatlichen Katastrophenschutzbehörde SINAPRED zufolge werden 30 Millionen US-Dollar Soforthilfe benötigt, um den unmittelbaren Bedarf für die Wiederherstellung der grundlegenden Infrastruktur für die Betroffenen zu decken. Nahrungsmittelhilfe werde mindestens für die nächsten fünf Monate notwendig sein.

### Nicaraguanische und internationale Hilfeleistungen

Innerhalb Nicaraguas gab es große Spendenkampagnen und viele Freiwillige beteiligten sich an den Aufräum-

arbeiten. SINAPRED und das nicaraguanische Militär leisteten Nothilfe, ebenso Teams kubanischer Ärzte. Etliche internationale Organisationen beteiligten sich mit Spenden und Hilfsleistungen, ebenso die Regierungen von Honduras, El Salvador, den USA, Venezuela, Kanada, der Europäischen Union, Kolumbien und Panama. In Deutschland gab es unter anderem Spendenaufrufe von medico international und verschiedenen kirchlichen Organisationen.

Die Regierung Ortega legte zwei Wochen nach dem Hurrikan einen Plan zur Wiederherstellung der Region vor. Verglichen mit dem Verhalten seines Vorgängers Arnoldo Alemán beim Hurrikan Mitch stellten die KommentatorInnen der unabhängigen Medien Nicaraguas der jetzigen Regierung gute Kritiken aus. Es fehlte jedoch an einer funktionierenden Katastrophenprävention, wie sie z.B. 1989 bestanden hatte, als im Südosten des Landes bereits vor dem Eintreffen des Hurrikans „Juana“ der sandinistische Zivilschutz die Bevölkerung evakuierte.

Angehörige der Opfer des Hurrikans beklagten vor der Ständigen Menschenrechtskommission (CPDH), dass viele Tote hätten verhindert werden können, wenn ein funktionierender Katastrophenplan bestanden hätte. So seien Fischer ungewarnt ausgefahren, obwohl das Eintreffen des Hurrikans bereits bekannt war.

### Regenfälle: Die schleichende Katastrophe danach

Nach dem Hurrikan kam es in vielen Gegenden Nicaraguas wochenlang zu sintflutartigen Regenfällen. Ursache waren der Hurrikan selbst und zwei weitere tropische Tiefdruckgebiete. Die Niederschlagswerte lagen über denen, die im Jahr 1998 beim Hurrikan Mitch gemessen wurden. Landesweit sind ca. 40.000 Familien betroffen, es kam zu Erdbeben, Überschwemmungen, Ernteverlusten und Zerstörungen wichtiger Verkehrswege. Am schlimmsten betroffen sind die Regionen Chinandega und Leon im Nordwesten sowie Matagalpa im Norden.

In Matagalpa trat der Rio Grande de Matagalpa über die Ufer und richtete verheerende Schäden im Gebiet

von Matagalpa Stadt an. In den Notunterkünften wurden 1.037 Menschen gezählt.

Unterdessen hat die Regierung Ortega den Katastrophenzustand ausgerufen. Sie kündigte an, Reis und Bohnen zu säen, um einer Hungersnot durch weitere Ernteauffälle vorzubeugen, allerdings ohne zu konkretisieren, wie diese Maßnahme vonstatten gehen soll. Vorübergehend wurde die Streichung des Einfuhrzolls auf Bohnen angeordnet, die eines der Grundnahrungsmittel darstellen und durch die aktuellen Ernteauffälle im Land knapp werden.

Ortega steht in Verhandlungen mit den nationalen Banken, angesichts des akuten Mittelbedarfs für Notmaßnahmen und Wiederaufbau die Rückzahlung der internen Staatsschulden zu stunden.

Mit Sicherheit war dies nicht die letzte Katastrophe dieser Art, die über die Region hereinbrach. Neben den vielen Toten und Verletzten und den volkswirtschaftlichen und ökologischen Schäden ist es besonders die hohe Wahrscheinlichkeit weiterer Katastrophen, die die BewohnerInnen der Region belastet. Die Bedrohlichkeit solcher Katastrophen ist in Regionen, wo die Menschen ohnehin schon unter Armutbedingungen leben, weit höher als in Ländern mit Sozialsystemen und Versicherungsschutz.

Aber die Katastrophen fallen nicht vom Himmel. Es wäre an der Zeit zu fragen, ob die Länder mit hoher Atmosphärenbelastung nicht für den Ausgleich solch enormer Schäden stärker in die Verantwortung genommen werden müssten, da ihre Beteiligung an deren Ursache kaum noch von der Hand zu weisen ist.

Aber auch Regierungen wie die von Daniel Ortega sind weit entfernt davon, diese Zusammenhänge beim Namen zu nennen. Für ihn sind die Naturkatastrophen „unberechenbar“. Sein Katastrophenmanagement hebt sich jedoch wohltuend von dem ab, was Arnoldo Alemán beim Hurrikan Mitch 1998 in dieser Hinsicht geboten hatte: Er ließ die Betroffenen weitgehend allein und bereicherte sich an den Hilfsleistungen.

<sup>1</sup> laut der nicaraguanischen Tageszeitung „El Nuevo Diario“ vom 9. September 2007

# Nicht der Staat, nicht die Parteien, nicht die Kirchen – Ich entscheide mein Leben

Schwangerschaftsabbruch aus medizinischen Gründen (*aborto terapéutico*) bleibt in Nicaragua weiter unter Strafe. Die Kampagne „Yo decido mi vida – Ich entscheide mein Leben“ geht weiter.

## Die Vorgeschichte:

Am 26. Oktober 2006, wenige Tage vor den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Nicaragua beschlossen die Abgeordneten, dass der seit über 100 Jahren erlaubte medizinische Schwangerschaftsabbruch unter Strafe gestellt wird. Alle anderen Indikationen für Schwangerschaftsabbrüche sind in Nicaragua sowieso verboten. Ein Thema, das als Wahlkampfthema tabu sein sollte, wurde innerhalb kürzester Zeit ins Parlament zur Abstimmung eingebracht und trotz zahlreicher Proteste verabschiedet. Seitdem müssen Frauen, deren eigenes Leben bedroht ist, mit einer Gefängnisstrafe von vier bis acht Jahren für einen Schwangerschaftsabbruch rechnen, die ausführenden Ärzt\_innen mit bis zu sechs Jahren Haft sowie dem Entzug ihrer Lizenz.

Drei Monate sind vergangen, seit der Hamburger Nicaragua Verein in Zusammenarbeit mit dem „Movimiento Autónomo de Mujeres“ (MAM) die Kampagne zur Wiedereinführung des medizinischen Schwangerschaftsabbruchs (*aborto terapéutico*) in Nicaragua gestartet hat. Seitdem sind Hunderte von Protestmails und unterschriebene Protestpostkarten beim Nicaragua Verein eingegangen und hoffentlich ähnlich viele direkt bei der nicaraguanischen Botschaft. Der Aufruf „Ni una muerta más! – Keine einzige Tote mehr!“, der die Kampagne begleitet, hat derzeit bereits an die 60 promi-

nente Unterstützer\_innen.

Das ist natürlich ein Erfolg, doch das Ziel, durch den internationalen Protest das nicaraguanische Parlament bei einer erneuten Besprechung des Themas zu einer Rücknahme der Gesetzesänderung vom Oktober 2006 zu bewegen, ist vorläufig gescheitert: Am 13. September 2007 bestätigte das Parlament das Verbot des medizinischen Schwangerschaftsabbruchs.

Am Tag zuvor hatten sich die Regierungspartei FSLN (Frente Sandinista de Liberación Nacional), sowie die Oppositionspartei PLC (Partido Liberal Constitucionalista) aus „dringendem Anlass“ getrennt voneinander und unter Ausschluss der Öffentlichkeit getroffen, um die Parteipositionen zum medizinischen Schwangerschaftsabbruch zu definieren und innere Uneinigheiten zu bereinigen. Zu der am nächsten Tag einberufenen Abstimmung erschienen viele Abgeordnete erst gar nicht, sei es aus Desinteresse oder dass sie sich so aus der Affäre gezogen haben. Die anwesenden Abgeordneten machten allerdings ihre Position zu dem Thema mehr als deutlich:

Von den insgesamt 92 Abgeordneten waren nur 66 anwesend, und nur die drei Abgeordneten der MRS (Movimiento de Renovación Sandinista) stimmten für die Wiedereinführung des medizinischen Schwangerschaftsabbruchs. Damit bleibt der medizinische Schwangerschaftsabbruch in Nicaragua strafbar!

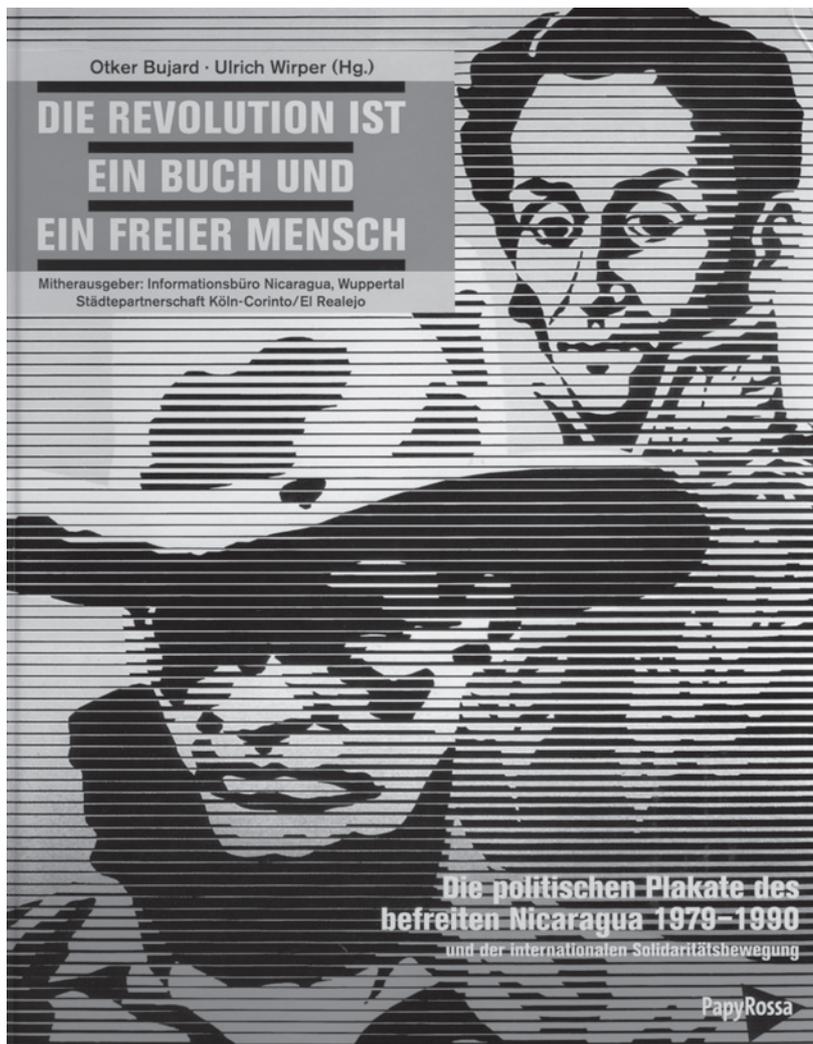
Das Verbot jeder Form von Abtreibung ist ein massiver Verstoß gegen die Menschen- und Frauenrechte. Seit der Einführung des Verbots sind laut einer Untersuchung der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch mindestens 80 Frauen auf Grund der Verweigerung einer medizinisch indizierten Abtreibung umgekommen. Die Zahl derer, die sich aus Angst vor Strafverfolgung gar nicht mehr ins Krankenhaus begeben, ist wahrscheinlich weit höher.

Insofern gilt es nach wie vor, die Proteste der nicaraguanischen Frauen- und Menschenrechtsorganisationen zu unterstützen.

Das Ökumenische Büro ruft daher weiterhin zur Unterstützung der Kampagne „Yo decido mi vida!“ auf. Auf deren deutscher Homepage ([www.yodecidomivida.org](http://www.yodecidomivida.org)) besteht die Möglichkeit, Protestpostkarten und -emails an die verantwortlichen Stellen zu senden. Eine deutsche Übersetzung eines offenen Briefes der Kampagne mit der Bitte um Solidarität gibt es auf unserer Homepage ([www.oeku-buero.de](http://www.oeku-buero.de))



[www.mujiresenred.net](http://www.mujiresenred.net)



## Die politischen Plakate des befreiten Nicaragua

Auf mehr als 350 Seiten präsentiert der Band circa 500 Farbplakate aus dem befreiten Nicaragua zwischen 1979 und 1990 und der internationalen Solidaritätsbewegung. Die Sammlung wird ergänzt durch Texte prominenter Autor\_innen aus Nicaragua und anderen Ländern, die durch das revolutionäre Projekt verbunden waren. Der Band ist ein eindrucksvolles Dokument eines großen Emanzipationsversuchs und angesichts der gegenwärtigen Entwicklungen in Lateinamerika zugleich von höchster Aktualität.

2007 PapyRossa Verlags GmbH & Co. KG Köln  
[www.papyrossa.de](http://www.papyrossa.de), ISBN978-3-89438-373-2, 36,00 Euro



Die neue Hinterland:  
[www.hinterland-magazin.de](http://www.hinterland-magazin.de)  
 Schwerpunkt: Essen  
 Mit dieser Ausgabe bekommen Sie ein Geschenk. Eine Filmbeilage mit drei hervorragenden Filmen. row hard entstand im August im Kosovo und zeigt die Probleme einer aus Bayern abgeschobenen Familie. familienpaket moslem wurde während des Essenspaketeboykotts 2005 gedreht und zeigt den Irrsinn der Zwangsverpflegung. nix für un-  
 gut! von 2006 gibt ungewöhnliche Einblicke in das Treiben einer Großmarkthalle, passend zu unserem Schwerpunktthema.

## Mit dem Flugdienst

des  
 Ökumenischen Büros  
 rund um die Welt

Flüge innerhalb Europas, nach Asien,  
 Afrika und natürlich nach Zentral-  
 und Südamerika

Sonder- und STA-StudentInnentarife,  
 Jugendtarife europaweit und natürlich weltweit.

Tickethinterlegungen, **Pauschal- und Last**

**Minute** Reisen mit oder ohne Hotel,  
 Reiseversicherungen  
 und  
 Mietwagen ...

Flugdienst im Internet

**[www.oeku-buero.de/flug](http://www.oeku-buero.de/flug)**

Onlinebuchung für  
 Flug, Pauschal- und Last Minute-Reisen,

(auch die jeweils aktuellen

**Internetsondertarife** von Lufthansa und  
 anderen Airlines sind hier buchbar) Versicherungen und  
 Mietwagen, Visa- und Gesundheitsinformationen  
 und, und, und...

Einfach mal reinschauen,  
 anrufen, anfaxen oder mailen.

Telefon: 089 - 89 22 49 61 Fax: 089 - 89 22 49 62

Email: [flug@oeku-buero.de](mailto:flug@oeku-buero.de)

## Solidaritätsbrigade nach Nicaragua

von Anfang August bis  
 Mitte September 2008

- praktische Solidarität (aus)üben
- andere Lebenssituationen kennenlernen
- Austausch politischer Erfahrungen

Infos über:

Ökumenisches Büro e. V.

Pariser Str. 13

81667 München

089 / 448 59 45

[nica@oeku-buero.de](mailto:nica@oeku-buero.de)

[www.oeku-buero.de](http://www.oeku-buero.de)

